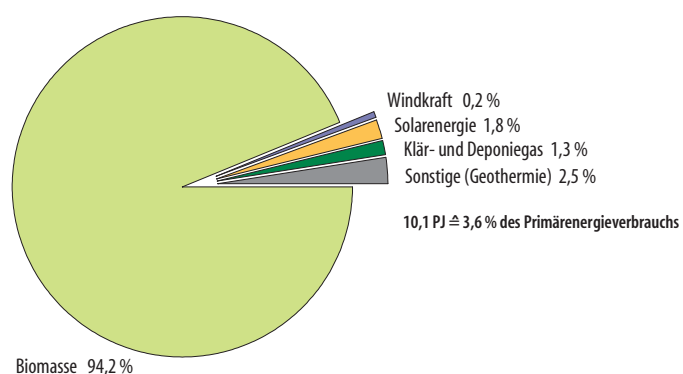


## Zeitschrift für amtliche Statistik

Berlin Brandenburg

6 2012

**Prozentuale Zusammensetzung des Primärenergieverbrauchs  
aus erneuerbaren Energien 2009  
in Berlin ...**



▣ Zensus 2011 – Aspekte  
der praktischen Durchführung

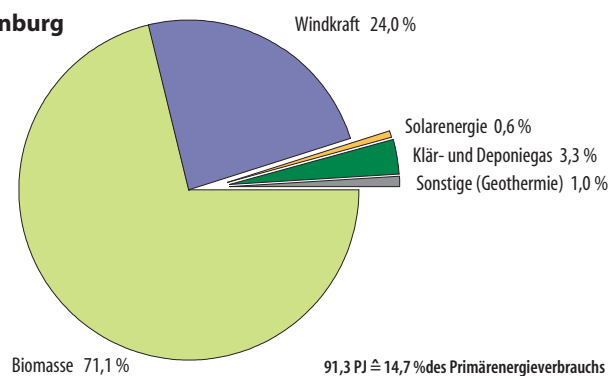
▣ Die statistische Erfassung  
und Bilanzierung  
erneuerbarer Energieträger

▣ Erzieherische Hilfen der Kinder-  
und Jugendhilfe  
in Berlin und Brandenburg

▣ Regionale Wirtschaftsstrukturen  
Brandenburgs

▣ Entwicklung der Bevölkerungszahl  
im Land Brandenburg im Jahr 2011

**... und Brandenburg**



## Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

### Wir über uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

### So finden Sie uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin und Cottbus.

### Auskunft und Beratung

Behlertstraße 3a  
14467 Potsdam

Telefon: 0331 8173-1777

Fax: 030 9028-4091

info@statistik-bbb.de

### Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regionalstatistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

[www.statistik-berlin-brandenburg.de](http://www.statistik-berlin-brandenburg.de)

### Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
  - nichts vorhanden
  - ... Angabe fällt später an
  - ( ) Aussagewert ist eingeschränkt
  - / Zahlenwert nicht sicher genug
  - . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
  - x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
  - p vorläufige Zahl
  - r berichtigte Zahl
  - s geschätzte Zahl
- Abweichungen in der Summe können sich durch Schätzungen ergeben

### Impressum

Zeitschrift für amtliche Statistik  
Berlin Brandenburg  
6. Jahrgang

Herausgeber  
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg  
Behlertstraße 3a  
14467 Potsdam  
Tel.: 0331 8173-1777

Preis  
Einzelheft EUR 6,00  
ISSN 1864-5356  
Satz und Gestaltung  
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg  
Druck  
Brandenburgische Universitätsdruckerei  
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg,  
2012  
Auszugsweise Vervielfältigung und  
Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

## Inhaltsübersicht

## Kurz gefasst

aus Berlin und Brandenburg ▮ 2

Erwerbstätigenrechnung

Verarbeitendes Gewerbe

Baugewerbe

Einzelhandel

Gastgewerbe

Tourismus

Gewerbeanzeigen

Verbraucherpreise

aus Deutschland ▮ 11

Außenhandel

Verarbeitendes Gewerbe

Preise

aus Europa ▮ 13

Arbeitsmarkt

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Außenhandel

## Wirtschaft im Überblick

Berlin August 2012 ▮ 14

Brandenburg August 2012 ▮ 18

## Historisches

1874

Volkpsychologische Spiegelbilder  
aus Berliner Annoncen ▮ 51

## Beiträge

Zensus 2011 – Aspekte  
der praktischen Durchführung ▮ 24Die statistische Erfassung  
und Bilanzierung  
erneuerbarer Energieträger ▮ 33Erzieherische Hilfen der Kinder-  
und Jugendhilfe  
in Berlin und Brandenburg ▮ 38Regionale Wirtschaftsstrukturen  
Brandenburgs ▮ 42Entwicklung der Bevölkerungszahl  
im Land Brandenburg  
im Jahr 2011 ▮ 46

## Karte und Grafiken

Ergebnisse der Clusteranalyse  
bei einem Heterogenitätsindex von 8,3Dendrogramm zur Clusteranalyse  
regionaler Wirtschafts-  
strukturen Brandenburgs

▮ 3. Umschlagseite

Anzahl verschiedener Anfragen  
von Auskunftspflichtigen in Berlin und  
Brandenburg von Mai 2011 bis März 2012

▮ 4. Umschlagseite

## Kurz gefasst **aus Berlin und Brandenburg**

### Erwerbstätigenrechnung 2. Quartal 2012

#### ■ Beschäftigungszuwachs in Berlin und Brandenburg sehr unterschiedlich

Die Zahl der Erwerbstätigen in Berlin ist im 2. Quartal dieses Jahres mit 2,6 % im Vorjahresvergleich noch stärker gewachsen als im 1. Quartal (+2,3 %). Damit konnte der im letzten Jahr von Quartal zu Quartal größer ausgefallene Beschäftigungszuwachs in den ersten beiden Quartalen dieses Jahres noch weiter ausgebaut werden. Rechnerisch schließt damit Berlin die Halbjahresbilanz 2012 mit einem Plus von 2,4 % ab und erreicht das beste Ergebnis aller Bundesländer. Der Jahresdurchschnitt 2011 lag bei 1,6 %. In Brandenburg hingegen nahm die Erwerbstätigkeit im 1. Halbjahr nur noch um 0,3 % zu (1. Quartal: +0,4 %; 2. Quartal: +0,3 %) und rangiert damit im Ländervergleich auf dem drittletzten Platz. Dieses Ergebnis entspricht auch der durchschnittlichen Entwicklung des letzten Jahres.

(...) Im 2. Quartal 2012 hatten in Berlin insgesamt 1 747 800 Personen eine Beschäftigung und damit 44 300 Personen mehr als im 2. Quartal des letzten Jahres. In Brandenburg gingen insgesamt 1 076 000 Personen einer Beschäftigung nach, 2 900 Personen mehr als im gleichen Vorjahresquartal.

Zum Vergleich: In Deutschland waren im 2. Quartal 2012 insgesamt 41,6 Mill. Personen erwerbstätig. Damit lag die Zahl der Erwerbstätigen um 514 000 Personen oder 1,3 % über dem Niveau des 2. Vorjahresquartals. Der Beschäftigungsanstieg wurde im 2. Quartal wie auch schon im Anfangsquartal dieses Jahres im Wesentlichen durch die alten Bundesländer ohne Berlin (+1,4 %) getragen. In den neuen Bundesländern ohne Berlin war die Erwerbstätigkeit demgegenüber nur noch wenig gestiegen (+0,2 %).

In Berlin ging der starke Beschäftigungsaufbau im 2. Quartal 2012 hauptsächlich auf die weiter boomenden vollsozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten (+3,4 %) zurück, von denen die Zahl der Arbeitnehmer profitieren konnte. In Brandenburg hingegen verhinderten hauptsächlich die Verluste bei den marginalen Beschäftigungsverhältnissen und hier insbesondere der weiterhin anhaltende drastische Abbau von Arbeitsgelegenheiten einen deutlicheren Beschäftigungsaufbau. Zudem hat sich hier die Zahl der vollsozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer mit 1,2 % mit Abstand langsamer erhöht als im Durchschnitt aller Bundesländer (+2,0 %).

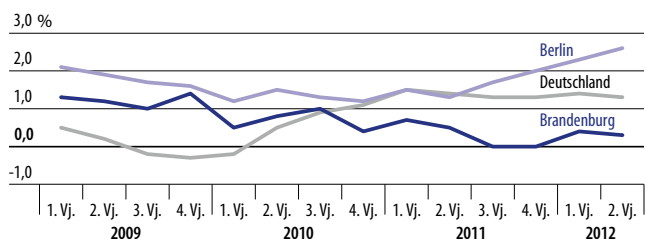
Nach Wirtschaftsbereichen betrachtet waren im 2. Quartal 2012 in den beiden Ländern Berlin und Brandenburg hauptsächlich die Dienstleistungsbereiche die Beschäftigungsgewinner.

In Berlin entfielen über 90 % des Beschäftigungszuwachses auf die Dienstleistungsbereiche. Dieser konzentrierte sich vor allem auf die Bereiche Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation mit 15 300 Personen (+3,5 %) sowie Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen mit 15 400 Personen (+4,1 %).

In Brandenburg profitierten die Dienstleistungsbereiche zu mehr als der Hälfte vom gesamten Beschäftigungszuwachs. Die höchsten Zuwächse gab es ebenfalls in den Bereichen Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation mit 4 700 Personen (+1,7 %) sowie Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen mit 2 800 Personen (+1,6 %). Der noch im 1. Quartal 2012 erreichte Beschäftigungsanstieg im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe von 1,4 % hat sich im 2. Quartal deutlich verlangsamt und lag nur noch bei 0,4 %. Gedämpft wurden die Beschäftigungsgewinne auch durch die weiterhin starke Reduzierung von Arbeitsplätzen im Bereich Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit mit 5 900 Personen (–1,7 %). (...)

#### Erwerbstätige 2009 bis 2012

Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %



#### Erwerbstätige in Berlin und Brandenburg nach Wirtschaftsbereichen im 2. Vierteljahr 2012

Wirtschaftsbereich	Erwerbstätige		Veränderung zum Vorjahreszeitraum		
	Berlin	Brandenburg	Berlin	Brandenburg	nachrichtlich: Deutschland
	Personen in 1 000		in %		
Insgesamt .....	1 748	1 076	2,6	0,3	1,3
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei .....	1	35	–1,8	0,3	–0,4
Produzierendes Gewerbe .....	217	247	1,9	0,5	1,3
darunter					
Verarbeitendes Gewerbe .....	118	124	1,0	0,4	1,5
Baugewerbe .....	80	100	3,0	1,0	1,1
Dienstleistungsbereiche .....	1 530	794	2,7	0,2	1,3
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation .....	454	276	3,5	1,7	1,5
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen ..	387	171	4,1	1,6	1,9
Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit .....	688	347	1,4	–1,7	0,7

Rechenstand August 2012

## Erwerbstätigenrechnung Jahr 2010 und 2011

### ■ Beschäftigungsanstieg in Brandenburg in den kreisfreien Städten doppelt so hoch wie in den Landkreisen

Die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Arbeitsplatz im Land Brandenburg ist im Jahr 2010 gegenüber 2009 um rund 6 800 Personen oder 0,6 % auf 1 067 800 Personen angestiegen. Nach den neuesten Ergebnissen der Kreisberechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) lagen die vier kreisfreien Städte Potsdam, Cottbus, Frankfurt (Oder) und Brandenburg an der Havel zusammen mit einem Zuwachs von 1,2 % weit über dem Landesdurchschnitt. Demgegenüber verzeichneten die 14 Landkreise im Durchschnitt ein Plus von nur 0,5 %.

255 500 Personen und damit rund ein Viertel aller Beschäftigten des Landes Brandenburg arbeiteten in den vier kreisfreien Städten, 3 000 Personen mehr als ein Jahr zuvor. In den Landkreisen waren insgesamt 812 300 Personen erwerbstätig, rund 3 800 Personen über der Zahl von 2009.

Die meisten Arbeitsplätze gewann im Jahr 2010 die Landeshauptstadt Potsdam mit 2 600 Personen (+2,6 %). Damit übten rund 111 600 Personen ihre Berufstätigkeit in Potsdam aus, das waren 10,5 % aller Erwerbstätigen des Landes Brandenburg.

Von den 14 Landkreisen verzeichneten die beiden Kreise Dahme-Spreewald und Oberhavel den höchsten Beschäftigungszuwachs mit jeweils 1 100 Personen bzw. 1,6 %. Dagegen hatten die Stadt Frankfurt (Oder) sowie die vier Landkreise Oberspreewald-Lausitz, Potsdam-Mittelmark, Spree-Neiße und Teltow-Fläming Beschäftigungsrückgänge zu verkraften, der Landkreis Teltow-Fläming bereits das zweite Jahr in Folge.

Besonders dynamisch entwickelte sich die Zahl der Personen in marginalen Beschäftigungsverhältnissen. Während im gesamten Land Brandenburg die marginale Beschäftigung nur noch moderat um 0,6 % stieg und in den Landkreisen sogar abgebaut wurde (–0,7 %), expandierte sie in den kreisfreien Städten insgesamt (+5,0 %), darunter in der Landeshauptstadt Potsdam sogar um fast 14 %. Hier übte jeder zehnte marginal Beschäftigte des Landes Brandenburg (15 700 Personen) seine berufliche Tätigkeit aus.

Auch bei der selbstständigen Erwerbstätigkeit waren 2010 die kreisfreien Städte (+1,4 %) die deutlich größeren Gewinner als die Landkreise (+0,6 %). Von den 137 700 tätigen Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen im Land Brandenburg arbeiteten 18 % in den kreisfreien Städten (24 800 Personen) und 82 % in den Landkreisen (112 900 Personen).

(...) Außer den Erwerbstätigenzahlen wurden auch die Ergebnisse zu den geleisteten Arbeitsstunden (Standardarbeitsvolumen) und zu den Vollzeitäquivalenten in den Kreisen Brandenburgs neu berechnet.

Danach leistete ein Erwerbstätiger 2010 im Jahresdurchschnitt in den kreisfreien Städten Brandenburgs 1 509 Std., 13 Std. (+0,9 %) mehr als im Jahr zuvor. In den Landkreisen betrug die Zunahme 22 Std. (+1,5 %) auf insgesamt 1 528 Std. Der Landesdurchschnitt lag bei 1 524 Std., einem Plus von 20 Std. (1,3 %). (...)

### ■ Zahl der Berufspendlerinnen und -pendler in Berlin und Brandenburg weiter gestiegen

Im Jahr 2011 hat das Pendeln von Erwerbstätigen zwischen ihrem Wohn- und Arbeitsort über die Landesgrenzen hinweg in den Ländern Berlin und Brandenburg weiter an Dynamik gewonnen. Die Berufspendlerinnen und -pendler trugen dazu bei, dass in beiden Ländern mehr Arbeitsplätze besetzt werden konnten. Insgesamt arbeiteten in Berlin im Jahresdurchschnitt 2011 ca. 1 714 000 Erwerbstätige, das waren 1,6 % mehr als im Vorjahr. Im Land Brandenburg hatten rund 1 071 300 Erwerbstätige ihren Arbeitsplatz, das waren 0,3 % mehr als im Vorjahr.

(...) In Berlin kamen rund 280 300 Personen oder 16 % aller Erwerbstätigen zu ihrem Arbeitsplatz von außerhalb. Gleichzeitig fuhr umgekehrt 160 200 Berliner Einwohner zu ihrem Arbeitsplatz nach außerhalb. Damit verzeichnete Berlin einen Einpendlerüberschuss von 120 000 Personen (2010: 119 300 Personen). Gegenüber dem Jahr 2010 erhöhte sich die Zahl der Einpendler um 2,5 % und die der Auspendler um 4,0 %.

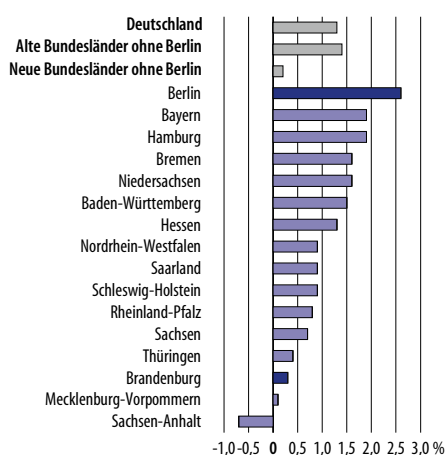
Drei Viertel der Einpendler nach Berlin kamen aus dem Land Brandenburg und hier vor allem aus den Kreisen Oberhavel, Barnim und Märkisch-Oderland. Jeder zweite Berliner Auspendler übte seine berufliche Tätigkeit in Brandenburg und hier insbesondere in der Landeshauptstadt Potsdam und dem Kreis Dahme-Spreewald aus. Rund 25 % der Berliner Auspendler arbeiteten in den drei Bundesländern Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

Nach Brandenburg kamen insgesamt 134 700 Personen zur Arbeit aus anderen Bundesländern. Das waren rund 12 % aller Erwerbstätigen im Land Brandenburg. Andererseits fuhr rund 285 600 Brandenburger Einwohner zu ihrem Arbeitsplatz über ihre Landesgrenze. Brandenburg verzeichnete damit einen Auspendlerüberschuss von 151 000 Personen (2010: 152 500 Personen). Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Zahl der Einpendler um 4,6 % und die der Auspendler um 1,6 %.

Fast zwei Drittel aller Einpendler nach Brandenburg kamen aus Berlin und jeder Zehnte aus Sachsen. Die Brandenburger Auspendlerinnen und -pendler übten ihre berufliche Tätigkeit ebenfalls weitgehend in den beiden Ländern Berlin und Sachsen aus.

### Erwerbstätige im 2. Quartal 2012

Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal



## Verarbeitendes Gewerbe September 2012

### ┐ **Auslandsaufträge der Berliner Industrie gleichen rückläufige Inlandsbestellungen aus**

Die Berliner Industriebetriebe erhielten im September 2012 aus dem In- und Ausland 0,1 % weniger Aufträge als ein Jahr zuvor. (...) Das preisbereinigte Auftragsvolumen des Verarbeitenden Gewerbes lag im September 2012 im Inland um 19,5 % niedriger als im September 2011. Aus dem Ausland wurden 14,6 % mehr Erzeugnisse und Leistungen im Vergleich zum Vorjahr geordert.

Durch ein Auftragsplus von 73,7 % (Ausland 103,6 %) hatten die Hersteller im Maschinenbau einen großen Anstieg zu verzeichnen. Im Fahrzeugbau und bei den Herstellern optischer und elektronischer Erzeugnisse war der Auftragseingang, verglichen mit dem Vorjahresmonat, dagegen rückläufig. Er lag bei -26,6 % (Inland -52,1 %) bzw. -10,0 % (Inland -33,5 %).

Für die ersten neun Monate des Jahres 2012 ergibt sich für die Berliner Industrie insgesamt eine negative Auftragsentwicklung. Im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres nahm das Auftragsvolumen um 1,6 % ab, bei einem Auftragsminus im Inlandsgeschäft in Höhe von 8,0 % und einem Auftragsplus im Ausland von 3,2 %.

### ┐ **Brandenburger Industrie meldet deutlich geringeres Auftragsvolumen**

Für den Monat September 2012 meldete die Brandenburger Industrie einen Rückgang des preisbereinigten Auftragsvolumens um insgesamt 26,7 %. (...) Die Inlands- und Auslandsaufträge gingen gegenüber September 2011 in gleich hohem Umfang (-26,9 % und -26,1 %) zurück.

Wachsende Auftragszahlen verzeichneten nur der Maschinenbau (+19,8 %) und die chemische Industrie (+4,1 %). Ansonsten war die Auftragslage in den anderen Branchen deutlich rückläufig, insbesondere bei den Produzenten von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (-50,4 %), im Fahrzeugbau (-32,7 %) und bei den Herstellern von elektrischen Ausrüstungen (-20,7 %). Schlechter gefüllt waren auch die Auftragsbücher bei den metallherzeugenden und -bearbeitenden Betrieben (-12,9 %) und bei den Herstellern von Metallzeugnissen (-12,3 %).

Das Auftragsvolumen der Brandenburger Industriebetriebe verminderte sich im Zeitraum seit Januar gegenüber dem Vergleichszeitraum im Jahr 2011 um insgesamt 6,1 %. Dabei nahm die Inlandsnachfrage um 17,1 % ab, während zugleich das Volumen der Auslandsaufträge innerhalb der neun Monate um 16,2 % anstieg. Den stärksten Zuwachs an Aufträgen erfuhr der Fahrzeugbau (+29,2 %); der massivste Auftragseinbruch vollzog sich im Wirtschaftsbereich DV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse (-33,2 %).

### ┐ **Erhebliche Umsatzeinbußen der Berliner Industrie**

(...) Die 336 Berliner Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten erzielten im September 2012 einen Gesamtumsatz von 1,8 Mrd. EUR, wovon 0,8 Mrd. EUR im Inland und 1,0 Mrd. EUR von ausländischen Geschäftspartnern aufgebracht wurden. Während der Inlandsumsatz um 25,3 % zurückging, legte der Auslandsumsatz um 3,6 % zu. Insgesamt verringerte sich damit der Wert der abgerechneten Lieferungen und Leistungen um 11,9 % zum Ergebnis vom September 2011. Die Zahl der Beschäftigten verringerte sich mit 81 535 Personen um 0,3 %. Unter den umsatzstärksten Branchen verlief die Entwicklung im Maschinenbau (+16,9 %) positiv. Umsatzverluste mussten hingegen die Produzenten der Nahrungs- und Futtermittelindustrie (-7,9 %) hinnehmen.

In den ersten neun Monaten des Jahres 2012 wurden von den Berliner Industriebetrieben Umsätze von insgesamt 16,3 Mrd. EUR getätigt, 4,7 % weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Während die Auslandsumsätze um 10,8 % auf 9,0 Mrd. EUR zulegten, nahmen die Umsätze im Inland um 18,7 % auf 7,3 Mrd. EUR ab.

### ┐ **Deutlicher Umsatzrückgang der Brandenburger Industrie**

(...) Die Umsätze der 437 Brandenburger Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten nahmen im September 2012 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 9,6 % auf 1,8 Mrd. EUR ab, was einem Rückgang der Inlandsumsätze um 9,2 % auf 1,3 Mrd. EUR und der Auslandsumsätze um 10,5 % auf 0,5 Mrd. EUR entspricht. Die Zahl der Beschäftigten in den Brandenburger Industriebetrieben lag mit 80 385 um 0,6 % höher als im September 2011.

Den stärksten Rückgang unter den umsatzmächtigsten Wirtschaftsbereichen meldeten die Nahrungsmittelindustrie (-19,2 %) und die metallherzeugenden und -bearbeitenden Betriebe (-16,4 %). Deutliche Umsatzeinbußen gab es auch in den Produktionsbereichen von Papier, Pappe und Waren daraus (-13,2 %) sowie von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (-5,8 %). Dagegen dauerte das hohe Umsatzplus im sonstigen Fahrzeugbau an, infolge der bereits vor längerer Zeit erteilten inländischen Großaufträge. Auch die chemische Industrie konnte ihren Umsatz im Vergleich zum September 2011 steigern (+7,4 %).

In den neun Monaten des laufenden Jahres erzielte die Brandenburger Industrie insgesamt einen Umsatz von 17,0 Mrd. EUR, 0,3 % mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Zugleich arbeiteten durchschnittlich 1,3 % mehr Beschäftigte in den Industriebetrieben.

## Baugewerbe Juni und September 2012

### ┐ Mehr Beschäftigung und Umsatz im Berliner Ausbaugewerbe

(...) Ende Juni 2012 wurden im Rahmen der jährlichen Erhebung in Betrieben des Berliner Ausbaugewerbes mit zehn und mehr tätigen Personen 667 Betriebe und 18 615 Beschäftigte gezählt. Obwohl die Zahl der Betriebe im Vergleich zum Vorjahr geringfügig zurückging (–1,9 %), nahm die Zahl der tätigen Personen um 2,2 % zu. 56,5 % der ausbaugewerblichen Betriebe hatten weniger als 20 Beschäftigte. In den verbleibenden 43,5 % der Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen waren 71,2 % der Mitarbeiter beschäftigt. Sie erbrachten knapp drei Viertel (72,5 %) des baugewerblichen Umsatzes im Kalenderjahr 2011. Insgesamt erwirtschafteten alle Betriebe des Ausbaugewerbes im Jahr 2011 einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von 1,9 Mrd. EUR, 4,3 % mehr als 2010.

Neben Ergebnissen zur Struktur der ausbaugewerblichen Betriebe werden bei der jährlichen Erhebung auch Daten zur konjunkturellen Entwicklung für das zweite Vierteljahr erhoben. Danach erreichte der baugewerbliche Umsatz im zweiten Quartal dieses Jahres 453,8 Mill. EUR, das bedeutet eine Zunahme um 1,5 % im Vergleich zum Vorjahresquartal. Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten im zweiten Quartal 2012 betrug 24 376 EUR und blieb damit gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum annähernd gleich (–0,6 %). Bei den geleisteten Arbeitsstunden (5,8 Mill.) war im Vergleich zum zweiten Quartal des Vorjahres eine Zunahme um 3,8 % zu verzeichnen. Die Entgelte erhöhten sich um 5,5 % auf 126,5 Mill. EUR, je Beschäftigten um 3,3 %.

### ┐ Mehr Umsätze für Berliner Baubetriebe

Nachdem das dritte Quartal in der Baubranche schwach startete, stieg in den Berliner Betrieben des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten im September 2012 der baugewerbliche Umsatz um 17,1 % auf 214,5 Mill. EUR gegenüber dem Vorjahresmonat.

Im Tiefbau lagen die Umsätze durchschnittlich um 21,7 % über denen des vergleichbaren Vorjahresmonats, nur der Umsatz im Straßenbau war rückläufig (–17,8 %). Der baugewerbliche Umsatz im Hochbau nahm im betrachteten Monat um durchschnittlich 12,6 % zu, wobei sich der Umsatz in den einzelnen Sparten des Hochbaus unterschiedlich entwickelte. Im Wohnungsbau (+29,5 %) sowie gewerblichen und industriellen Hochbau (+5,8 %) wurde ein Umsatzplus erzielt, nur der öffentliche Hochbau verzeichnete im September 2012 um 16,2 % weniger Umsatz als noch im Vorjahresmonat.

Die Auftragseingänge in den auskunftspflichtigen Betrieben des Bauhauptgewerbes in Berlin sanken im September 2012 um insgesamt 14,2 % auf 136,4 Mill. EUR gegenüber September 2011. Im Hochbau wurden durchschnittlich 7,2 % mehr Aufträge verbucht, im Tiefbau dagegen gingen die Aufträge um 37,0 % zurück.

(...) Die Zahl der im September 2012 im Berliner Bauhauptgewerbe Beschäftigten ist um 2,8 % auf 11 489 tätige Personen gestiegen. Die Entgelte lagen um 1,6 % höher und erreichten 30,4 Mill. EUR. Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten nahm um 13,9 % zu und betrug im September 18 669 EUR, dabei wurden 1,2 Mill. Arbeitsstunden geleistet; das sind arbeitstäglich bereinigt 16,1 % mehr als noch im September 2011.

### ┐ Ausbaugewerbe im Land Brandenburg über Vorjahresniveau

(...) Ende Juni 2012 wurden im Rahmen der jährlichen Erhebung in Betrieben des Brandenburger Ausbaugewerbes mit zehn und mehr tätigen Personen 600 Betriebe und 13 593 Beschäftigte gezählt. Sowohl die Zahl der Betriebe (+3,1 %) als auch die Zahl der Beschäftigten (+3,0 %) ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. 59,3 % dieser Betriebe hatten weniger als 20 Beschäftigte. In den verbleibenden 40,7 % der Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen waren 63,6 % der Mitarbeiter beschäftigt. Sie erbrachten etwa zwei Drittel des baugewerblichen Umsatzes im Kalenderjahr 2011. Insgesamt erwirtschafteten alle Betriebe des Ausbaugewerbes im Jahr 2011 einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von 1,3 Mrd. EUR, 7,0 % mehr als 2010.

Neben Ergebnissen zur Struktur der ausbaugewerblichen Betriebe werden bei der jährlichen Erhebung auch Daten zur konjunkturellen Entwicklung für das zweite Vierteljahr erhoben. Danach erreichte der baugewerbliche Umsatz im zweiten Quartal dieses Jahres 340,0 Mill. EUR, das ist eine Zunahme um 8,4 % im Vergleich zum Vorjahresquartal. Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten stieg im zweiten Quartal 2012 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 5,3 % auf 25 015 EUR. Es wurden 3,2 % mehr Arbeitsstunden geleistet (4,6 Mill. Stunden). Die Entgelte erhöhten sich um 8,2 % auf 78,7 Mill. EUR, je Beschäftigten um 5,1 %.

### ┐ Weniger Umsätze für Brandenburger Baubetriebe

(...) Im Land Brandenburg in den Betrieben des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten sank im September 2012 der baugewerbliche Umsatz um 9,3 % auf 217,5 Mill. EUR gegenüber dem Vorjahresmonat. Sowohl im Hochbau (–8,3 %) als auch im Tiefbau (–10,0 %) lagen die Umsätze durchschnittlich unter denen des vergleichbaren Vorjahresmonats. Nur im gewerblichen und industriellen Hochbau blieben die Umsätze gegenüber dem Vorjahresmonat annähernd gleich (+0,1 %).

Die Auftragseingänge in den auskunftspflichtigen Betrieben des Bauhauptgewerbes im Land Brandenburg stiegen im betrachteten Monat um 11,6 % auf 173,0 Mill. EUR gegenüber dem Vorjahresmonat. Im Hochbau wurden durchschnittlich 30,8 % mehr Aufträge gemeldet. Die verbuchten Auftragseingänge im Tiefbau blieben im September 2012 insgesamt annähernd konstant (+0,1 %), entwickelten sich aber je nach Sparte unterschiedlich. Der gewerbliche und industrielle (+11,7 %) sowie sonstige Tiefbau (+52,0 %) verbuchte Auftragszuwächse; die Auftragslage im Straßenbau entwickelte sich dagegen rückläufig (–20,1 %).

Die Zahl der im September 2012 im Bauhauptgewerbe des Landes Brandenburg Beschäftigten lag mit 16 628 tätigen Personen um 1,4 % über der des Vorjahresmonats. Die Entgelte blieben mit 40,2 Mill. EUR im September 2012 gegenüber dem Vorjahresmonat annähernd konstant (+0,5 %). Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten ging um 10,5 % zurück auf 13 079 EUR. Auf den Baustellen im Land Brandenburg wurden im betrachteten Monat 2,0 Mill. Arbeitsstunden geleistet; das sind arbeitstäglich bereinigt 5,4 % mehr als noch im September 2011.



## Einzelhandel September 2012

### Umsatzsteigerungen in Berlin

Mit einem nominalen Umsatzplus von 2,9 % schloss der Berliner Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) den Monat September 2012 ab. (...) Nach vorläufigen Berechnungen lag der reale Umsatzzuwachs, d. h. nach Herausrechnung der Preisveränderungen, bei 1,0 %. Im September dieses Jahres stand mit 25 Verkaufstagen allerdings ein Verkaufstag weniger als im Vorjahr zur Verfügung.

Für den Gesamtzeitraum Januar bis September 2012 wurden für den Berliner Einzelhandel nominal höhere Umsätze von 4,0 % im Vergleich zum Vorjahr berechnet (real +2,1 %).

Die Beschäftigtenzahl im Berliner Einzelhandel hatte im September 2012 um 2,6 % gegenüber dem Vorjahresmonat zugenommen, mit leicht rückläufiger Zahl der Vollbeschäftigten (–0,2 %) und einer deutlichen Zunahme der in Teilzeit Beschäftigten (+4,9 %). In den ersten drei Quartalen 2012 lag die Beschäftigtenzahl um 3,3 % über dem Vorjahreswert. (...)

### Fehlende Umsätze im Land Brandenburg

Der Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) im Land Brandenburg musste für den Monat September 2012 ein nominales Umsatzminus von 0,7 % im Vergleich zum Vorjahr bilanzieren. Unter Ausschaltung der Preisentwicklung, d. h. real, fielen die Umsätze um 1,3 %, (...) – nach vorläufigen Berechnungen. Dem Einzelhandel standen im September 25 Verkaufstage zur Verfügung und damit ein Verkaufstag weniger als im September des Vorjahres.

Die Zahl der Beschäftigten stieg im September 2012 um 1,5 %, sowohl in der Vollzeitbeschäftigung (+0,7 %) als auch noch deutlicher in der Teilzeitbeschäftigung (+2,1 %).

Im Zeitraum Januar bis September 2012 erreichte der Einzelhandel des Landes Brandenburg einen Umsatzzuwachs von 3,1 % (real: +1,6 %) gegenüber dem Vorjahr. Dies wirkte sich positiv auf die Beschäftigung aus (+1,3 %). (...)

### Umsatz und Beschäftigte des Berliner und Brandenburger Einzelhandels im September 2012

- vorläufige Ergebnisse -

Wirtschaftszweig	September 2012			Januar bis September 2012		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real		nominal	real	
	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %					
Berlin						
Einzelhandel						
(ohne Handel mit Kraftfahrzeugen) .....	0,9	1,0	2,6	4,0	2,1	3,3
in Verkaufsräumen						
mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen .....	2,8	−0,1	3,6	3,9	0,8	2,0
mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren .....	8,9	5,8	8,7	8,7	5,2	13,3
mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf .....	2,2	3,0	4,6	4,2	4,4	4,8
mit Verlagsprodukten, Sport- ausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern .....	−2,6	−4,4	−0,6	−1,9	−3,7	0,5
außerhalb von Verkaufsräumen¹ .....	14,0	12,3	6,2	19,5	18,1	10,1
Brandenburg						
Einzelhandel						
(ohne Handel mit Kraftfahrzeugen) .....	−0,7	−1,3	1,5	3,1	1,6	1,3
in Verkaufsräumen						
mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen .....	−1,5	−4,5	0,5	3,0	0,0	−1,1
mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren .....	−0,3	−3,7	29,5	7,5	3,9	25,4
mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf .....	5,5	8,9	5,8	6,3	8,2	4,7
mit Verlagsprodukten, Sport- ausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern .....	−4,2	−5,5	−4,4	−0,3	−1,8	−0,8
außerhalb von Verkaufsräumen¹ .....	0,3	−3,5	9,9	4,0	−1,0	0,4

<sup>1</sup> an Verkaufsständen und auf Märkten, Versand- und Internethandel, Auktionen über das Internet, Direktverkauf vom Lager von Brennstoffen und sonstigen Gütern, Haustür-, Automatenverkauf, Auktionen außerhalb von Verkaufsräumen



**Gastgewerbe** September 2012**┐ Mehr Umsätze in Berlin**

Das Berliner Gastgewerbe erzielte im bisherigen Jahresverlauf Januar bis September 2012 einen nominalen Umsatzzuwachs von durchschnittlich 3,6 % im Vergleich zum Vorjahr. (...) Der reale Umsatz, der unter Ausschaltung der Preisentwicklung berechnet wird, lag den vorläufigen Berechnungen zufolge bei +1,6 %.

Der Bereich der Beherbergung erreichte ein nominales Umsatzplus von 3,1 %, wobei er für das 3. Quartal deutlich höhere Umsätze bilanzieren konnte (+7,7 %). Auch die Gastronomie meldete von Januar bis September 2012 mehr Umsätze (+4,1 %), von denen die im 3. Quartal um 9,2 % über dem Vorjahresniveau lagen.

Die Zahl der Beschäftigten im Berliner Gastgewerbe insgesamt überstieg leicht (+0,4 %) die des Vorjahreszeitraums Januar bis September. Während die Beschäftigtenzahl für Vollzeit rückläufig war (-1,3 %), stieg die für die Teilzeitbeschäftigung an (+2,2 %). (...)

**┐ Umsatzplus im Land Brandenburg**

Das Gastgewerbe im Land Brandenburg konnte für die Monate Januar bis September 2012 einen nominalen Umsatzzuwachs von durchschnittlich 2,9 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum bilanzieren. (...) Das bedeutete für den realen Umsatz, d. h. unter Ausschaltung der Preisentwicklung, nach vorläufigen Berechnungen ein Plus von 0,8 %.

Höhere Umsätze wurden im Bereich der Beherbergung im Zeitraum Januar bis September (+3,3 %) vor allem mit einem deutlichen Plus im 3. Quartal 2012 erwirtschaftet (+5,5 %). Die Gastronomie erreichte 1,9 % höhere nominale Umsätze in den neun Monaten von 2012.

Die Beschäftigungssituation im Gastgewerbe des Landes Brandenburg verbesserte sich insgesamt bis September 2012 (+1,3 %) in beiden Beschäftigungspositionen (Vollzeit: +1,6 %; Teilzeit: +1,2 %), allerdings mit deutlichen Rückgängen im 3. Quartal. (...)

**Umsatz und Beschäftigte des Berliner und des Brandenburger Gastgewerbes im 3. Quartal 2012**

- vorläufige Ergebnisse -

Wirtschaftszweig	Juli bis September 2012			Januar bis September 2012		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real		nominal	real	
	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %					
Berlin						
Beherbergungsgewerbe .....	7,7	6,0	-1,0	3,1	1,1	-0,8
Gastronomie .....	9,2	7,0	4,9	4,1	2,0	0,9
darunter						
Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben u. Ä. ....	9,3	7,0	5,4	3,2	1,0	-0,2
Caterer, sonstige Verpflegungsdienstleistungen	6,7	5,0	5,7	4,1	2,0	5,0
Gastgewerbe insgesamt .....	8,5	6,6	3,0	3,6	1,6	0,4
Brandenburg						
Beherbergungsgewerbe .....	5,5	3,8	-1,8	3,3	1,4	1,1
Gastronomie .....	1,9	-0,1	-4,6	2,6	0,5	1,5
darunter						
Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben u. Ä. ....	-1,5	-3,6	-4,7	0,7	-1,4	2,5
Caterer, sonstige Verpflegungsdienstleistungen	12,0	10,2	-4,1	8,0	5,9	0,1
Gastgewerbe insgesamt .....	3,3	1,4	-3,6	2,9	0,8	1,3

## Verbraucherpreise November 2012

### Preise in Berlin um 2,3 % gestiegen

(...) Der Verbraucherpreisindex in Berlin ist von Oktober 2012 bis November 2012 um 0,2 % auf einen Indexstand von 113,4 (Basis 2005  $\pm$  100) gesunken. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat November 2011 betrug +2,3 %.

Der Rückgang der Verbraucherpreise von Oktober bis November 2012 um durchschnittlich 0,2 % lag in erster Linie am Rückgang der Kraftstoff- (-4,4 %) und Heizölpreise (-2,8 %). Auch gesunkene Preise für Beherbergungsdienstleistungen (-5,3 %) und Pauschalreisen (-1,2 %) trugen dazu bei. Dem gegenüber standen Preiserhöhungen für Nahrungsmittel (+2,0 %). Deutlich gestiegen binnen Monatsfrist sind die Preise für Obst (+5,7 %), Molkereiprodukte und Eier (+3,3 %), Gemüse (+2,3 %) sowie Fleisch und Fleischwaren (+2,0 %).

Das Niveau der jährlichen Veränderung ist im November 2012 mit +2,3 % weiter zurückgegangen (Oktober 2012: +2,4 %, September 2012: +2,7 %). Haupteinflussfaktor war weiterhin die Entwicklung der Energiepreise (+5,3 %), wobei sich der Einfluss abgeschwächt hat (Gesamtindex ohne Energie: +1,8 %). Im Oktober 2012 betrug die jährliche Entwicklung der Energiepreise noch +7,9 % und im September 2012 +8,7 %. Haushaltsenergie war um 6,8 % (darunter Gas: +8,5 %, Zentralheizung und Fernwärme: +7,5 %, Strom: +7,2 %, Heizöl: +3,5 %) und Kraftstoffe waren um 2,9 % teurer als im Vorjahr. Auch der Anstieg der Nahrungsmittelpreise hielt weiter an (+4,7 %). Am teuersten wurden Obst (+10,9 %), Fleisch und Fleischwaren (+6,9 %), Gemüse (+5,9 %), Brot und Getreideerzeugnisse (+5,1 %) sowie Fisch und Fischwaren (+4,2 %). Günstiger als vor einem Jahr waren lediglich Speisefette und -öle (-6,0 %). Ebenfalls mehr als im Vorjahr mussten die Verbraucher unter anderem für Speisen und Getränke in Kantinen und Mensen (+3,2 %), für die Personenbeförderung im Luftverkehr (+4,4 %) sowie für Zeitungen, Bücher und Schreibwaren (+4,1 %) bezahlen. Weiterhin verbraucherfreundlich entwickelten sich dagegen die Preise für Informationsverarbeitungsgeräte (-4,6 %) und Unterhaltungselektronik (-3,4 %). (...)

### Preise in Brandenburg um 1,5 % gestiegen

(...) Der Verbraucherpreisindex ist im Land Brandenburg von Oktober 2012 bis November 2012 um 0,2 % auf einen Indexstand von 112,3 (Basis 2005  $\pm$  100) gesunken. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat November 2011 lag bei +1,5 %.

Der Rückgang der Verbraucherpreise von Oktober bis November 2012 um durchschnittlich 0,2 % lag in erster Linie am Rückgang der Kraftstoff- (-4,2 %) und Heizölpreise (-0,4 %). Auch gesunkene Preise für Beherbergungsdienstleistungen (-4,6 %) und Pauschalreisen (-1,2 %) trugen dazu bei. Dem entgegen standen Preiserhöhungen für Nahrungsmittel (+1,3 %). Gestiegen binnen Monatsfrist sind beispielsweise die Preise für Molkereiprodukte und Eier (+3,5 %), Obst (+2,2 %) und Gemüse (+1,3 %) sowie Fleisch und Fleischwaren (+1,1 %).

Das Niveau der jährlichen Veränderung ist im November 2012 mit +1,5 % deutlich zurückgegangen (Oktober 2012: +1,9 %). Haupteinflussfaktor war weiterhin die Entwicklung der Energiepreise, wobei sich der Einfluss abgeschwächt hat (Gesamtindex ohne Energie: +1,3 %). Während sich Energie im November 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 % verteuerte (davon Haushaltsenergie: +4,0 %; Kraftstoffe: +2,4 %), lag die Erhöhung im Oktober 2012 bei 6,1 % (August und September 2012: jeweils +6,7 %). Bei der Haushaltsenergie waren insbesondere die Preise für Heizöl (+8,7 %) sowie für Zentralheizung und Fernwärme (+7,2 %) deutlich höher als im Vorjahr. Auch der Anstieg der Nahrungsmittelpreise hielt weiter an (+3,2 %) und traf auf nahezu alle Gütergruppen zu. Am teuersten wurden Obst (+5,6 %), Fleisch und Fleischwaren (+5,3 %), Fisch und Fischwaren (+5,2 %), Gemüse (+4,4 %) sowie Zucker, Marmelade u. a. Süßwaren (+4,3 %). Günstiger als vor einem Jahr waren lediglich Speisefette und -öle (-7,5 %). Ebenfalls mehr als im Vorjahr mussten die Verbraucher unter anderem für Speisen und Getränke in Kantinen und Mensen (+4,2 %) sowie in Gaststätten (+2,5 %), für die Personenbeförderung im Luftverkehr (+4,4 %) sowie für Zeitungen, Bücher und Schreibwaren (+4,0 %) bezahlen. Weiterhin verbraucherfreundlich entwickelten sich dagegen die Preise für Unterhaltungselektronik (-6,3 %), Informationsverarbeitungsgeräte (-4,8 %) sowie für Foto- und Filmausrüstungen (-3,0 %).

Verbraucherpreisindex Berlin und Brandenburg im November 2012 (Basis 2005  $\pm$  100)

Bezeichnung	Wägungs- anteil am Gesamt- index	Berlin			Brandenburg		
		Index- stand	Veränderung gegenübe		Index- stand	Veränderung gegenübe	
			Vorjahres- monat	Vormonat		Vorjahres- monat	Vormonat
	Promille	2005 $\pm$ 100	in %		2005 $\pm$ 100	in %	
<b>Preisindex insgesamt</b> .....	1000,00	113,4	2,3	-0,2	112,3	1,5	-0,2
ohne Heizöl und Kraftstoffe.....	955,42	112,2	2,3	0,1	110,9	1,5	0,1
ohne Nettomieten und Nebenkosten.....	763,66	114,3	2,7	-0,3	115,0	1,9	-0,2
ohne administrierte Preise.....	792,42	114,0	2,2	-0,3	112,4	1,6	-0,2
Waren.....	493,00	117,8	3,1	-0,1	117,6	2,2	-
Andere Verbrauchsgüter.....	305,11	126,9	4,0	-0,2	125,2	2,7	-0,2
Dienstleistungen.....	507,00	109,1	1,4	-0,4	107,2	1,0	-0,3
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke....	103,55	123,4	4,4	1,8	120,6	2,9	1,2
Nahrungsmittel zusammen.....	89,99	123,5	4,7	2,0	120,5	3,2	1,3
saisonabhängige Nahrungsmittel <sup>1</sup> .....	16,91	121,1	8,7	4,4	116,1	5,0	2,3
Alkoholische Getränke und Tabakwaren.....	38,99	117,9	3,0	0,1	119,1	2,5	0,1
alkoholische Getränke (ohne Verzehr in Gaststätten).....	16,56	109,9	3,0	0,1	112,7	1,6	0,2
Bekleidung und Schuhe.....	48,88	107,2	0,4	-0,3	114,4	1,9	0,2
Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe.....	308,00	118,8	2,3	-0,2	112,5	1,5	-
Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten)....	236,34	110,6	0,9	-	103,6	0,5	-
Nettokaltmieten.....	203,30	110,8	0,8	-	103,3	0,6	-
Wohnungsnebenkosten.....	33,04	109,0	0,9	-	105,0	-0,2	-0,1
Haushaltsenergie.....	59,82	146,9	6,8	-0,4	145,2	4,0	0,1
Elektrizität.....	24,61	143,2	7,2	-	140,5	1,6	-
Gas.....	12,85	142,8	8,5	-	130,5	1,9	-
Heizöl.....	9,21	166,2	3,5	-2,8	177,2	8,7	-0,4
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses.....	55,87	105,1	2,1	-0,3	108,4	1,2	0,2
Gesundheitspflege.....	40,27	107,2	1,4	-	108,6	2,6	0,1
Verkehr.....	131,90	119,4	2,7	-1,5	118,5	1,5	-1,4
Kraftstoffe.....	35,37	133,6	2,9	-4,4	133,6	2,4	-4,2
Nachrichtenübermittlung.....	31,00	83,7	-1,3	-0,2	83,8	-1,3	-0,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur.....	115,68	102,9	2,4	-0,2	105,6	1,7	-0,2
Pauschalreisen.....	25,93	110,5	4,2	-1,2	110,5	4,2	-1,2
Bildungswesen.....	7,40	79,5	3,5	-	119,2	0,2	-
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen.....	43,99	109,4	3,1	-1,4	113,3	2,6	-1,2
Verpflegungsdienstleistungen.....	32,12	110,7	1,8	0,1	116,7	2,7	-0,1
Beherbergungsdienstleistungen (ohne Pauschalreisen).....	11,87	105,8	6,7	-5,3	104,0	2,3	-4,6
Miete für Ferienwohnungen.....	4,44	93,4	2,1	-8,6	93,4	2,1	-8,6
Andere Waren und Dienstleistungen.....	74,47	112,5	-0,2	-0,5	110,0	-0,5	-0,4

1 Kartoffeln, Frischgemüse, Frischobst und Frischfisch

## Tourismus September 2012

### Deutlich mehr ausländische Touristen in Berlin

Mehr als 1 Mill. Gäste und über 2,3 Mill. Übernachtungen wurden im September 2012 in den Berliner Beherbergungsstätten und auf den Campingplätzen mit Urlaubscamping gezählt. (...) Die Zahl ausländischer Gäste stieg um 13,6 % gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres auf fast 406 000. Deutlich geringer war der Anstieg (+1,4 %) bei den 605 500 inländischen Touristen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller Gäste lag bei 2,3 Tagen (Vorjahresmonat 2,2 Tage)

Zunehmende Bedeutung erhielten einige bisher eher weniger stark vertretene außereuropäische Herkunftsländer. So kamen im September neben mehr als 10 200 Gästen aus China (+35,7 %) und 8 200 aus Brasilien (+20,2 %) auch 9 700 Besucher aus Israel (+20 %) und 9 900 aus Australien (+1,4 %) nach Berlin.

Erfasst waren zum Ende des Monats September 2012 in Berlin 779 geöffnete Beherbergungsstätten mit mindestens zehn Betten (+0,9 %), die zusammen rund 125 600 Betten anboten (+3,1 %). Die durchschnittliche Bettenauslastung erreichte im Monatsdurchschnitt 61,7 % (Vorjahresmonat: 58,1 %). Hinzu kamen elf Urlaubscampingplätze mit jeweils mindestens zehn Stellplätzen und einem Angebot von insgesamt 5 100 Schlafplätzen (+16,4 %).

### Tourismus im Land Brandenburg auf Wachstumskurs

Im Monat September 2012 wurden 450 000 Gäste mit rund 1,2 Mill. Übernachtungen in den Brandenburger Beherbergungsbetrieben gezählt. Nach vorläufigen Angaben (...) bedeutet dies einen Zuwachs von 6,5 % bei den Gästen bzw. 9,8 % bei den Übernachtungen.

Ein besonders hoher Zuwachs konnte bei Besuchern aus dem Ausland verzeichnet werden (Gäste: +19,4 %; Übernachtungen: +22,2 %).

Im September 2012 waren im Land Brandenburg 1 490 Beherbergungsstätten geöffnet, die über ein Bettenangebot von 81 700 verfügten. Die durchschnittliche Bettenauslastung wurde mit 45,0 % berechnet. Des Weiteren boten 169 Campingplätze insgesamt 10 500 Stellplätze für Urlaubscamping an.

Die Gemeinden mit den meisten Gästen aus dem Ausland in den Beherbergungsbetrieben waren im Monat September 2012 die Landeshauptstadt Potsdam (5 600), gefolgt von Schönefeld (4 100) und Halbe (2 700). Damit war fast jeder dritte Gast aus dem Ausland in einer der drei Gemeinden.

**Gäste und Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben Berlins und des Landes Brandenburg im September 2012 nach Herkunft bzw. nach Reisegebiet**  
– vorläufige Ergebnisse –

Herkunft — Reisegebiet	September 2012				Januar bis September 2012			
	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernach- tungen	Veränderung zum Vorjahr in %	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernach- tungen	Veränderung zum Vorjahr in %
<b>Berlin</b>								
Inland .....	605 500	1,4	1 322 800	5,1	5 014 800	8,7	10 750 700	9,8
Ausland .....	405 900	13,6	1 011 100	15,4	3 079 200	13,3	8 024 300	14,1
darunter								
Großbritannien .....	38 000	10,5	89 500	10,8	295 200	9,8	725 500	10,3
USA .....	34 700	9,7	82 300	14,0	244 000	15,8	595 500	16,3
Niederlande .....	21 300	- 5,3	54 400	- 2,6	206 000	4,0	549 200	6,1
Frankreich .....	21 200	25,4	50 800	26,7	175 500	16,7	468 900	17,2
Dänemark .....	21 100	0,7	55 100	4,7	163 500	16,1	444 000	18,6
Spanien .....	20 600	- 9,4	55 900	- 11,1	184 700	0,5	536 600	- 3,3
Italien .....	20 100	11,5	58 200	17,8	229 400	14,0	677 900	14,0
Schweiz .....	20 000	10,3	49 500	9,6	152 700	13,9	386 300	13,7
Schweden .....	15 400	7,0	35 900	10,7	111 100	16,3	276 100	18,8
Russland .....	14 500	49,7	34 900	59,4	117 500	31,6	297 700	32,0
<b>Insgesamt</b>	<b>1 011 300</b>	<b>5,9</b>	<b>2 333 900</b>	<b>9,3</b>	<b>8 094 000</b>	<b>10,4</b>	<b>18 775 000</b>	<b>11,6</b>
<b>Brandenburg</b>								
Prignitz .....	12 700	1,0	29 600	4,8	101 200	5,6	238 200	5,7
Ruppiner Land .....	56 700	10,5	149 100	10,8	427 300	9,0	1 181 600	4,8
Uckermark .....	28 400	3,0	81 600	9,5	223 800	0,1	696 000	2,4
Barnimer Land .....	25 200	17,0	78 400	7,5	183 300	4,8	643 800	2,4
Seenland Oder-Spree	67 800	3,2	199 600	8,0	526 700	0,4	1 659 300	2,8
Dahme-Seengebiet...	42 200	6,1	84 600	8,6	324 500	2,8	696 500	2,9
Spreewald .....	61 500	0,8	162 400	12,2	436 900	- 2,1	1 179 400	2,7
Niederlausitz .....	17 400	0,1	46 800	6,3	130 100	- 0,1	395 700	2,8
Elbe-Elster-Land .....	4 900	- 5,0	19 300	- 0,5	40 800	- 4,3	175 600	- 1,0
Fläming .....	48 100	10,8	117 300	14,6	351 800	6,3	878 300	8,1
Havelland .....	35 000	7,6	94 000	8,5	265 400	5,1	755 900	6,9
Potsdam .....	50 100	12,8	112 600	12,8	341 200	12,0	809 500	14,6
<b>Land Brandenburg</b>	<b>450 000</b>	<b>6,5</b>	<b>1 175 200</b>	<b>9,8</b>	<b>3 353 100</b>	<b>3,7</b>	<b>9 309 700</b>	<b>4,7</b>

Kurz gefasst **aus Deutschland****Außenhandel** Oktober 2012**Deutsche Ausfuhren + 10,6 % zum Oktober 2011**

Im Oktober 2012 wurden von Deutschland Waren im Wert von 98,5 Mrd. EUR ausgeführt und Waren im Wert von 82,7 Mrd. EUR eingeführt. (...) Damit waren die deutschen Ausfuhren – anhand vorläufiger Ergebnisse – im Oktober 2012 um 10,6 % und die Einfuhren um 6,0 % höher als im Oktober 2011. Kalender- und saisonbereinigt nahmen die Ausfuhren gegenüber September 2012 um 0,3 % und die Einfuhren um 2,5 % zu.

Die Außenhandelsbilanz schloss im Oktober 2012 mit einem Überschuss von 15,8 Mrd. EUR ab. Im Oktober 2011 hatte der Saldo in der Außenhandelsbilanz +11,0 Mrd. EUR betragen. Kalender- und saisonbereinigt lag der Außenhandelsbilanzüberschuss im Oktober 2012 bei 15,2 Mrd. EUR.

Zusammen mit den Salden für Dienstleistungen (–1,9 Mrd. EUR), Erwerbs- und Vermögenseinkommen (+5,2 Mrd. EUR), laufende Übertragungen (–3,3 Mrd. EUR) sowie Ergänzungen zum Außenhandel (–2,2 Mrd. EUR) schloss – nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank – die Leistungsbilanz im Oktober 2012 mit einem Überschuss von 13,6 Mrd. EUR ab. Im Oktober 2011 hatte die deutsche Leistungsbilanz einen Aktivsaldo von 9,9 Mrd. EUR ausgewiesen.

In die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) wurden im Oktober 2012 Waren im Wert von 56,4 Mrd. EUR versandt und Waren im Wert von 51,9 Mrd. EUR von dort bezogen. Gegenüber Oktober 2011 stiegen die Versendungen in die EU-Länder um 7,8 % und die Eingänge aus diesen Ländern um 5,4 %. In die Länder der Eurozone wurden im Oktober 2012 Waren im Wert von 37,0 Mrd. EUR (+7,0 %) geliefert und Waren im Wert von 35,5 Mrd. EUR (+4,8 %) aus diesen Ländern bezogen. In die EU-Länder, die nicht der Eurozone angehören, wurden im Oktober 2012 Waren im Wert von 19,3 Mrd. EUR (+9,2 %) ausgeführt und Waren im Wert von 16,4 Mrd. EUR (+6,7 %) von dort eingeführt.

In die Länder außerhalb der Europäischen Union (Drittländer) wurden im Oktober 2012 Waren im Wert von 42,1 Mrd. EUR exportiert und Waren im Wert von 30,8 Mrd. EUR aus diesen Ländern importiert. Gegenüber Oktober 2011 nahmen die Exporte in die Drittländer um 14,6 % und die Importe von dort um 6,9 % zu.

**Grenzüberschreitende Transaktionen Deutschlands in Mrd. EUR**

Gegenstand der Nachweisung	Oktober	Januar bis Oktober	September	Oktober	Januar bis Oktober
	2012			2011	
Ausfuhr insgesamt.....	98,5	924,4	91,7	89,1	882,3
Einfuhr insgesamt.....	82,7	765,1	74,8	78,1	752,2
Saldo der Handelsbilanz.....	15,8	159,2	16,9	11,0	130,1
Dienstleistungsbilanz.....	– 1,9	– 9,5	0,3	– 1,4	– 9,5
Erwerbs- und Vermögenseinkommen.....	5,2	42,1	5,7	5,8	35,5
Laufenden Übertragungen.....	– 3,3	– 34,5	– 3,2	– 3,5	– 31,3
Ergänzungen zum Außenhandel.....	– 2,2	– 23,5	– 2,3	– 1,9	– 14,6
Leistungsbilanz.....	13,6	133,9	17,3	9,9	110,2

Differenzen in den Summen können sich durch Rundungen ergeben.

**Grenzüberschreitende Transaktionen Deutschlands in Mrd. EUR nach Ländergruppen**

Gegenstand der Nachweisung	Oktober	Januar bis Oktober	Veränderung in % gegenüber	
			Oktober	Januar bis Oktober
		2012		2011
Ausfuhr insgesamt	98,5	924,4	10,6	4,8
darunter				
EU-Länder .....	56,4	528,6	7,8	0,6
Eurozone .....	37,0	347,8	7,0	– 1,2
Nicht Eurozone .....	19,3	180,7	9,2	4,4
Drittländer .....	42,1	395,8	14,6	10,9
Einfuhr insgesamt	82,7	765,1	6,0	1,7
darunter				
EU-Länder .....	51,9	484,4	5,4	1,7
Eurozone .....	35,5	339,4	4,8	1,4
Nicht Eurozone .....	16,4	145,0	6,7	2,5
Drittländer .....	30,8	280,7	6,9	1,7

Quelle: DESTATIS

## Verarbeitendes Gewerbe Oktober 2012

### Umsatz saisonbereinigt – 0,8 % zum Vormonat

Der preisbereinigte Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe war nach vorläufigen Angaben (...) im Oktober 2012 saison- und arbeitstäglich bereinigt um 0,8 % niedriger als im September 2012 (nach –3,0 % im September 2012 gegenüber August 2012). Dabei verringerte sich der Inlandsumsatz im Oktober 2012 um 1,5 %, der Umsatz mit ausländischen Abnehmern um 0,2 %. Bezogen auf die Absatzrichtung des Auslandsgeschäfts stieg der Umsatz mit der Eurozone um 1,4 %, der Umsatz mit dem restlichen Ausland sank hingegen um 1,1 %.

Innerhalb der umsatzstärksten Wirtschaftszweige war der Rückgang bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen im Oktober 2012 saison- und arbeitstäglich bereinigt mit –5,1 % am höchsten. Dabei verringerte sich sowohl der Inlandsumsatz (–6,4 %) als auch der Auslandsumsatz (–4,2 %). Das höchste Umsatzplus gab es mit +2,9 % bei der Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen.

Im Vergleich zu Oktober 2011 ging der arbeitstäglich bereinigte Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes im Oktober 2012 um 3,3 % zurück. Das Geschäft mit inländischen Abnehmern verringerte sich in diesem Zeitraum um 5,3 %, der Auslandsumsatz um 1,1 %. Der Umsatz mit der Eurozone nahm um 7,5 % ab, der Umsatz im Geschäft mit dem restlichen Ausland stieg hingegen um 3,8 %.

Kumuliert von Januar bis Oktober 2012 lag das arbeitstäglich bereinigte Umsatzvolumen im Verarbeitenden Gewerbe um 0,5 % unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Der Inlandsumsatz ging um 1,3 % zurück; der Auslandsumsatz erhöhte sich leicht um 0,3 %. Wachstumsträger war dabei das restliche Ausland mit einem Plus von 3,9 %, während der Umsatz mit der Eurozone um 4,5 % unter dem Vorjahresniveau lag.

Quelle: DESTATIS

### Umsatz-Volumenindex im Verarbeitenden Gewerbe 2005 = 100

Arbeitstäglich bereinigt nach Census X-12-ARIMA

Absatzrichtung	Veränderungen zum Vorjahresmonat in %		
	Oktober	September	August
	2012		
Insgesamt.....	– 3,3	– 2,6	– 1,4
Inland.....	– 5,3	– 3,6	– 2,8
Ausland insgesamt.....	– 1,1	– 1,3	0,4
Eurozone.....	– 7,5	– 9,6	– 3,7
übriges Ausland.....	3,8	4,8	3,1

## Preise Jahr 2011

### Durchschnittserlös für Strom +8,5 % gegenüber 2010

Der vorläufige Durchschnittserlös (Grenzpreis) für Stromlieferungen an Sondervertragskunden lag im Jahr 2011 bei 11,57 Cent je Kilowattstunde. (...) Der Grenzpreis ist damit um 8,5 % gegenüber 2010 gestiegen – damals betrug er 10,66 Cent je Kilowattstunde.

Der Grenzpreis ist gesetzlich definiert als Durchschnittserlös der Versorgungsunternehmen je Kilowattstunde Strom, berechnet aus Stromlieferungen an Sondervertragskunden. Gemäß der Konzessionsabgabenverordnung dient der Grenzpreis den Energieversorgungsunternehmen als Grundlage zur Berechnung der Konzessionsabgaben. Das sind Entgelte, die die Energieversorger den Gemeinden für das Recht zahlen müssen, die Letztverbraucher mit Strom zu versorgen und öffentliche Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen nutzen zu dürfen.

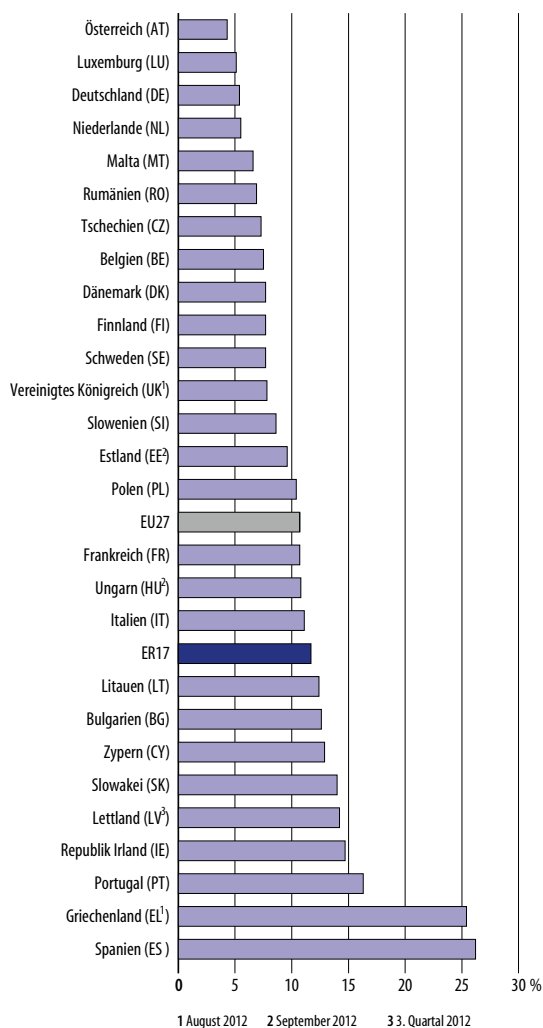
Der Durchschnittserlös bei der Abgabe an alle Letztverbraucher belief sich im Jahr 2011 auf 14,22 Cent je Kilowattstunde, das war ein Plus von 7,9 % gegenüber 2010. Bei der Abgabe an Haushaltskunden erlösten die Versorgungsunternehmen 2011 im Durchschnitt 20,24 Cent je Kilowattstunde, das waren 9,4 % mehr als 2010. (...)

Quelle: DESTATIS

Kurz gefasst **aus Europa****Arbeitsmarkt** Oktober 2012**Arbeitslosenquote des Euroraums bei 11,7 %**

Im Euroraum (ER17)<sup>1</sup> lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Oktober 2012 bei 11,7 % gegenüber 11,6 % im September. In der EU27<sup>2</sup> lag die Arbeitslosenquote im Oktober 2012 bei 10,7 % gegenüber 10,6 % im September. Im Vergleich zum Oktober 2011 sind die Quoten in beiden Gebieten deutlich gestiegen; in jenem Monat hatten sie 10,4 % bzw. 9,9 % betragen. (...)

Es wird schätzt, dass im Oktober 2012 in der EU27 insgesamt 25,913 Mill. Männer und Frauen arbeitslos waren, davon 18,703 Mill. im Euroraum. Gegenüber September 2012 ist die Zahl der arbeitslosen Personen in der EU27 um 204 000 und im Euroraum um 173 000 gestiegen. Gegenüber Oktober 2011 nahm die Zahl der Arbeitslosen in der EU27 um 2,160 Mill. und im Euroraum um 2,174 Mill. zu.

**Arbeitslosenquoten in Europa im Oktober 2012, saisonbereinigt**

Unter den Mitgliedstaaten verzeichneten Österreich (4,3 %), Luxemburg (5,1 %), Deutschland (5,4 %) und die Niederlande (5,5 %) die niedrigsten Arbeitslosenquoten. Die höchsten Quoten meldeten Spanien (26,2 %) und Griechenland (25,4 % im August 2012).

Die Arbeitslosenquote stieg über ein Jahr betrachtet in sechzehn Mitgliedstaaten, fiel in neun und blieb in Österreich und Slowenien stabil. Die höchsten Rückgänge verzeichneten Estland (von 11,5 % auf 9,6 % zwischen September 2011 und September 2012), Litauen (von 14,2 % auf 12,4 %) und Lettland (von 15,7 % auf 14,2 % zwischen dem dritten Quartal 2011 und 2012). Die höchsten Anstiege meldeten Griechenland (von 18,4 % auf 25,4 % zwischen August 2011 und August 2012), Zypern (von 9,2 % auf 12,9 %), Spanien (von 22,7 % auf 26,2 %) und Portugal (von 13,7 % auf 16,3 %).

Vergleicht man Oktober 2012 mit Oktober 2011, so stieg die Arbeitslosenquote der Männer im Euroraum von 10,3 % auf 11,6 % und in der EU27 von 9,8 % auf 10,7 %. Die Arbeitslosenquote der Frauen nahm im Euroraum von 10,7 % auf 11,8 % und in der EU27 von 10,0 % auf 10,7 % zu.

Im Oktober 2012 waren in der EU27 5,678 Mill. Personen im Alter unter 25 Jahren arbeitslos, davon 3,609 Mill. im Euroraum. Gegenüber Oktober 2011 stieg deren Zahl in der EU27 um 279 000 und im Euroraum um 350 000. Die Jugendarbeitslosenquote lag im Oktober 2012 in der EU27 bei 23,4 % und im Euroraum bei 23,9 %. Im Oktober 2011 hatten die Quoten 21,9 % bzw. 21,2 % betragen. Die niedrigsten Quoten im Oktober 2012 verzeichneten Deutschland (8,1 %), Österreich (8,5 %) und die Niederlande (9,8 %), und die höchsten Quoten meldeten Griechenland (57,0 % im August 2012) und Spanien (55,9 %).

Im Oktober 2012 lag die Arbeitslosenquote in den USA bei 7,9 %. In Japan lag die Quote im September 2012 bei 4,2 %.

Quelle: EUROSTAT

1 Zum Euroraum (ER17) gehören folgende 17 Mitgliedstaaten: Belgien, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Finnland.

2 Zur EU27 gehören: Belgien, Bulgarien, die Tschechische Republik, Dänemark, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Ungarn, Malta, die Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, die Slowakei, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich.



## Wirtschaft im Überblick August 2012

## Berlin

Die Zahl der Berliner Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des August 2012 zum August 2011 um 6,9 %, das sind genau 15 979 Personen weniger. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 12,2 %, das ergab zum Vorjahresmonat eine Veränderung um –1,1 Prozentpunkte. Im Einzelnen waren folgende Trends (Veränderung der Trend-Konjunktur-Komponente des Monats August 2012 zum August 2011) bei den einzelnen Merkmalen zu beobachten: Innerhalb des letzten Jahres fielen im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden der Trend des Auftragseingangsindex und der des Gesamtumsatzes leicht, während er bei der Beschäftigten-Zahl gleich blieb. Im Bauhauptgewerbe blieben die gleichen

Kennziffern des Auftragseinganges und des Umsatzes konstant, die der Beschäftigten legte leicht und die der Baugenehmigungen stärker zu. Bei der Zahl der Gästekünfte und der -übernachtungen stieg der Trend des letzten Jahres unvermindert stark an. Der Berliner Außenhandel verzeichnete beim gesamten Export eine stark steigende und beim Export in die EU eine leicht steigende Tendenz, beim Import war sie dagegen leicht fallend. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen blieb konstant, die der Betriebsgründungen und -aufgaben sank stark. Der Trend bei der Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen fiel leicht, bei den Unternehmensinsolvenzen fiel er stärker. Im August 2012 lag die Inflationsrate bei +2,4 % – der jährliche Trend war stärker steigend.

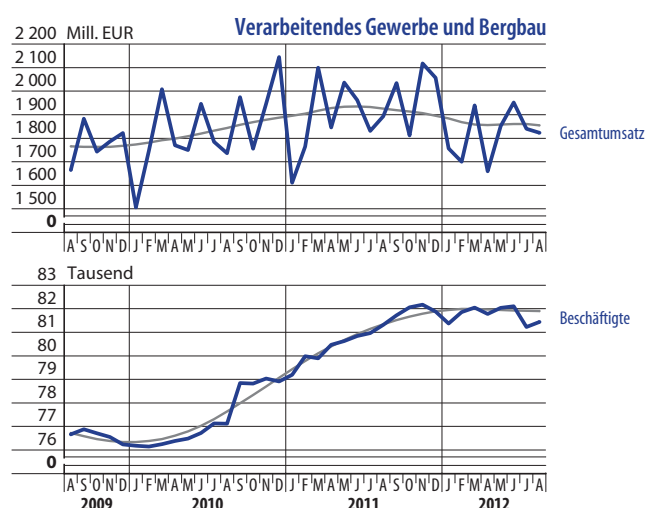
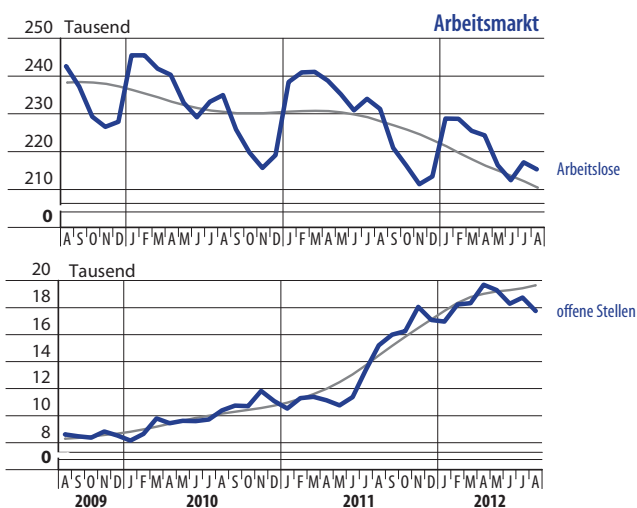
Die Berliner Arbeitslosenquote lag damit 6,2 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt und 1,9 Prozentpunkte über den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Gegenüber Brandenburg sind es dann +2,5 Prozentpunkte. Die Veränderung der Berliner Arbeitslosenzahl innerhalb der letzten 12 Monate (September 2011 bis August 2012) im Vergleich zum Vorjahr (September 2010 bis August 2011) lag bei –5,1 %, die Veränderung im laufenden Jahr (Januar bis August 2012 zu Januar bis August 2011, oder erste acht Monate 2012 zu den ersten acht Monaten 2011) betrug –6,5 %. Die seit Mitte des Jahres 2005 fallende Trend-Konjunktur-Komponente der Zahl der Arbeitslosen stieg seit dem Herbst 2008 wieder leicht an, ohne jedoch das ehemalige sehr hohe Niveau auch nur näherungsweise zu erreichen. Zurzeit ist der Trend leicht fallend.

Auf dem Berliner Arbeitsmarkt wurden Ende August des Jahres 2012 mit 214 796 Arbeitslosen 0,8 % weniger als im Juli 2012 registriert, das entsprach einem Minus von 1 815 Personen. Im Vergleich zum August des Jahres 2011 nahm die Zahl der Arbeitslosen um beachtliche 6,9 % ab, das entsprach einem Minus von 15 979 Personen. Diese An-

zahl stimmt ungefähr mit der Einwohnerzahl der Brandenburger Gemeinde Rüdersdorf bei Berlin oder der der Ämter des Landkreises Havelland, am 31. Dezember 2011, überein. Die Berliner Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug 12,2 %. Das ergab gegenüber dem Vorjahresmonat eine Veränderung um –1,1 Prozentpunkte.

Bei den offenen Stellen erfolgte ein methodischer Wechsel: Es werden ab dem 1. Januar 2009 die gemeldeten, ungefördernten Arbeitsstellen ohne selbstständige / freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung dargestellt, das entspricht etwa 21 100 Personen weniger als zuvor. Ein Vergleich mit Veröffentlichun-

Tabelle Seite 22



gen vor dem August 2010 ist deshalb nicht möglich. Im August 2012 waren 17 755 offene Stellen gemeldet. Das sind +16,7 % zum August 2011 und +54,0 % im Vergleich der beiden letzten 12 Monatszeiträume sowie bei Vergleich des laufenden Jahres 2012 (erste acht Monate) mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres +54,9 %. Seit Mitte des Jahres 2009 stieg die Trend-Konjunktur-Komponente der offenen Stellen sehr stark an – in letzter Zeit jedoch wieder etwas schwächer. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 12,1. Der lineare Trend dieses Quotienten war stark fallend – bei einer seit dem Jahr 2005 deutlich verringerten Schwankungsbreite.

Im Berliner **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftragseingangsindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) im August-Vergleich mit –1,1 % eine negative Veränderung; im Vergleich der letzten 12 Monatszeiträume waren es dann –3,7 % und in den acht Monaten des laufenden Jahres –5,5 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente fiel seit dem Frühjahr des Jahres 2008, stieg aber ab Mitte des Jahres 2009 dann wieder kontinuierlich an, um seit Mitte 2011 wieder ganz leicht abzufallen.

Die 338 im Monat August dieses Jahres berichtspflichtigen Betriebe – das sind sechs Betriebe mehr als im August 2011 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 823,8 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 69,6 Mill. EUR oder 3,7 % unterschritten. In den letzten 12 Monaten – vom September 2011 bis August 2012 – konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 22,5 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Verringerung des Gesamtumsatzes um 1,4 %; in den letzten acht Monaten waren es –3,5 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente dieser Kennziffer des Berliner Wirtschaftsabschnitts war seit der Mitte des Jahres 2008 fallend, seit dem Herbst des Jahres 2009 dann jedoch wieder leicht steigend. Sie hatte zum Jahreswechsel 2010 / 2011 das vor der Krise erreichte Niveau überschritten, fällt jedoch seit Mitte 2011 wieder leicht ab.

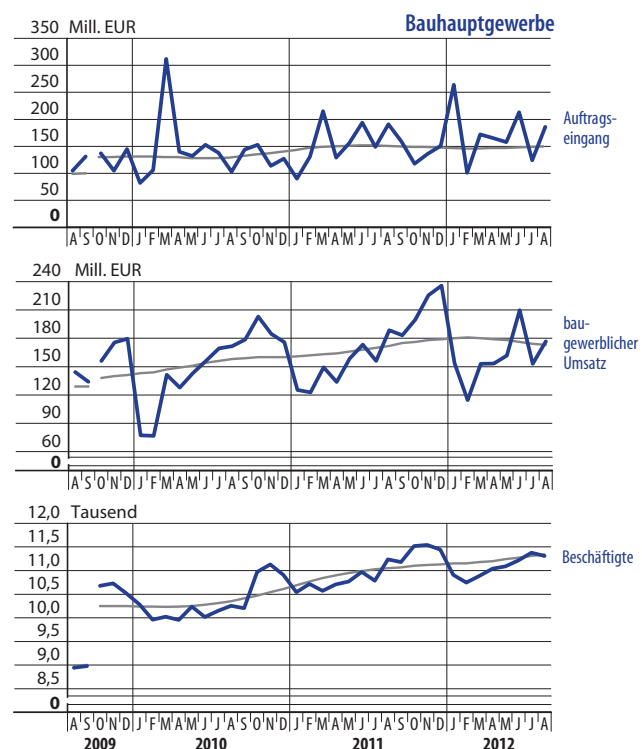
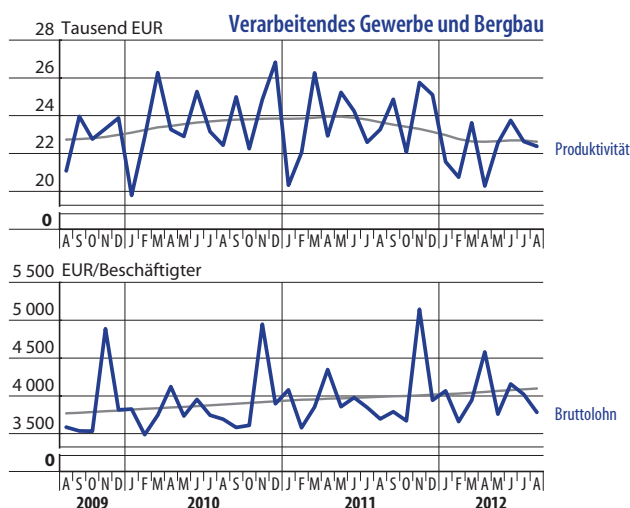
Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz des Wirtschaftsabschnitts erreichte im August 2012 ein Niveau von 993,4 Mill. EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug somit 54,5 %. Im Zeitraum der letzten 12 Monate wurden Waren im Wert von 11,7 Mrd. EUR aus diesem Berliner Wirtschaftsabschnitt exportiert.

Bei der Beschäftigtenzahl war die Trend-Konjunktur-Komponente seit dem Anfang des Jahres 2010 steigend, sie war dann seit Beginn des Jahres 2012 konstant geblieben. Im August des Jahres 2012 waren im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigte 81 498 Personen tätig. Gegenüber dem August 2011 gab es mit +0,2 % eine positive Veränderung. Im Vergleich der letzten 12 Monate mit den vorletzten 12 Monaten war mit +2,4 % und beim 8-Monats-Vergleich mit +1,6 % ebenfalls eine Verbesserung sichtbar.

Im August 2012 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 22 378 EUR, das waren –3,8 % gegenüber dem August 2011. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten lag aktuell bei 3 782 EUR, sie nahm zu und lag um 2,4 % oder 87,9 EUR höher als im August 2011.

In der konjunkturellen Entwicklung des Berliner **Bauhauptgewerbes** ergab sich im Oktober 2009 eine Veränderung in der Stichprobe, die zu einer Sprungstelle in den Zeitreihen an dieser Stelle führte. Das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge – als Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte im August 2012 ein Niveau von 186,2 Mill. EUR. Die Entwicklung dieser Kennziffer zeigte mit –2,3 % zum Vorjahres-

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes  
Veränderung Oktober 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



monat einen Abfall. In den ersten acht Monaten des Jahres 2012 waren es +10,3 % und beim 12-monatigen Vergleich ergab sich eine Veränderung von +8,7 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente stieg seit der Mitte des Jahres 2010 wieder etwas, sie verläuft aber seit dem Frühjahr 2011 fast konstant. Im Vergleich zum Vorjahresmonat war der Trend deshalb auch gleichbleibend.

Im August 2012 wurden 240 Baugenehmigungen erteilt, das sind +42,9 % zum August 2011; im Vergleich des laufenden Jahres waren es +1,1 % und im aktuellen Ein-Jahres-Zeitraum dann +8,9 %. Der Trend war demzufolge stark steigend.

Der baugewerbliche Umsatz erreichte im August 2012 einen Wert von 176,8 Mill. EUR (Gesamtumsatz: 178,4 Mill. EUR) bei –6,3 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Dieselbe Kennziffer war in den längerfristigen Betrachtungszeiträumen des laufenden Jahres und der zurückliegenden 12 Monate mit +5,6 bzw. +8,7 % recht positiv. Die Trend-Konjunktur-Komponente stieg seit dem Jahr 2009 fast linear an, senkte sich jedoch seit Anfang des Jahres 2012 leicht ab. Der jährliche Trend war jedoch gleichbleibend.

Mit 11 310 Beschäftigten wurde im August 2012 zum August 2011 ein Zuwachs von 0,6 % erreicht. Im Zeitraum der letzten 8 bzw. 12 Monate war ebenfalls ein Zuwachs aufgetreten: von 2,6 bzw. 3,7 %. Der Trend der Beschäftigtenzahl war seit Mitte des Jahres 2006 leicht steigend, ebenso wie der beim Vergleich zum Vorjahresmonat.

Im August 2012 erreichte im Berlin-Tourismus die Zahl der Gästeankünfte 1 027,5 Tsd; gegenüber dem August 2011 waren es 122,3 Tsd. Personen oder 13,5 % mehr. Beim Vergleich der 12-monatigen Zeiträume ergab sich ein Plus von 10,5 % und in den acht Monaten des laufenden Jahres +11,1 %. Der Trend war also stark steigend.

Die Zahl der Übernachtungen stieg im Monatsvergleich (August 2012 zu August 2011) um 15,4 % an, von 2 262,8 Tsd. auf 2 611,9 Tsd. Übernachtungen. Im 8-Monats-Vergleich setzte sich mit +11,8 % und im 12-Monats-Vergleich mit +10,8 % diese positive Entwicklung fort. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Gästeübernachtungen stieg seit dem Jahr 2003 annähernd linear an, in der letzten Zeit sogar etwas stärker.

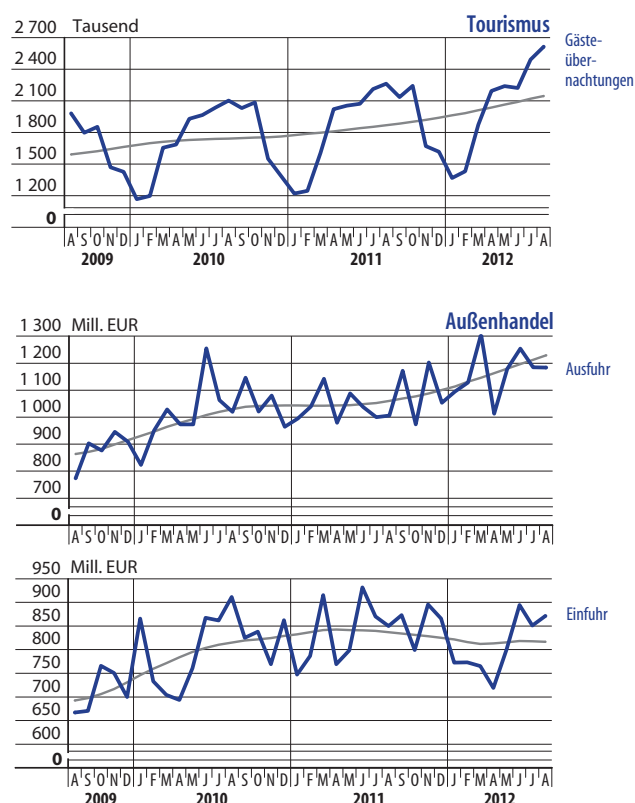
Im Durchschnitt entfielen im August 2012 auf jeden Gast 2,5 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es 2,3 Übernachtungen pro Gast – bei langfristig etwa gleich bleibender Tendenz.

Auch im Berliner Außenhandel sind die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise endgültig überwunden. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Berliner Wirtschaft betrug im August 1 183,6 Mill. EUR und lag damit um 17,6 % über dem Ergebnis des August 2011. Beim Vergleich der letzten 8 Monate waren es +12,7 % und beim Vergleich der letzten 12 Monate dann +10,0 %. Im Zeitraum eines Jahres – von August 2011 bis August 2012 – wurden Waren im Wert

von 13,7 Mrd. EUR exportiert, davon in die Staaten der Europäischen Union 43,9 % der gesamten Ausfuhr. Gegenüber dem Monat August 2011 wurden jedoch 1,7 % weniger in die EU exportiert. Die Trend-Konjunktur-Komponente des gesamten Exports hatte im Herbst 2010 das Vorkrisen-Niveau erreicht und sich seitdem etwas seitlich bewegt, sie stieg seit Mitte 2011 aber wieder stärker an, die des EU-Exportes stieg demgegenüber schwächer.

Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 870,1 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate von +2,5 % zum August 2011 führte. Im Ein-Jahres-Zeitraum (September 2011 bis August 2012) wurden Waren im Wert von 9,9 Mrd. EUR – das sind –0,9 % zu den vorherigen 12 Monaten – nach Berlin importiert und im laufenden Jahr (Januar bis August 2012) ergaben sich zum Vorjahreszeitraum –3,4 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente des Importes fiel seit Mitte 2008 und stieg aber seit Mitte 2009 wieder sehr stark an, wobei bereits Anfang 2010 der Vorkrisenstand überschritten wurde. Seit dem Herbst des Jahres 2011 sinkt die Trend-Konjunktur-Komponente allerdings wieder etwas.

Betont sei, dass eine Saldierung von Export und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist und dass bei den Einfuhren nicht alle Waren für den Verbrauch in Berlin bestimmt sind.



Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Auffallend ist, dass bei den monatlichen Einzelwerten – besonders jedoch zum Jahresende – regelmäßig sehr starke Einbrüche auftreten. Im August 2012 wurden 1 362 Gewerbe mehr an- als abgemeldet. Gegenüber dem August 2011, mit 1 297 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen, waren es +5,0 %, im langfristigeren 12-Monats-Vergleich ergaben sich dann –2,5 % und im laufenden Jahr –4,7 %. Der Trend war gleichbleibend.

Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der August 2012 auf 91 Anmeldungen mehr gegenüber den Abmeldungen und damit auf –32,1 % zum August 2011, der ein Saldo von 134 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen auswies. Beim Vergleichen des laufenden Jahres ergeben sich +1,4 % und im Ein-Jahres-Zeitraum sind es bei den Betrieben +11,4 %. Der Trend war stark fallend.

Die **Insolvenzen** zeigten in den betrachteten Zeiträumen für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren eine durchgängig leicht negative Veränderungsrate und bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen eine durchgängig stärker negative Veränderungsrate – bei beiden also eine positive Entwicklung.

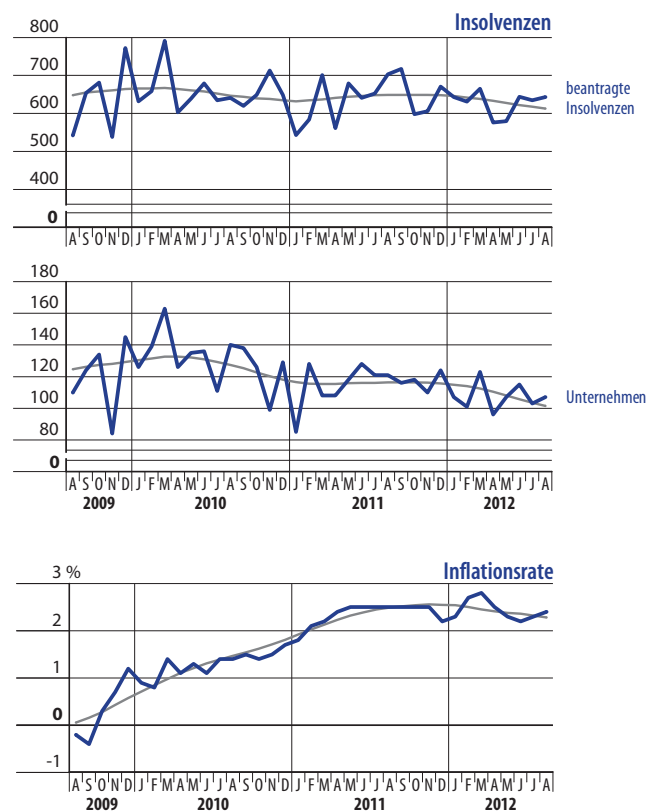
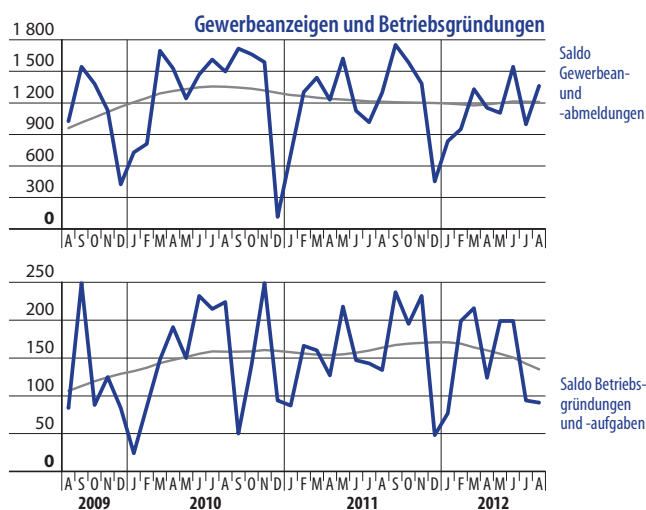
Bei den beantragten Insolvenzverfahren waren insgesamt 643 Verfahren für den Monat August 2012 genannt, das sind gegenüber dem August des Vorjahres 8,5 % weniger. Im Vergleich der letzten 12 Monate beträgt die Veränderung –1,1 % und im laufenden Jahr –0,9 %. Langfristig wurden im Durchschnitt monatlich unter 650 Insolvenzverfahren beantragt. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren dabei durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert.

Die Regelinsolvenzen der Unternehmen lagen langfristig und stabil seit Mitte 2006 bei etwa 120 Insolvenzen pro Monat, die Trend-Konjunktur-Komponente war zwar seit Mitte 2008 etwas steigend, fällt seit dem Frühjahr des Jahres 2010 jedoch wieder. Im aktuellen Monat gab es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 107 Fälle, das entspricht –11,6 % zum August 2011. Beim Vergleich der beiden letzten 12-Monats-Zeiträume ergaben sich –5,8 % und im laufenden Jahr –6,3 % bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen.

Die Tendenz innerhalb eines Jahres war bei den gesamten Insolvenzen und den Unternehmensinsolvenzen fallend, davon bei den Unternehmen stärker als bei den gesamten Insolvenzen.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat August 2012 bei 113,6 (2005 = 100). Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem August 2012 und dem August 2011, ergab sich damit ein Wert von +2,4 %, im Juli 2012 waren es +2,3 %. Während sich die Preise für Energie (besonders Kraftstoffe und Heizöl) und Nahrungsmittel (Obst, Fleisch- und Fischwaren, Molkereiprodukte sowie Brot und Getreideerzeugnisse), aber auch bei alkoholfreien Getränken, Verkehrsdienstleistungen und Beherbergungsdienstleistungen, überdurchschnittlich verteuerten, ergaben sich Preisrückgänge bei Speisefetten, Molkereiprodukten und Eiern ebenso wie bei den Finanzdienstleistungen, den Informationsverarbeitungsgeräten und der Unterhaltungselektronik.

Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate fiel seit der Mitte 2008 von ca. +3,0 % sehr stark, erreichte Mitte 2009 den Tiefpunkt nahe null und verlief seit dem Beginn des Jahres 2012 von ca. +2,5 % aus wieder leicht fallend. Gegenüber dem August 2011 war der Trend jedoch „noch“ stark steigend.



## Wirtschaft im Überblick August 2012

## Brandenburg

Die Zahl der Brandenburger Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des August 2012 zum August 2011 um 3,2 %, das waren –4 401 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 9,7 %, das sind –0,6 Prozentpunkte zum Vorjahresmonat. Im Einzelnen zeigten die Werte der ausgewählten Trend-Konjunktur-Komponenten des Monats August 2012 zum August 2011 folgendes Bild: Die Trends bei der Zahl der Arbeitslosen und der oben genannten Arbeitslosenquote waren fallend, die der offenen Stellen dagegen steigend. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden blieben der Gesamtumsatz und die Beschäftigtenzahl konstant, der Auftragseingangindex (für das Verarbeitende Gewerbe,

Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) fiel stark. Im Baugewerbe stieg die Trend-Konjunktur-Kennziffer beim Auftrags-eingang stark und bei den Beschäftigten leichter, sie fiel bei den Baugenehmigungen und bei dem Baugewerblichen Umsatz leicht. Im Tourismusgewerbe nahmen die Zahl der Gäste und die der Übernachtungen zu. Die Brandenburger Ausfuhren stiegen leicht an – die Ausfuhren in die EU ebenfalls, während die Importe leicht abfielen. Die jährlichen Trends der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen und die Differenz aus Betriebsgründungen und -aufgaben fielen stark. Die Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen und die der Unternehmensinsolvenzen sanken leicht. Im August 2012 betrug die Inflationsrate +2,0 %; der jährliche Trend ist zurzeit „noch“ leicht steigend.

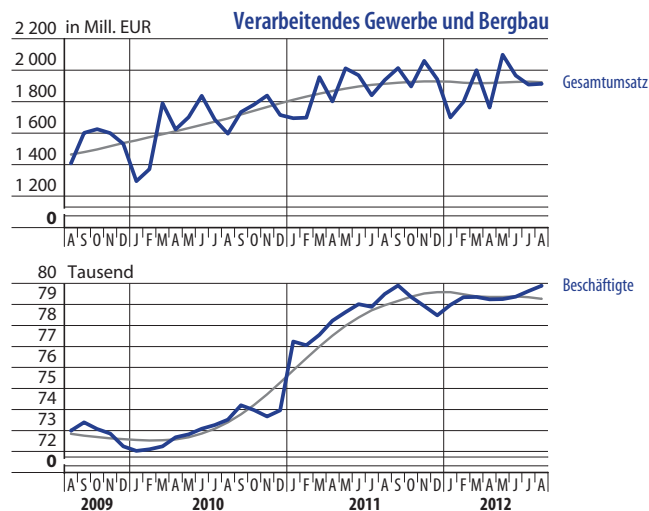
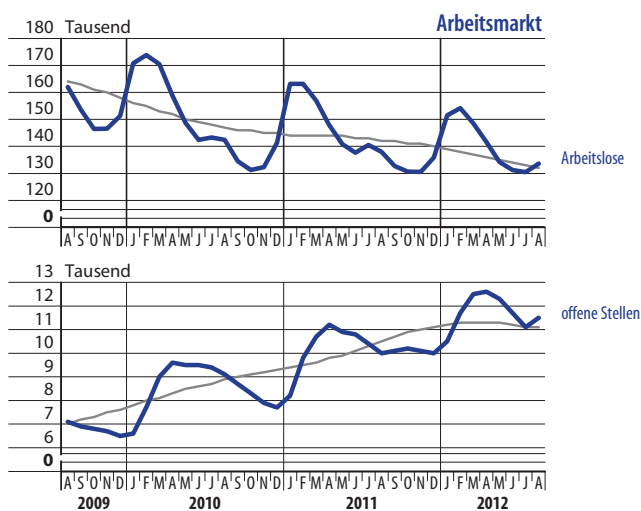
dem bundesweiten Durchschnitt wieder, aber auch 0,6 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Beim Vergleich mit Berlin waren es dann 2,5 Prozentpunkte weniger. Insgesamt blieb – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die seit Anfang des Jahres 2004 fallende Trend-Konjunktur-Komponente erhalten.

Bei den offenen Stellen erfolgte 2009 ein methodischer Wechsel: Es werden nun die gemeldeten, ungeforderten Arbeitsstellen ohne selbstständige / freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung dargestellt. Eine Rückrechnung der gesamten Zeitreihe ist für das Land Brandenburg bis zum Jahr 2000 erfolgt – ein Vergleich mit weiter zurückliegenden Veröffentlichungen deshalb nicht möglich. Die gemeldeten 11 523 offenen Stellen hatten sich seit dem August des vorigen Jahres um 1 551 Stellen oder um 15,6 % erhöht. Seit Mitte des Jahres 2009 stieg die Trend-Konjunktur-Komponente der offenen Stellen fast linear und sehr stark an, sie fällt seit dem Frühjahr des Jahres 2012 jedoch ganz leicht. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 11,6 – die langfristige lineare Tendenz

Auf dem Brandenburger **Arbeitsmarkt** wurde Ende August des Jahres 2012 mit 133 615 Arbeitslosen ein Plus von 2,4 % gegenüber dem Vormonat – dem Juli 2012 – registriert, das waren 3 169 Personen mehr. Im Vergleich zum August des Jahres 2011 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 3,2 % ab, das entspricht einem Minus von 4 401 Personen. Diese Zahl stimmt fast genau mit der Einwohner-

zahl des Brandenburger Amtes Neuzelle zum Ende des Jahres 2011 überein. Die brandenburgische Arbeitslosenquote betrug auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 9,7 %. Es ergaben sich somit gegenüber dem Vorjahresmonat 0,6 Prozentpunkte weniger. Damit fand sich die Brandenburger Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 3,7 Prozentpunkte über

Tabelle Seite 23



ist nach wie vor fallend, bei einer seit Mitte des Jahres 2006 deutlich verminderten saisonalen Schwankung. Im August dieses Jahres waren insgesamt 4 811 Personen in der beruflichen Weiterbildung erfasst; im Vergleich zum August 2011 ergab das ein Minus von 874 Personen oder  $-15,4\%$ .

Im Brandenburger **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftragseingangindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) im August-Vergleich mit  $-20,9\%$  eine starke negative Veränderung, bei jedoch deutlichen Schwankungen der Monateinzelwerte. Im Vergleich der gesamten letzten 12 Monate (September 2011 bis August 2012 zu September 2010 bis August 2011) waren es  $+1,8\%$  und im laufenden Jahr (Januar 2012 bis August 2012 zu Januar 2011 bis August 2011)  $-3,5\%$ . Die starken monatlichen Schwankungen des Auftragseinganges haben ihre Ursache in einzelnen Großaufträgen beim Fahrzeug- sowie dem Maschinenbau aus dem Ausland. Die Trend-Konjunktur-Komponente war seit dem Frühjahr 2010 stärker steigend, seit dem Herbst 2011 ist sie wieder fallend.

Die im Monat August dieses Jahres berichtspflichtigen 440 Betriebe – das sind zwei Betriebe mehr als im August 2011 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 913,7 Mill. EUR. Das Ergebnis gegenüber dem Vorjahresmonat verschlechterte sich somit, es wurde um 22,9 Mill. EUR oder  $1,2\%$  unterboten. In den ersten acht Monaten

2012 konnten die Brandenburger Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 15,1 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem gleichen Zeitraum 2011 ging damit eine Erhöhung des Gesamtumsatzes um  $1,6\%$  einher. Beim Vergleich der gesamten letzten 12 Monate (ein laufendes Jahr) sind es 23,1 Mrd. EUR Gesamtumsatz oder  $+4,9\%$ . Die langfristige Trend-Konjunktur-Komponente dieser Kennziffer des wichtigen Brandenburger Wirtschaftsabschnitts war – bei größeren Schwankungen der einzelnen Monatswerte und deren „regelmäßigen Einbrüchen“ zu den Jahreswechseln – seit dem Jahreswechsel 2008 zu 2009 sehr stark steigend, ab dem Ende des Jahres 2011 leicht fallend. Im Frühjahr 2010 wurde das vor der Konjunktur- und Finanzkrise erreichte Niveau überschritten. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Wirtschaftsabschnitts erreichte im August ein Niveau von 534,8 Mill. EUR – der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug somit  $27,9\%$ , in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres 2012 waren es dann  $30,8\%$  und in den letzten 12 Monaten  $30,2\%$  vom gesamten Export dieses Wirtschaftszweiges.

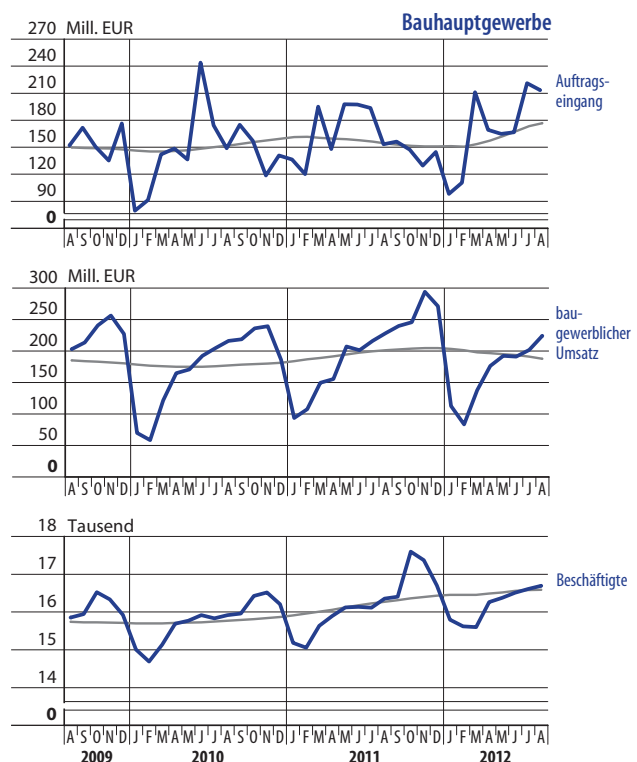
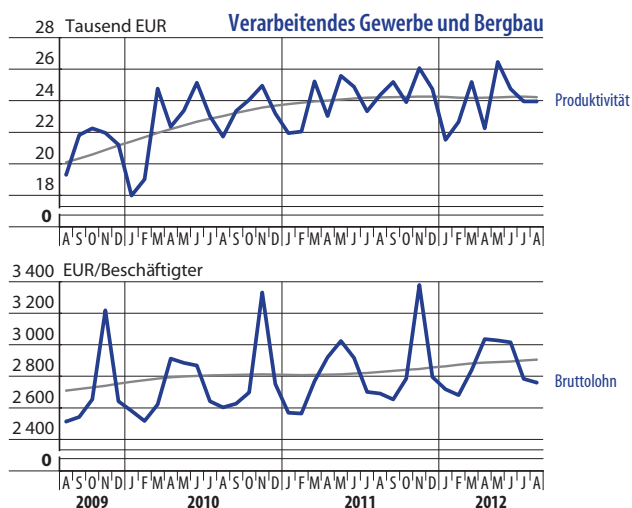
Bei der Beschäftigtenzahl war seit dem Herbst 2005 eine sehr stark steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, die dann ab Mitte 2008 leicht fiel – ohne jedoch in die Nähe der vergangenen Tiefstände zu gelangen – und die nun seit Anfang 2010 wieder ansteigt, in letzter Zeit jedoch etwa gleich bleibend war. Im August des Jahres 2012 waren im Brandenburger

Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigten 79 891 Personen tätig, gegenüber dem Vorjahresmonat (August 2011) mit  $+0,5\%$  eine Zunahme um 396 Personen. Im gesamten 12-Monats-Vergleich ergaben sich  $+3,2\%$  und im laufenden Jahr  $+1,4\%$ .

Im August 2012 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 23 954,1 EUR, das waren  $-1,7\%$  gegenüber dem August 2011. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten stieg dagegen: Sie lag im gleichen Zeitraum um  $2,6\%$  oder 69,7 EUR je Beschäftigten höher als im August 2011 – insgesamt bei 2 760,1 EUR.

Das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge des brandenburgischen **Bauhauptgewerbes** – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte im August 2012 ein Niveau von 212,3 Mill. EUR. Er zeigte mit  $+39,5\%$  zum Vorjahresmonat eine stark-positive Entwicklung. Im Vergleich der beiden letzten 8 Monate ergaben sich  $+1,0\%$  und bei den letzten 12 Monaten mit fast genau  $0,01\%$  die klassische „schwarze Null“. Der Trend war steigend. Die Anzahl der Baugenehmigungen entwickelte sich ebenfalls positiv, es ergaben sich  $+1,8\%$  im Vergleich zum Vorjahresmonat; beim längerfristigen Vergleich der letzten 8 Monate waren es  $-3,9\%$  und bei dem 12-Monats-Vergleich dann  $+2,6\%$ . Der Trend stellte sich bei den Baugenehmigungen als leicht fallend ein.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes





Beim baugewerblichen Umsatz scheint die seit dem Jahr 1995 – dem Beginn der Aufzeichnungen – fallende Tendenz beendet. Die Trend-Konjunktur-Komponente pendelte seit 2006 um die 180-Mill.-EUR-Marke, mit leicht steigender Tendenz. Sie erreichte zuletzt wieder die Werte des Jahres 2003 / 2004, fällt jedoch seit Ende des Jahres 2011 leicht. Die im August 2012 berichtspflichtigen 333 Betriebe – 15 Betriebe mehr als im August 2011 – erreichten einen baugewerblichen Umsatz von 223,9 Mill. EUR (Gesamtumsatz 226,0 Mill. EUR). Dabei lag der baugewerbliche Umsatz mit  $-1,9\%$  unter dem Wert vom August 2011. Beim Vergleich des laufenden Jahres 2012 (erste acht Monate) mit dem gleichen Zeitraum des Jahres 2011 ergibt sich eine Veränderung von  $-3,0\%$  und bei der Betrachtung der gesamten letzten 12 Monate (Ein-Jahres-Zeitraum)  $+5,8\%$ .

Bei den Beschäftigten setzte sich der seit fast zehn Jahren anhaltende und nur zeitweilig kurz unterbrochene Abwärtstrend vorerst nicht weiter fort, er pendelte seit 2008 um die 16 000 Beschäftigte und stieg seit dem Jahresbeginn 2010 wieder leicht an. Im August 2012 gab es im Wirtschaftszweig 16 695 Beschäftigte,  $2,1\%$  mehr als im August 2011. Im Zeitraum der letzten 12 Monate betrug der Beschäftigten-Zuwachs  $3,1\%$  und beim Vergleich der gesamten letzten 8 Monate  $+2,4\%$ . Der Trend des letzten Jahres war leicht steigend.

Im August 2012 erreichte die Zahl der Gästeübernachtungen beim Brandenburg-Tourismus 1 558,5 Tsd., gegenüber dem August 2011 waren es 119,9 Tsd. Übernachtungen oder  $+8,3\%$ . Beim Vergleich der 12-monatigen Zeiträume ergab sich ein Plus von  $4,0\%$  und bei dem 8-monatigen Vergleich des laufenden Jahres  $+3,9\%$ .

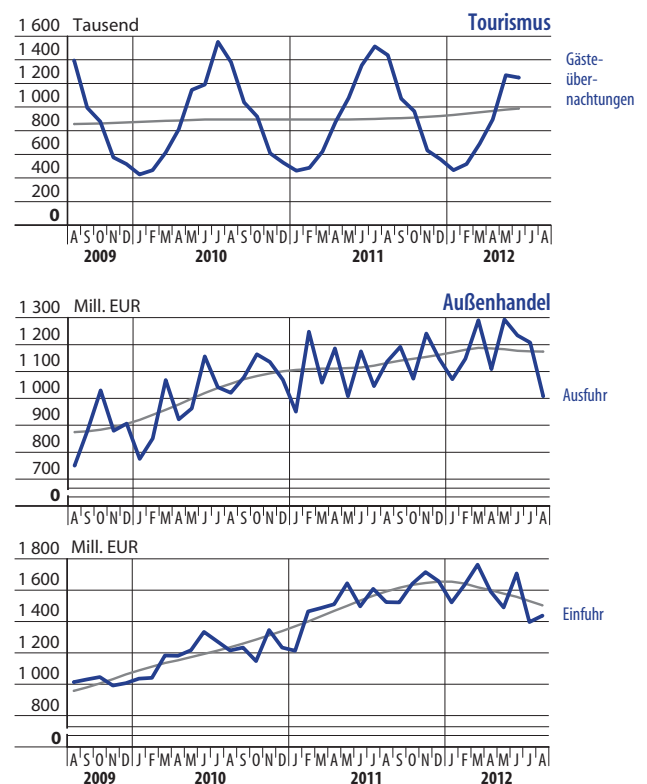
Die Zahl der Gästeankünfte stieg im aktuellen Monat zum Vorjahresmonat um  $9,8\%$ . Im 12-Monats-Vergleich setzte sich bei den Gästeankünften mit  $+3,3\%$  und im Vergleich der ersten acht Monate mit  $+3,1\%$  die positive Entwicklung langfristiger fort. Im Durchschnitt entfielen im August 2012 auf jeden Gast 3,0 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es 2,7 Übernachtungen. Insgesamt war bei den Gästeankünften und bei den -übernachtungen ein steigender Trend vorhanden. Die Dauer der Übernachtungen fällt langfristig jedoch leicht.

Im Brandenburger Außenhandel trat im Zeitraum vom Beginn des Jahres 2008 bis zur Mitte des Jahres 2009 eine stark negative Entwicklung auf, die beide Merkmale etwa auf das Niveau von 2006/2007 zurückwarf. Seit Mitte des Jahres 2009 stiegen die Import- und Export-Trend-Konjunktur-Komponenten wieder stark an, die des Exportes allerdings etwas geringer. Beim Import und Export wurde das Vor-Krisen-Niveau etwa zur Mitte 2010 dann wieder überschritten.

Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Brandenburger Wirtschaft betrug im August 1 008,4 Mill. EUR und lag damit um  $11,3\%$  unter dem Ergebnis des August 2011. Beim Vergleich der letzten 12-Monats-Zeiträume ergab sich ein Plus von  $5,7\%$  und beim Vergleich der 8-Monats-Zeiträume  $+6,3\%$ . Insgesamt wurden im Zeitraum der ersten acht Monate des Jahres 2012 – von Januar bis August 2012 – Waren im Wert von ca. 9,4 Mrd. EUR weltweit exportiert, in den letzten 12 Monaten waren es 14,0 Mrd. EUR. In die Staaten der Europäischen Union wurden  $65,2\%$  der gesamten Ausfuhr des August 2012 exportiert, mit 657,4 Mill. EUR  $3,1\%$  weniger als im August 2011; in dem letzten 12-Monats-Zeitraum ergab sich beim EU-Export ein Minus von  $3,2\%$  und innerhalb der letzten acht Monate ebenfalls ein Minus von  $3,0\%$ .

Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 1 436,8 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate um  $-5,7\%$  gegenüber dem August 2011 führte. In den letzten 8 Monaten wurden Waren im Wert von 12,5 Mrd. EUR nach Brandenburg importiert, das waren gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres  $+5,0\%$ , in den letzten 12 Monaten dann  $+12,8\%$ , bei insgesamt 19,1 Mrd. EUR.

Der Trend der letzten 12 Monate ist bei der Ausfuhr leicht steigend – auch bei der Ausfuhr nach der EU. Im gleichen Zeitraum fällt beim Import der Trend. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berech-





nung des Brandenburger Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist und dass bei den Einfuhren nicht alle Waren für den Verbrauch in Brandenburg bestimmt sind.

Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben zusammengefasst dargestellt. Zu beachten ist, dass eine starke saisonale Abhängigkeit mit einer Häufung von Gewerbeabmeldungen und Betriebsaufgaben im letzten Monat jedes Jahres eintritt.

Im August 2012 wurden 60 Gewerbe mehr ab- als angemeldet. Gegenüber dem August 2011 (234 mehr An- als Abmeldungen) sind es, bei einer Saldendifferenz vom -294, deutliche -125,6 % und im gesamten 12-Monats-Vergleich -110,3 % sowie im laufenden Jahr (8-Monats-Vergleich) -106,4 %.

Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der August 2012 auf 53 Abmeldungen mehr gegenüber den Anmeldungen und damit zu einem Minus von 150,0 % zum August 2011 (106 Anmeldungen mehr als Abmeldungen). Beim Vergleichen der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich bei den Betrieben -54,9 % und im 8-Monats-Vergleich -85,4 %.

Der Trend innerhalb des letzten Jahres muss bei den Gewerbemeldungen und bei den Betriebsgründungen als sehr stark fallend eingeschätzt werden.

Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren – bei insgesamt stark schwankenden monatlichen Werten – eine fallende, also positive, Entwicklung. Bei den beantragten Insolvenzverfahren wurden insgesamt 485 Verfahren genannt, das ist gegenüber dem August des Vorjahres eine Veränderung von +5,4 %. Längerfristig wurden im Durchschnitt – allerdings bei einer, wie bereits betont, großen Streuung – monatlich ca. 460 Verfahren beantragt. Im längerfristigen 12-Monats-Zeitraum waren es dann -4,8 % und im 8-Monats-Zeitraum -5,8 %. Eindeutig dominierten die Verbraucherinsolvenzen die beantragten Insolvenzverfahren.

Die Regelinsolvenzen der Unternehmen waren im Mittel bei etwas 50 Insolvenzen pro Monat, von ehemals über 120 (im Jahr 2000 bis 2003), angelangt. Der Trend war nach einem kleinen „Zwischenhoch“ um den Wechsel des Jahres 2004 / 2005 und Herbst 2009 wieder fallend. Im aktuellen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 51 Fälle, das entspricht +2,0 % zum August 2011. Beim Vergleich der 12-Monats-Zeiträume der Regelinsol-

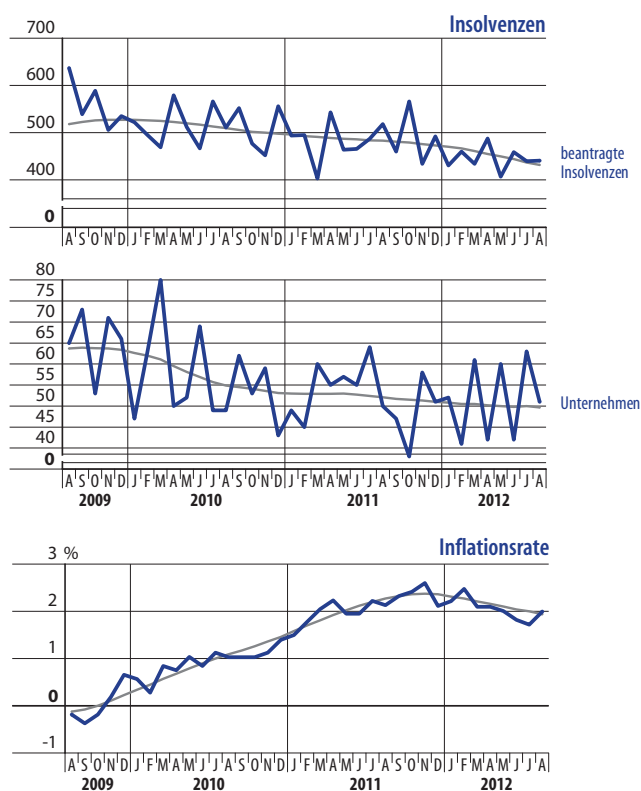
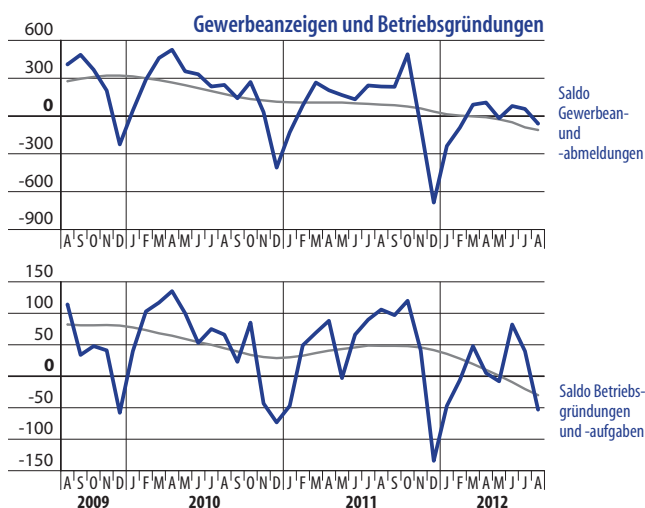
venzen der Unternehmen ergaben sich -7,1 % und bei den letzten 8-Monaten -5,3 %.

Der Trend im letzten Jahr war bei den gesamten Insolvenzen und bei den der Unternehmen fallend.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft wurden, erfasst, lag im Monat August 2012 bei 112,6.

Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem August 2011 und dem August 2012, ergab sich damit ein Wert von +2,0 %, im Juli 2012 lag er bei +1,7 %. Die Inflationsrate stieg damit wieder auf die für die Eurozone wichtige Zwei-Prozent-Marke an. Während die Preise für Energie und Nahrungsmittel, Verkehrsdienstleistungen, Restaurantbesuchen und alkoholfreien Getränken überdurchschnittlich stiegen, verringerten sie sich bei Informationsverarbeitungsgeräten, Foto- und Filmausrüstungen sowie der Unterhaltungselektronik.

Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate stieg seit Mitte des Jahres 2009 streng linear an, sie fällt seit dem Herbst des Jahres 2011 wieder ab. Im Vergleich des August 2012 zum August 2011 ist jedoch ein „noch“ steigender Trend vorhanden.



Wirtschaft im Überblick **August 2012****Berlin**

(Basis: Originalwerte, Stand vom 26. 11. 2012)

Merkmal	Einheit	August 2012		Januar 2012 bis August 2012		September 2011 bis August 2012		August 2012	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat	
			%		%		%		
Frühe Indikatoren									↗
Verbraucherpreisindex									
Gesamtindex.....	2005 ± 100	113,6	2,4	112,8	2,4	112,3	2,4	↑	
Auftragseingang									
Auftragseingangsbauindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe <sup>1,2</sup> .....	2005 ± 100	109,6	– 1,1	116,2	– 5,5	114,7	– 3,7	↘	
Bauhauptgewerbe.....	Mill. EUR	186,2	– 2,3	173,0	10,3	162,4	8,7	→	
Baugenehmigungen .....	Anzahl	240	42,9	175,3	1,1	181,0	8,9	↑	
Gegenwärtige Indikatoren									↗
Umsatz									
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) <sup>2</sup> .....	Mill. EUR	1 823,8	– 3,7	1 815,3	– 3,5	1 878,6	– 1,4	↘	
Stromerzeugung (brutto) .....	GWh	340,8	– 16,9	625,4	– 3,5	667,9	– 4,1	↘	
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) <sup>3</sup> .....	Mill. EUR	176,8	– 6,3	159,4	5,6	176,6	8,7	→	
Gästeankünfte .....	1 000	1028	13,5	885,4	11,1	881,2	10,5	↑	
Gästeübernachtungen.....	1 000	2612	15,4	2 053,4	11,8	2 007,7	10,8	↑	
Außenhandel									
Ausfuhr (Spezialhandel).....	Mill. EUR	1183,6	17,6	1 168,0	12,7	1 145,5	10,0	↑	
davon nach EU .....	Mill. EUR	416,7	– 1,7	474,4	5,4	503,3	9,7	↗	
Einfuhr (Generalhandel).....	Mill. EUR	870,1	2,5	804,6	– 3,4	822,1	– 0,9	↘	
Produktion									
(Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) <sup>2</sup>									
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten)...	EUR	22 378	– 3,8	22 194	– 5,0	22 946	– 3,7	↘	
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer .....	EUR	3 782	2,4	3 996	2,3	4 043	2,6	↗	
Späte Indikatoren									↗
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen									
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen ...	Anzahl	1362	5,0	1 160,3	– 4,7	1 204,8	– 2,5	→	
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	91	– 32,1	149,9	1,4	159,3	11,4	↘	
Insolvenzen gesamt .....	Anzahl	643	– 8,5	627,1	– 0,9	634,1	– 1,1	↘	
davon Unternehmen .....	Anzahl	107	– 11,6	107,4	– 6,3	110,6	– 5,8	↘	
Beschäftigte									
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe <sup>2</sup> ...	1 000	81,5	0,2	81,8	1,6	81,9	2,4	→	
Bauhauptgewerbe <sup>3</sup> .....	1 000	11,3	0,6	11,1	2,6	11,2	3,7	↗	
Arbeitsmarkt									
Arbeitslose .....	Anzahl	214 796	– 6,9	220 529	– 6,5	218 688	– 5,1	↘	
Arbeitslosenquote (aller zivilen Erwerbspersonen) .....	%	12,2	– 8,3	12,6	– 7,8	12,6	– 6,3	↘	
offene Stellen .....	Anzahl	17 755	16,7	18 413,6	54,9	17 890,8	54,0	↑	

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex  
(ausgewählte Wirtschaftszweige)3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20  
und mehr Beschäftigten; Monatsberichtszeitraum

4 einschl. Tankstellen aber ohne KFZ

5 vorläufig

## Legende

Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % ≤ p

1 % ≤ p &lt; 10 %

-1 % &lt; p &lt; 1 %

-10 % &lt; p ≤ -1 %

p ≤ -10 %

↑

↗

→

↘

↓

Verbraucherpreisindex

2 % ≤ p

1 % ≤ p &lt; 2 %

-1 % &lt; p &lt; 1 %

-2 % &lt; p ≤ -1 %

p ≤ -2 %

↑

↗

→

↘

↓

## Brandenburg

(Basis: Originalwerte, Stand vom 15. 10. 2012)

Merkmal	Einheit	August 2012		Januar 2012 bis August 2012		September 2011 bis August 2012		August 2012	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat	
			%		%		%		
Frühe Indikatoren									↑
Verbraucherpreisindex									
Gesamtindex.....	2005 ± 100	112,6	2,0	112,0	2,1	111,5	2,2	↗	
Auftragseingang									
Auftragseingangsbauindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe <sup>1 2</sup> .....	2005 ± 100	130,8	− 20,9	165,9	− 3,5	176,8	1,8	↓	
Bauhauptgewerbe.....	Mill. EUR	212,3	39,5	168,2	1,0	159,8	0,0	↑	
Baugenehmigungen.....	Anzahl	736	1,8	658,3	− 3,9	662,0	2,6	↘	
Gegenwärtige Indikatoren									↗
Umsatz									
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) <sup>2</sup> .....	Mill. EUR	1 913,7	− 1,2	1 893,0	1,6	1 921,1	4,9	→	
Stromerzeugung (brutto).....	GWh	3 106,7	21,6	3 183,1	− 0,2	3 131,0	3,3	↗	
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) <sup>3</sup> .....	Mill. EUR	223,9	− 1,9	164,9	− 3,0	197,5	5,8	↘	
Gästeankünfte.....	1 000	522,0	9,8	362,9	3,1	344,9	3,3	↗	
Gästeübernachtungen.....	1 000	1 558,5	8,3	1 016,9	3,9	946,8	4,0	↗	
Außenhandel									
Ausfuhr (Spezialhandel).....	Mill. EUR	1 008,4	− 11,3	1 170,5	6,3	1 168,1	5,7	↗	
davon nach EU.....	Mill. EUR	657,4	− 3,1	731,2	− 3,0	742,0	− 3,2	↗	
Einfuhr (Generalhandel).....	Mill. EUR	1 436,8	− 5,7	1 567,2	5,0	1 589,3	12,8	↘	
Produktion									
(Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) <sup>2</sup>									
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten)...	EUR	23 954,1	− 1,7	23 843,9	0,2	24 221,6	1,6	→	
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer .....	EUR	2 760,1	2,6	2 857,1	3,2	2 872,6	2,1	↗	
Späte Indikatoren									↓
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen									
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen ...	Anzahl	− 60	− 125,6	− 9,6	− 106,4	− 10,6	− 110,3	↓	
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	− 53	− 150,0	7,6	− 85,4	15,4	− 54,9	↓	
Insolvenzen gesamt.....	Anzahl	485	5,4	451,8	− 5,8	461,4	− 4,8	↘	
davon Unternehmen.....	Anzahl	51	2,0	51,5	− 5,3	50,5	− 7,1	↘	
Beschäftigte									
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe <sup>2</sup> ...	1 000	79,9	0,5	79,4	1,4	79,3	3,2	→	
Bauhauptgewerbe <sup>3</sup> .....	1 000	16,7	2,1	16,2	2,4	16,5	3,1	↗	
Arbeitsmarkt									
Arbeitslose.....	Anzahl	133 615	− 3,2	140 663,9	− 5,3	137 933,8	− 4,2	↘	
Arbeitslosenquote (aller ziviler Erwerbspersonen) .....	%	9,7	− 5,8	10,5	− 5,2	10,3	− 4,0	↘	
offene Stellen.....	Anzahl	11 523	15,6	11 725,1	14,4	11 185,3	17,0	↗	

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex  
(ausgewählte Wirtschaftszweige)3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20  
und mehr Beschäftigten; Monatsberichtsreis

4 einschl. Tankstellen aber ohne KFZ

5 vorläufig

## Legende

Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % ≤ p

1 % ≤ p &lt; 10 %

-1 % &lt; p &lt; 1 %

-10 % &lt; p ≤ -1 %

p ≤ -10 %

Verbraucherpreisindex

2 % ≤ p

1 % ≤ p &lt; 2 %

-1 % &lt; p &lt; 1 %

-2 % &lt; p ≤ -1 %

p ≤ -2 %

↑

↗

→

↘

↓

## Zensus 2011 in Berlin und Brandenburg – Aspekte der praktischen Durchführung

### Logistik und Standortauflösung

Mit Beginn des Haupterhebungszeitraumes im Mai 2011 verzeichnete die Poststelle des Zensus bis zum Ende des Jahres das höchste Postaufkommen. Die Aufgaben des Hausservice lagen in dieser Zeit haupt-

Der 9. Mai 2011 war der Stichtag für den Zensus 2011 in der Bundesrepublik Deutschland. Im Rahmen des größten Projektes der amtlichen Statistik Deutschlands seit der Wiedervereinigung wurden Daten über die Bevölkerungsstruktur, die Haushaltszusammenhänge sowie der Gebäude- und Wohnungsbestand flächendeckend ermittelt. Nach fast 18 Monaten Erhebungsgeschäft liegen nun viele Millionen Datensätze vor, die hochgerechnet, zusammengeführt, plausibilisiert und ausgewertet werden. Es dauert nicht mehr lange und Deutschland erhält mit den Zensusergebnissen eine neue Datenbasis für die Öffentlichkeit, die Planungen und Entscheidungen in Politik und Verwaltung. Die Einwohnerzahlen für Bund, Länder und Kommunen sowie die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung werden voraussichtlich im Frühjahr 2013 bekanntgegeben. Detaillierte Endergebnisse werden dann Anfang 2014 folgen.

In diesem Beitrag wird die Erhebungsphase des Projektes Zensus 2011 in den Bundesländern Berlin und Brandenburg für den Zeitraum vom Stichtag 9. Mai 2011 bis Ende August 2012 dargestellt. Behandelt werden in einem ersten Teil die Logistik und Standortauflösung, in einem zweiten Teil die personelle Ausstattung während des Erhebungsgeschäftes und in einem dritten Teil neben der praktischen Durchführung der statistischen Erhebungen auch die Maßnahmen zur Sicherung der Qualität der Zensusergebnisse. Der vierte Teil des Beitrages beleuchtet die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zum Zensus 2011.

sächlich in der logistischen und organisatorischen Begleitung des Versandes und der Verteilung der Fragebogen aus der Haupterhebung sowie der Unterstützung der Versandwellen für die Haushaltebefragung in Berlin und Brandenburg. Da viele Auskunftspflichtige, insbesondere aus Berlin, ihren Fragebogen persönlich abgeben wollten, wurden die Hausöffnungszeiten auf einen 24-Stunden-Dienst verlängert und verschlossene Datenbehälter im Eingangsbereich aufgestellt.

Im Februar 2012 wurden als letzte große Aktion im Erhebungsgeschäft des Zensus 2011 die Festsetzungen der Gebäude- und Wohnungszählung für die Länder Berlin und Brandenburg versandt. Damit endete auch das große Postaufkommen für den Zensus. Die Posteingangs- und -ausgangszahlen sind seitdem stark rückläufig. Dafür kam die Arbeit mit Postzustellungsurkunden in Verbindung mit dem Versand von Heranziehungsbescheiden in größerem Umfang hinzu.

Ab März 2012 lag die Hauptaufgabe des Haus-

service in der Planung und Durchführung der Umzüge, die im Zuge der Auflösung des Zensusstandortes Berlin, Alt-Moabit, Ende 2012 notwendig werden. Die verbleibenden Zensus-Beschäftigten setzen ab

1. Dezember 2012 ihre Arbeiten an den Standorten Alt-Friedrichsfelde und Potsdam fort. Einhergehend mit den Vorbereitungen zur Auflösung des Standortes und der Schließung der Erhebungsstelle Berlin erfolgte die Sichtung aller Unterlagen hinsichtlich Aufbewahrungserfordernis bzw. Vernichtung. Da das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) am Standort Cottbus ein Zwischenarchiv unterhält, waren auch dort die Voraussetzungen für eine längere Aufbewahrung zu schaffen. Im 2. Halbjahr 2012 wurden zudem zwei große Datenpapier-Vernichtungen von Zensus-Unterlagen der Sicherheitsstufe 4 durchgeführt.

Als letzte große Aufgabe ist neben der Umsetzung des Umzugskonzepts die Abmietung des Zensus-Standortes Alt-Moabit vorzubereiten gewesen. Alle Dienstleistungsverträge waren zu kündigen, Betriebsmittel auf die Nachnutzung zu prüfen und deren Transport vorzubereiten bzw. nicht mehr benötigte Materialien zu entsorgen. Am 3. Dezember 2012 hat die Poststelle des Zensus ihren Betrieb am Standort Alt-Friedrichsfelde aufgenommen.

### Personelle Ausstattung während des Erhebungsgeschäftes

Mit Beginn der Erhebungsphase im Mai 2011 erreichte das Projekt Zensus 2011 auch den höchsten Personalstand. Ende Mai 2011 waren 212 Beschäftigte im Projekt tätig, darunter allein 28 Beschäftigte im Eingangsverarbeitungszentrum. Der Personalbestand im Jahr 2011 schwankte immer etwas, da auch einige Beschäftigte das Projekt aufgrund von neuen Arbeitsangeboten vorzeitig wieder verließen. Im Zeitraum von Mai 2011 bis Mitte August 2012 wurde eine Vielzahl an einzelnen Stellenausschreibungsverfahren durchgeführt. Dabei wurden insbesondere Beschäftigte für die Fachbereiche Gebäude- und Wohnungszählung und die Haushaltebefragung in Berlin und Brandenburg sowie im Bereich Verwaltung für das Mahnwesen, den Rechtsbereich und den Personalbereich gesucht. Die Erhebungsstellen in Brandenburg wurden fachlich, organisatorisch, rechtlich und in Fragen der IT von sieben Beschäftigten des AfS, Projekt Zensus 2011, betreut. Erhebungsunterstützend waren etwa 6000 Erhebungsbeauftragte im Einsatz, 1600 Interviewer im Land Berlin sowie 4400 Interviewer im Land Brandenburg. Die Interviewer Brandenburgs wurden durch die 30 örtlichen Erhebungsstellen ausgewählt, verpflichtet und angeleitet. Zum Ende des Jahres 2011 waren noch 199 Beschäftigte für das Projekt Zensus 2011 tätig. Im

Jahr 2012 wurde der Personalbestand in drei Wellen abgebaut. Die erste größere Anzahl an Beschäftigten verließ das Projekt zum 31. März 2012. Zum 1. Juli 2012 war der Personalbestand des Projektes dann auf 127 Beschäftigte geschrumpft, hauptsächlich bedingt durch die Schließung der Erhebungsstellen zum 31. Mai 2012. Mit der Auflösung des Zensusstandortes zum 30. November 2012 wurde der Personalbestand weiter auf etwa 50 Beschäftigte reduziert.

### Die statistischen Erhebungen

#### Die Gebäude- und Wohnungszählung

Ziel der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) war es, alle Gebäude mit Wohnraum und bewohnte Unterkünfte zum Stichtag 9. Mai 2011 zu zählen. Die Befragung fand schriftlich statt. Auskunftspflichtig waren die Eigentümer, Verwalter und sonstigen Verfügungs- und Nutzungsberechtigten von Gebäuden und Wohnungen. Die größte Herausforderung im Vorfeld der Zählung bestand in der Ermittlung der Auskunftspflichtigen. Hierfür wurden Daten von zahlreichen registerführenden Stellen eingezogen. Die Durchführung der Vorerhebung im November 2011 ergab ebenfalls wichtige Hinweise. Über die Einzelheiten dieser umfangreichen Vorbereitungsarbeiten wurde bereits in Heft 3/2011 dieser Zeitschrift berichtet.

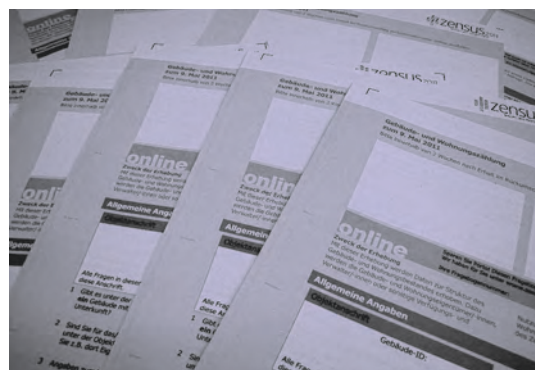
#### Versand der Erhebungsunterlagen

Die GWZ wurde deutschlandweit zeitgleich durchgeführt. Jedes Bundesland war dabei für die Organisation seiner Zählung selbst verantwortlich. Pünktlich zum 9. Mai 2011 startete der Versand der Erhebungsunterlagen in Berlin und Brandenburg. Dabei erhielt jeder Auskunftspflichtige einen Fragebogen zum Gebäude und für bis zu sechs Wohnungen. Waren mehr als sechs Wohnungen im Gebäude vorhanden (hierfür wurden neben Registerdaten die Daten der Vorerhebung vom November 2010 ausgewertet), schloss der Versand zusätzliche Wohnungsfragebogen mit ein.

Die Zustellung der Erhebungsunterlagen erfolgte gestaffelt in mehreren Wellen. Die meisten Auskunftspflichtigen erhielten ihre Unterlagen im Mai 2011. Ein kleinerer Teil von Auskunftspflichtigen erhielt die Fragebogen zu Beginn des Jahres 2012. Ein späterer Versand der Erhebungsunterlagen erfolgte immer dann, wenn der richtige Auskunftspflichtige erst sehr spät, beispielsweise im Rahmen des Mahnverfahrens oder durch einen Eigentümerwechsel, ermittelt wurde. Insgesamt wurden in Berlin 436 000 und in Brandenburg 720 000 Fragebogen verschickt. Ziel der amtlichen Statistik war es, Auskunftspflichtige, die in mehreren Bundesländern Wohneigentum besaßen oder verwaltet haben, nur einmal anzuschreiben. Hierzu war für die Erhebung der Daten bei Firmen oder Personen mit länderübergreifenden Gebäude- und Wohnungsbeständen zwischen den Amtsleitern der Statistischen Landesämter eine Verwaltungsvereinbarung geschlossen worden.

Die Frist zum Ausfüllen der Fragebogen betrug 14 Tage. Bereits am 10. Mai 2011 gingen die ersten Rückläufe ein. Der tägliche Fragebogenrücklauf überschritt schon nach wenigen Tagen die 10 000er-Marke. Während am Anfang die Datenrückmeldung via Internet (IDEV – Internet Datenerhebung im Verbund)

Abb. 1 Erhebungsunterlagen der GWZ



Tab. 1 Überblick über den Versand der Erhebungsunterlagen (ohne Mahnwesen) in den Ländern Berlin und Brandenburg von Mai 2011 bis Juni 2012

Versand- welle	Zeit- raum	Berlin		Brandenburg	
		Frage- bogen	Versand- fälle	Frage- bogen	Versand- fälle <sup>1</sup>
1	Mai 11.....	309 565	222 887	623 639	556 818
2	Jul 11.....	12 054	14 142	44 053	40 691
3	Sep 11.....	19 443	17 091	10 388	8 976
4	Okt 11.....	34 099	31 291	7 394	6 471
5	Jan 12.....	17 933	15 724	18 801	17 151
6	Feb-Jun 12	43 303	30 119	16 398	15 432
Insgesamt		436 397	331 254	720 673	645 539

<sup>1</sup> Die Anzahl der Versandfälle ist deutlich niedriger als die Anzahl der Fragebogen, da diese bei Mehrfacheigentümern zu einem Versandfall gebündelt wurden.

stark genutzt wurde, nahm der tägliche Postrücklauf kontinuierlich zu. Durch den aus drucktechnischen Gründen gestaffelt erfolgten Versand erstreckte sich diese hohe Anzahl von Fragebogenrückläufen bis Ende Juni 2011. Rund zwei Drittel der Auskunftspflichtigen nutzten für ihre Antwort den Papierfragebogen, rund ein Drittel kam der Auskunftspflichtigen mittels Internet nach. Bis zum 17. Juli 2012 hatten Auskunftspflichtige die Möglichkeit, ihre Daten online zu übermitteln. Antworten, die auf postalischem Wege eingingen, konnten bis zum 15. August 2012 verarbeitet werden.

Insgesamt betrug der Rücklauf nach Abschluss des Mahnwesens in Brandenburg rund 96 %, in Berlin rund 94 %.

#### Elektronische Auskunftserteilung durch Wohnungsunternehmen

Neben der Möglichkeit, den Papierfragebogen auszufüllen oder GWZ-Angaben im Internet zu machen, bestand für gewerbliche Wohnungseigentümer (wie z.B. Wohnungsbaugesellschaften oder privatwirtschaftliche Wohnungsunternehmen) die Möglichkeit, die geforderten Auskünfte ihren IT-Systemen zu entnehmen und gesammelt an die Statistischen Landesämter zu übermitteln. Bereits im Rahmen der Erhebungsvorbereitung wurden mit Unternehmen Sondervereinbarungen zur elektronischen Datenübermittlung geschlossen und Testdatenlieferungen vereinbart.



Nach mehrmonatigen Vorbereitungen in Form von Bestandsmitteilungen und Testdatenübermittlungen lieferten 182 in Brandenburg und 274 in Berlin ansässige Großeigentümer für insgesamt rund 45 000 Gebäude mit rund 330 000 Wohnungen in Brandenburg und rund 90 000 Gebäude mit rund 748 000 Wohnungen in Berlin Daten zu den laut § 6 des Zensusgesetzes 2011 (ZensG 2011) geforderten Erhebungsmerkmalen. Die Datenübermittlung zum Stichtag 9. Mai 2011 erfolgte mittels einer speziellen Software, dem CORE.reporter sowie in Einzelfällen mittels des IDEV-Verfahrens. 90 % der brandenburgischen Unternehmen und 73 % der Berliner Unternehmen lieferten hierbei fristgerecht.

Da nur ca. 10 % der von den brandenburgischen Großeigentümern und 25 % der von den Berliner Großeigentümern gelieferten Dateien den vorgegebenen formalen und inhaltlichen Anforderungen vollständig entsprachen, nahm die Aufbereitung und Einspielung der Daten in das GWZ-Erhebungsunterstützungssystem durch mehrere Vollzeitbeschäftigte über acht Monate Zeit in Anspruch. Aufgrund der engagierten Mitwirkung der Unternehmen im Rahmen GWZ-seitiger Rückfragen ist durch umfangreiche Aufbereitungen und zahlreiche nachträgliche Korrekturlieferungen der Großeigentümer letztendlich eine hervorragende Qualität der Daten erzielt worden.

### Mahnwesen

Obwohl die Befragung mit Auskunftspflicht durchgeführt wurde, führte nicht jeder Versand der Erhebungsunterlagen auch automatisch dazu, dass Informationen zu Gebäuden und Wohnungen erteilt wurden oder ein anderer Auskunftspflichtiger benannt wurde. Etwa 5 % der Sendungen waren unzustellbar. Wenn Umzugsadressen den Versandunternehmen bekannt waren, wurden die Sendungen an die neue Anschrift zugestellt. Ein weiterer Teil der Befragten füllte die Unterlagen aus verschiedenen Gründen nicht aus. Ursachen waren u. a., dass Befragte mit dem Gebäude oder der Wohnung nichts (mehr) zu tun hatten, dass das Gebäude nicht zählungsrelevant war, es an Verständnis für die gesetzlich festgelegte Auskunftspflicht mangelte oder dass bereits ein anderer Auskunftspflichtiger Angaben zu dem Objekt gemacht hatte. Dieser Fall trat gehäuft bei Familien auf. Waren beispielsweise beide Eheleute für ihr Wohnhaus auskunftspflichtig, so erwartete das Erhebungsunterstützungssystem zwei Rückmeldungen, obwohl die Auskunft für das Gebäude schon vollständig erteilt wurde.

Alle Auskunftspflichtigen mit fehlenden Rückmeldungen wurden am 19. Juli 2011 an ihre Auskunftspflicht erinnert. Führt diese Erinnerung nicht zur gewünschten Auskunftserteilung, erfolgte eine förmliche Zustellung des Fragebogens mit der Androhung eines Zwangsgeldes. Rund 71 000 Personen oder Unternehmen, die ihrer Auskunftspflicht nicht nachgekommen waren, wurden Anfang Dezember 2011 im Rahmen einer förmlichen Zustellung erneut auf ihre Auskunftspflicht hingewiesen. Auf diese Heranziehung zur Auskunftserteilung haben bis Anfang 2012 ca. 85 % der Befragten mit der Rücksendung der ordnungsgemäß ausgefüllten Erhebungsunterlagen

reagiert. Anfang Februar 2012 erfolgte in 10 600 Fällen, in denen auch auf die Heranziehung zur Auskunftserteilung keine Rückmeldung einging, eine entsprechende Zwangsgeldfestsetzung. Diese Maßnahme führte zu weiteren Rückmeldungen, sodass schließlich in noch ca. 2 400 Fällen eine Vollstreckung der festgesetzten Zwangsgelder eingeleitet wurde.

Auch wenn das Mahnwesen sehr erfolgreich betrieben wurde, konnten nicht für alle Gebäude mit Wohnraum Daten ermittelt werden. Es gab Gebäude, für die trotz zahlreicher Anstrengungen kein Auskunftspflichtiger festgestellt werden konnte. In Berlin betraf dies rund 900 Gebäude. Hinzu kam, dass nicht in jedem Fall Erhebungsunterlagen wirksam zugestellt werden konnten. Dies führte zu zahlreichen Antwortausfällen. Problematische Fallkonstellationen waren auch die Insolvenz von Unternehmen, Erbgemeinschaften oder Auskunftspflichtige im Ausland. In diesen Fällen sah das Fachkonzept der GWZ eine Schätzung der Gebäudemerkmale (Imputation) oder eine Ersatzvornahme vor. Während die Imputation maschinell erfolgte, wurden die Ersatzvornahmen von den örtlichen Erhebungsstellen durchgeführt.

### Ersatzvornahmen

Mitte April 2012 begannen die 30 örtlichen Erhebungsstellen im Land Brandenburg und die Erhebungsstelle Berlin mit der ersatzweisen Begehung von Anschriften bei Antwortausfällen der Gebäude- und Wohnungszählung. Die betroffenen Fälle wurden Anfang April bundesweit maschinell vom GWZ-Erhebungsunterstützungssystem ermittelt und zur Begehung ausgewiesen. Ziel dieser „regulären“ Ersatzvornahmen war es, bei zählungsrelevanten Gebäuden, für die im Erhebungsverlauf aus verschiedenen Gründen kein Dateneingang registriert werden konnte, die wichtigsten Gebäude- und Wohnungsmerkmale, wie die Art des Gebäudes, den Gebäudetyp, das Baujahr und die Anzahl der Wohnungen, durch Inaugenscheinnahme der Objekte vor Ort zu erfassen. Die Notwendigkeit einer Ersatzvornahme ergab sich beispielsweise, wenn die auskunftspflichtige Person im Rahmen der Erhebung nicht abschließend ermittelt werden konnte oder die Antwort verweigert hat und die Auskunft trotz vorhergehender Vollstreckungsmaßnahmen dennoch nicht erteilt wurde.

Die für die Erhebungsbeauftragten benötigten Fragebogen wurden mittels der vom GWZ-Erhebungsunterstützungssystem erzeugten Personalisierungsdatei im GWZ-Fachbereich mit Belegkennzeichen und Gebäudeanschrift bedruckt. In Brandenburg wurden zu rund 25 000 Gebäuden entsprechende GWZ-Merkmale im Rahmen der Ersatzvornahme bis Ende Mai 2012 erhoben. Die Fragebogen wurden anschließend auf sicherem Wege von den Erhebungsstellen in das AfS transportiert und der Beleglesung zugeführt. Vorteil der regulären Ersatzvornahmen war die besondere Kennzeichnung und daraus resultierende abschließende und widerspruchsfreie Verarbeitung dieser Fälle im GWZ-Erhebungsunterstützungssystem sowie die einfache Verwaltung der betroffenen Fälle innerhalb der Erhebungsstellen mittels einer speziell für diesen Zweck bereitgestellten IT-Anwendung.

Neben der regulären Ersatzvornahme bestand für die Statistischen Landesämter die Möglichkeit, Gebäude, zu denen kein Dateneingang registriert werden konnte, schon vor Bereitstellung der regulären, vom GWZ-Erhebungsunterstützungssystem relativ spät festgestellten, Ersatzvornahmefälle mittels sog. „vorgezogener“ Ersatzvornahmen zu erheben. Der Vorteil dieser Möglichkeit bestand insbesondere in der um einige Wochen früheren Verfügbarkeit der betroffenen Fälle und der verbesserten Ergebnisqualität, da so die Zahl der durch das Imputationsverfahren zu schätzenden Gebäudemerkmale bereits im Vorfeld reduziert wurde. In Berlin wurden ca. 13 000 Gebäude begangen, für die bis dahin kein Dateneingang zu verzeichnen war.

### Kontakte mit Auskunftspflichtigen

Die Kommunikation mit den Auskunftspflichtigen war eine der großen Herausforderungen in den GWZ-Teilprojekten. Alle Anfragen mussten umgehend beantwortet werden, damit alle Auskunftspflichtigen die festgelegte Antwortfrist von 14 Tagen einhalten konnten und die internen Abläufe nicht verzögert wurden. Durch die Konzentration auf nur diese eine Aufgabe standen im AfS rund 60 Beschäftigte im Schichtsystem zur Bearbeitung aller eingehenden Anrufe, E-Mails und Schriftstücke zur Verfügung. Insgesamt wurden 92 000 Anfragen in Berlin und 56 000 Anfragen in Brandenburg registriert. Tabelle 2 gibt einen Überblick über den Umfang der verschiedenen Kontakthanfragen in der Erhebungsphase bis März 2012. In beiden Bundesländern wandten sich Auskunftspflichtige bevorzugt per Telefon an das AfS. Die Kontaktaufnahme per E-Mail, die zur Vorerhebung noch eine eher marginale Rolle gespielt hatte, nahm mit über 15 000 Anfragen deutlich an Gewicht zu.

Auf der 3. Umschlagseite sind Anfragen von Auskunftspflichtigen im zeitlichen Verlauf dargestellt. Jede der Versandaktionen führte sofort zu einer Spitze im Kommunikationsverhalten und zog eine hohe Anzahl von Anfragen nach sich. Im Servicecenter (First Level) wurden Anfragen allgemeiner Natur direkt beantwortet, die anderen in die Fachabteilungen (Second Level) weitergeleitet. Die Trennung der Anrufe in First und Second Level erfolgte bis zum 29. Februar 2012. Anschließend wurden alle Anfragen direkt von den Fachbereichen beantwortet.

Der Tag mit den meisten Anrufen war der 22. Juli 2011 nach dem Versand der Erinnerungen. An diesem Tag wurden rund 4 000 Anrufe registriert. Neben der Möglichkeit der telefonischen Kontaktaufnahme nutzten viele Auskunftspflichtige die Möglichkeit, das AfS per E-Mail zu kontaktieren. Am 20. Juli 2011 gingen rund 1 000 E-Mails ein. Die höchste Zahl von Anfragen während des Erhebungszeitraums wurde jeweils montags verzeichnet. In den meisten Fällen suchten die Auskunftspflichtigen Unterstützung beim Ausfüllen des Fragebogens. Auch die Auskunftspflicht und die Datensicherheit wurden vielfach hinterfragt. Ein weiterer Teil der Auskunftspflichtigen teilte mit, dass alle Gebäude- und Wohnungsangaben schon im Rahmen einer anderen Auskunftspflicht übermittelt wurden. Viele Anfragen gingen ein, weil Auskunftspflichtige nicht alle Angaben zu Gebäuden oder Wohnungen erteilen konnten. Auch die Rechtmä-

Tab. 2 **Überblick über die Gesamtzahl der Anfragen von Auskunftspflichtigen nach Art der Kontaktaufnahme**

Merkmal	Berlin	Brandenburg
E-Mails.....	8 115	7 614
Briefe.....	13 871	12 035
Anrufe im Servicecenter <sup>1</sup>	70 100	58 877
darunter		
in den Fachbereich weitergeleitet.....	12 247	18 114

<sup>1</sup> Mit Mehrfacheinwahl

ßigkeit der Angabe der Wohnungsnutzer führte zu vielen Nachfragen. Die Zusendung von Folgebogen für weitere Wohnungen im Gebäude oder das Vorhandensein weiterer Gebäudeteile wie Seitenflügel und Hinterhaus war besonders in Berlin ein weiterer Schwerpunkt im Auskunftswesen.

Im April 2012 ließ die Flut von Anrufen, Tickets und Schriftgut erheblich nach. Nur noch vereinzelt trafen Anfragen von Auskunftspflichtigen ein, die sich etwa im Mahnverfahren befanden oder die nach einjähriger Weltreise nach Hause kamen und dort diverse Zensusumschläge vorfanden.

### Qualitätssicherung der GWZ-Daten

Im Rahmen der GWZ wurde eine Reihe von Prüfungen zur Sicherung der Qualität durchgeführt. Nach Ankunft im Eingangsverarbeitungszentrum Berlin-Brandenburg wurden alle Belege gesichtet und Fragebogen mit zusätzlichem Schriftgut aussortiert. Belege ohne Anmerkungen wurden direkt der Beleglesung zugeführt, mittels eines Texterkennungsprogramms eingelesen und im Fall nicht erkannter Zeichen manuell nachbearbeitet. Fragebogen mit Zusatzinformationen wurden zur weiteren Bearbeitung an den jeweiligen Fachbereich übergeben.

Alle Datenrückmeldungen wurden an die GWZ-Eingangsdatenbank übertragen. Nach der Verarbeitung der Fragebogen, Online-Meldungen und Daten der Großeigentümer wurden diese auf Vollständigkeit der Angaben sowie deren Plausibilität geprüft. Lagen mehrere Meldungen zu einem Gebäude vor, wurden diese maschinell erkannt und auf der Basis des Plausibilisierungsfachkonzeptes zusammengeführt und weiterverarbeitet.

Wenn Daten nicht plausibel waren, wurden sie für eine manuelle Prüfung vorgesehen. Die Klärung dieser Prüffälle erfolgte durch Rückfragen beim Auskunftspflichtigen, durch Vergleich verschiedener Datenmeldungen und durch Nutzung öffentlich zugänglicher raumbezogener Informationssysteme.

Zahlreiche Fehler und damit einhergehende Korrekturarbeiten entstanden durch Missverständnisse vonseiten der Auskunftspflichtigen. Viele Auskunftspflichtige verwechselten ihre Wohnanschrift mit der Anschrift, um die es im Fragebogen ging. Auch die relativ einfach klingende Frage nach der Zahl der Wohnungen im Gebäude wurde vielfach falsch beantwortet. Hauptgründe dafür waren die Nichtberücksichtigung der Gebäudedefinition (vereinfacht: ein Aufgang = ein Gebäude). Hier wurde die Wohnungszahl ganzer Gebäudekomplexe als Gebäude-



wohnungszahl eingetragen. Ein weiterer Fehler trat in Wohngebäuden mit Eigentumswohnungen auf. Hier wurde von Auskunftspflichtigen häufig nur die Anzahl derjenigen Wohnungen als Wohnungszahl im Gebäude angegeben, die sich in ihrem Besitz befanden. Die hieraus resultierenden und sehr umfangreichen Qualitätssicherungsmaßnahmen wurden während des gesamten Erhebungs- und Plausibilisierungsprozesses bis zur Abschaltung der GWZ-Fachanwendungen im August 2012 durchgeführt.

### **Die Organisation der GWZ**

In Berlin und Brandenburg waren rund 60 Beschäftigte mit der Durchführung der GWZ im AfS beschäftigt, verteilt auf zwei Fachbereiche (Berlin und Brandenburg). In der Phase der Durchführung wurden innerhalb der beiden Fachbereiche die Beschäftigten zu verschiedenen Teams zusammengefasst, deren Zusammensetzung sich je nach Aufgabe verändern konnte und deren Zusammensetzung zahlenmäßig variierte. Ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit war die Zusammenarbeit mit den Druck- und Versanddienstleistern, dem Servicecenter und den Vollstreckungsbehörden. Auf der Ebene der Bundesländer gab es einen regen Austausch über die Durchführung der GWZ in einer entsprechenden Projektgruppe, die regelmäßig tagte, um die Organisation der GWZ in Deutschland abzustimmen, die fachliche Vorgehensweise an die realen Gegebenheiten des Projektverlaufs anzupassen und kurzfristig Lösungen für unerwartete Probleme zu entwickeln.

### **Haushaltbefragung auf Stichprobenbasis**

Die Haushaltbefragung wurde in Berlin zentral durch eine Erhebungsstelle, die Teil des AfS war, durchgeführt. Dabei kamen 1800 Erhebungsbeauftragte (Interviewer) zum Einsatz. Die Hauptstichprobe für die Haushaltbefragung wurde Anfang 2011 gezogen, zusätzlich nachträglich eine Ergänzungstichprobe, damit die Befragung auch für vor dem Zensusstichtag neu festgestellte Anschriften mit Wohnraum (überwiegend Neubauten) repräsentativ ist.

Ab dem Zensusstichtag 9. Mai 2011 wurde dann von der Erhebungsstelle die Durchführung der Befragung organisiert und an den ausgewählten 7500 Anschriften durchgeführt. Von rund 130 000 Auskunftspflichtigen an den Anschriften der Haushaltsstichprobe wurden rund 79 000 (72%) der Fragebogen zusammen mit dem Erhebungsbeauftragten ausgefüllt. Der verbleibende Teil wurde mittels des Erstversandes der Unterlagen, eines Erinnerungsschreibens, des Heranziehungsbescheides und der Zwangsgeldfestsetzung aufgefordert, der Auskunftspflicht nachzukommen. Insgesamt wurden rund 71 000 Briefsendungen versandt, darunter rund 20 000 mit Postzustellungsauftrag. Von der Möglichkeit der Online-Auskunft machten rund 11 000 Personen Gebrauch. Zum Jahresende 2011 wurde für 3 000 offene Fälle das Zwangsgeldfestsetzungsverfahren eingeleitet. Bisher sind 13 Klagen gegen die Auskunftspflicht eingegangen, 11 davon sind inzwischen erledigt.

Ende Januar 2012 startete die Aufbereitung der erhobenen Daten. Dabei werden für jede als existent festgestellte Person Erhebungsliste, Fragebogen und Melderegister verknüpft. In den Fällen, in denen die automatische Prüfung nicht eindeutig war, musste manuell eingegriffen werden. Abschließend wurde jede erhobene Person mit dem Referenzdatenbestand verknüpft. Daran schlossen sich mehrere formale Prüfungen auf Konsistenz der Verknüpfungen und Erhebungsbefunde an. Am 30. April 2012 endete bundesweit die Erhebungsphase für die Haushaltebefragung. Bis zum 18. Mai 2012 hatte das AfS technische Abschlussarbeiten zu leisten. Am 21. Mai 2012 wurde das Erhebungsmodul für die Haushaltsstichprobe gesperrt. Die vorhandenen Papierfragebogen wurden datenschutzgerecht vernichtet, nachdem sie nicht mehr benötigt wurden.

### **Befragung an Anschriften mit Sonderbereichen**

Die Arbeiten zur Vorbereitung der Erhebung an Anschriften mit Sonderbereichen erfolgten analog zur Haushaltebefragung in der Erhebungsstelle Berlin. Für die Erhebung an den 750 sensiblen Sonderanschriften bestand Auskunftspflicht für die Einrichtungsleitungen; rund ein Drittel wählte den Weg der Online-Auskunft, der Rest erteilte die Auskünfte in schriftlicher Form beim Erhebungsbeauftragten. Probleme mit der Erfüllung der Auskunftspflicht gab es nur in wenigen Einzelfällen, diese konnten einvernehmlich gelöst werden. Für die übrigen 900 (nicht-sensiblen) Sonderanschriften wurden die rund 45 000 Bewohner befragt. Hier antworteten 60% direkt beim Interviewer, 35% erteilten schriftlich Auskunft und 5% wählten das Online-Verfahren. Insgesamt mussten 1800 Heranziehungsbescheide als Postzustellauftrag versandt werden. Die Erhebungsarbeit wurde im Februar 2012 abgeschlossen. Am 30. April 2012 wurde das Erhebungsunterstützungssystem abgeschaltet. Die Aufbereitungsprogramme für die Sonderbereiche, d.h. konkret die Zusammenführung, der Personenabgleich und die Qualitätssicherung, starteten Ende Februar 2012. Parallel lief zentral die Wohnstatusfeststellung für Personen, die an einer weiteren Anschrift in Deutschland gemeldet waren. Direkt im Anschluss erfolgte die Löschung der maschinell gespeicherten Hilfsmerkmale in den sensiblen Sonderbereichen. Die Papierfragebogen wurden im Juni 2012 datenschutzgerecht vernichtet.

### **Das Eingangsverarbeitungszentrum**

Am Standort in Berlin Alt-Moabit wurde für alle Papierfragebogen der primärstatistischen Erhebungen des Zensus 2011 der Länder Berlin und Brandenburg ein zentrales Eingangsverarbeitungszentrum (EVZ) eingerichtet. Organisatorisch war das EVZ Bestandteil der Erhebungsstelle Berlin. Es war zuständig für die Bearbeitung des Fragebogenrücklaufes aus der Gebäude- und Wohnungszählung beider Bundesländer sowie für die Erfassung der Fragebogeneingänge für die Haushaltbefragungen und die Befragungen an Sonderanschriften im Land Brandenburg. Hier wurden die am Zensusstandort einge-

henden Fragebogen sortiert, ggf. den Fachbereichen zur Registrierung und Prüfung übersandt, eingescannt und abschließend im Archiv so eingelagert, dass auch ein nachträgliches Auffinden des einzelnen Fragebogens jederzeit möglich war. Die Belege der Haushaltebefragung und der Befragung an Sonderanschriften im Land Brandenburg wurden per Kurierdienst von den 30 kommunalen Erhebungsstellen ebenfalls ins EVZ transportiert, dort aber nur noch eingesehen und archiviert.

Zu den Aufgaben des EVZ gehörte darüber hinaus die Vollständigkeitskontrolle der eingegangenen Belege der Haushaltebefragung und der Befragung an nicht-sensiblen Sonderbereichen Berlins sowie die Abwicklung des Beleg- und Arbeitsmitteltransportes zwischen Poststelle, EVZ, Archiv und Materiallager am Zensusstandort.

Das bewältigte Arbeitsvolumen der Belegverarbeitung kann Tabelle 3 entnommen werden.

Seit August 2011 wurde die Belegschaft des EVZ kontinuierlich der rückläufigen Zahl der Belegeingänge angepasst. Die verbliebenen Tätigkeiten beinhalteten neben digitalen Archivierungsaufgaben die datenschutzgerechte Vernichtung von sensiblem Erhebungsmaterial der Vor- und Haupterhebungen vor Ort. Diese erfolgte zu drei Zeitpunkten an insgesamt 14 Arbeitstagen in den Monaten April, Juni und Oktober 2012. Mit Ablauf des Monats Oktober 2012 endete die Arbeit des EVZ.

### Erhebungstätigkeit erfolgreich abgeschlossen

Schon im Herbst 2010 waren für die Durchführung verschiedener Befragungen im Rahmen des Projektes Zensus 2011 die Erhebungsstelle Berlin am Zensusstandort des AfS sowie 30 Erhebungsstellen in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg eingerichtet worden. Um Datenschutz und Datensicherheit zu gewährleisten, wurden die Erhebungsstellen räumlich, personell und organisatorisch von anderen Verwaltungsbehörden getrennt und dadurch zu „abgeschotteten“ Statistikstellen. Mit dem Stichtag 9. Mai 2011 fiel dann der Startschuss für die heiße Phase der Arbeit der Erhebungsstellen beider Länder.

Die Hauptaufgaben lagen im primärstatistischen Erhebungsgeschäft, d.h. der datenschutz- und sachgerechten Organisation und Durchführung der Befragungen. Dazu zählten die Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis, die Befragung in Wohnheimen

und Gemeinschaftsunterkünften und die Begehung bei Antwortausfällen im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung. Darüber hinaus hatten die Erhebungsstellen die fristgerechte Rücknahme der Fragebogen sowie deren Prüfung auf Vollständigkeit und Registrierung im System zu gewährleisten. In Brandenburg wurde zudem in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern die Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten durchgeführt, wenn die Informationen aus dem Melderegister nicht mit den Ergebnissen aus der Gebäude- und Wohnungszählung übereinstimmten. Die Erhebungsstelle Berlin war zusätzlich für die Verarbeitung des Posteingangs der Länder Berlin und Brandenburg verantwortlich und Anlaufstelle für die Beleganlieferung der Haushaltebefragungen aus den Brandenburger Erhebungsstellen. In der Berliner Erhebungsstelle waren bis zur Schließung am 31. Mai 2012 insgesamt 97 Beschäftigte im Einsatz. Die Erhebungsstellen Brandenburgs beschäftigten insgesamt etwa 140 Personen.

Für die praktische Datenerhebung wurden nach § 11 ZensG 2011 sogenannte Erhebungsbeauftragte von den Erhebungsstellen eingesetzt, die u.a. auf Wunsch des Auskunftspflichtigen beim Ausfüllen der Fragebogen behilflich waren. Wie auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Statistikstellen wurden die Erhebungsbeauftragten in Sachen Datenschutz und Geheimhaltung den Anforderungen entsprechend geschult und dazu verpflichtet, das Statistikgeheimnis zu wahren und jegliche Information, die im Rahmen einer Befragung bekannt wurde, geheim zu halten. Darüber hinaus durften sie nicht in der unmittelbaren Nähe ihrer Wohnung eingesetzt werden.

Insgesamt waren bis zu 4 400 ehrenamtliche Erhebungsbeauftragte im Land Brandenburg und 1 600 im Land Berlin für das Projekt Zensus 2011 tätig. Sie führten in Berlin die Haushaltestichprobe an 7 886 Anschriften sowie Befragungen an 1 862 Anschriften mit Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften durch. Dabei konnten rund 70 % der Auskunftspflichtigen persönlich befragt werden. In Brandenburg trafen die Erhebungsbeauftragten ca. 75 % der über 350 000 Auskunftspflichtigen an rund 97 000 Anschriften an.

Aufgrund von projektspezifischen Zeitverzögerungen wurde im November 2011 in Absprache mit dem Ministerium des Innern des Landes Brandenburg und der Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin entschieden, die geplante Auflösung

Tab. 3 Fragebogenrücklauf im EVZ am Zensusstandort Berlin  
Stand 31. August 2012

1 Die Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten wurde nur in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern durchgeführt und entfiel daher in Berlin.

Diese Belege wurden mit Kurierdienst von den Brandenburger Erhebungsstellen angeliefert und waren bereits geöffnet und sortiert.

Bundesland	Gebäude- und Wohnungszählung	Haushaltebefragung	Befragung an Sonderanschriften	Wiederholungsbefragung	Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten <sup>1</sup>	Gesamt
Berlin.....	234 700	104 700	43 900	5 750	x	389 050
Brandenburg	465 250	412 800	32 100	11 850	35 050	957 050
Insgesamt	699 950	517 500	76 000	17 600	35 050	1 346 100

der Erhebungsstellen zum 31. März 2012 um zwei Monate zu verschieben. Im Land Brandenburg ging diese Entscheidung mit einer Reduzierung der Anzahl der Erhebungsstellen einher. Nach umfassender Prüfung wurden die Erhebungsstellen in Oranienburg, Gransee, Rathenow, Sellessen und Teltow aus Personal- und Kostengründen geschlossen. In Berlin konnte die Verlängerung der Betriebsdauer ohne weitere externe Absprachen realisiert werden, da die Erhebungsstelle Teil des AfS war. Nach Abschluss aller Befragungen wurden die Erhebungsstellen in den Ländern Berlin und Brandenburg termingemäß zum 31. Mai 2012 aufgelöst.

### Das Erinnerungs- und Mahnverfahren

Gemäß § 18 ZensG 2011 besteht für alle primärstatistischen Erhebungen des Zensus 2011 Auskunftspflicht, um eine hohe Qualität und Genauigkeit der Ergebnisse zu gewährleisten. Zur Durchsetzung der Auskunftspflicht diente das Erinnerungs- und Mahnverfahren. Zielsetzung bei der Planung und Durchführung des Erinnerungs- und Mahnwesens in der Form eines Verwaltungszwangsverfahrens war, dass es wirkungsvoll, zeiteffizient und mit vertretbar kurzen Fristen zu erfolgen hat, um die rechtzeitige Bereitstellung der Befragungsergebnisse zu gewährleisten.

Es wurde ein dreistufiges Mahnverfahren in schriftlicher, d. h. postalischer Form, durchgeführt:

1. Mahnstufe: Erinnerung,
2. Mahnstufe: Heranziehungsbescheid mit Androhung von Zwangsgeld,
3. Mahnstufe: Zwangsgeldfestsetzung mit Androhung eines erhöhten Zwangsgeldes.

Mit der Erinnerung wurden die säumigen Auskunftspflichtigen zunächst darauf aufmerksam gemacht, dass sie die vom AfS vorgegebene Frist zur Auskunftserteilung überschritten haben. Sie wurden erneut zur Auskunftserteilung unter Vorgabe einer neuen Frist aufgefordert. In der zweiten Mahnstufe wurden diejenigen Auskunftspflichtigen, die ihrer Verpflichtung zur Auskunftserteilung weiterhin nicht nachgekommen waren, zur Erteilung der Auskunft förmlich herangezogen. Die Auskunftspflichtigen wurden darauf hingewiesen, dass das Zwangsmittel solange wiederholt werden kann, bis die Auskunft erteilt wird. In der dritten Mahnstufe wurde das durch den Heranziehungsbescheid angedrohte Zwangsgeld bei den Auskunftspflichtigen, die trotz der förmlichen Heranziehung ihrer Auskunftspflicht innerhalb der gesetzten Frist weiterhin nicht nachgekommen waren, mit dem Zwangsgeldbescheid festgesetzt. Danach setzte die Vollzugsbehörde, hier das AfS, das Zwangsmittel fest, wenn die Auskunftsverpflichtung innerhalb der Frist, die die Androhung bestimmt, nicht erfüllt wurde und die allgemeinen Vollstreckungsvoraussetzungen vorlagen.

Die gegen das AfS in diesem Zusammenhang geführten Klage- sowie einstweilige Rechtsschutzverfahren konnten zwischenzeitlich zu 90 % abgeschlossen werden. Die Hauptargumentation der Antragsteller/Kläger beinhaltete dabei das Bestreiten der Rechtmäßigkeit des Zensus 2011 sowie der zugrundeliegenden Zensusgesetze und Bedenken hin-

sichtlich datenschutzrechtlicher Aspekte sowie das Bestreiten der Auskunftspflicht.

Zur Gewährleistung der ordnungsgemäßen Betreuung und Durchführung der Verfahren wurde innerhalb des Fachbereiches ZD Recht im Juli 2011 eine Zwangsgeldstelle eingerichtet, die in den nachfolgenden zwölf Monaten das Forderungs- und Beschwerdemanagement des Projektes Zensus 2011 betreute. Die Zuständigkeit für das Mahnwesen lag für Berlin vollständig beim AfS (Zensus). Das AfS war darüber hinaus für das Mahnwesen der Gebäude- und Wohnungszählung in Brandenburg zuständig.

Auf der Grundlage des § 2 Absatz 4 Satz 2 zweite Alternative des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Brandenburg vom 18. Dezember 1991 (GVBl. S. 661) hat der Minister des Innern in der Brandenburgischen Vollstreckungsbehörden-Bestimmungsverordnung – BbgVbBestV vom 23. Mai 2011 verordnet, dass das AfS als Vollstreckungsbehörde die Aufgabe der Beitreibung von Zwangs- und Bußgeldern wahrnimmt, soweit es diese festsetzt. Da das AfS die Aufgabe der Vollstreckung der Zwangsgelder nicht allein bewältigen konnte, war eine entsprechende Unterstützung bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben vonnöten. Für die Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) in Berlin sowie die Haushaltebefragung in Berlin erfolgte diese Unterstützung bei der Vollstreckung über die Senatsverwaltung für Finanzen durch die zuständigen Finanzämter des Landes Berlin; für die Vollstreckung der Zwangsgelder im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung in Brandenburg hatte sich das AfS mit der Bitte um Unterstützung bei der Wahrnehmung der Vollstreckungsaufgaben an die zuständigen Vollstreckungsbehörden der kreisfreien Städte und Landkreise gewandt. Durch die vorgenommenen Vollstreckungsmaßnahmen konnten für die GWZ in Brandenburg im Fall von 71 % der Vollstreckungsfälle sowie für die GWZ in Berlin bei 55 % der Vollstreckungsfälle Rückläufe erzielt werden, sodass der Zweck der Durchführung der Vollstreckungsmaßnahmen, die Sicherung der Qualität der Ergebnisse, in hohem Maße erreicht werden konnte.

### Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Der Zensus 2011 wurde vom AfS (AfS) stets phasenbezogen kommuniziert. Insbesondere die Haupterhebungsphase der modernen Volkszählung vom Stichtag 9. Mai bis Ende Juli 2011 wurde durch ein breites Spektrum an öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen intensiv begleitet.

Im Mittelpunkt der gesamten Zensuskommunikation stand das Internetangebot unter [www.zensus-berlin-brandenburg.de](http://www.zensus-berlin-brandenburg.de). Es sorgte während des gesamten Zensus für eine dauerhafte Präsenz in der Öffentlichkeit und bediente die relevanten Zielgruppen mit Informationen rund um die Befragungen in Berlin und Brandenburg.

Einen weiteren Schwerpunkt der Kommunikation bildete die aktive Pressearbeit. So wurden vor allem im Haupterhebungszeitraum von Mai bis Juli 2011, aber auch danach, fortwährend die Fragen der regionalen und überregionalen Medienvertreter zum Zensus 2011 beantwortet und eine Vielzahl an Fernseh- und Radiointerviews koordiniert.

Darüber hinaus war der telefonische und schriftliche Informationsservice ein weiterer wichtiger Bestandteil der Zensuskommunikation.

Seit Sommer 2012 sind alle Befragungen abgeschlossen und der Zensus zieht sich bis zur Veröffentlichung erster Ergebnisse im Frühjahr 2013 etwas aus der Öffentlichkeit zurück.

### **Pressemitteilungen**

Um auch nach der Hauptphase die mediale Aufmerksamkeit für den Zensus 2011 aufrechtzuerhalten und eine laufende Berichterstattung zu gewährleisten, veröffentlichte das AfS begleitend zu aktuellen Anlässen und weiteren Befragungen Pressemitteilungen, u.a. zum Start der Befragung zur Klärung des Wohnsitzes, zur Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten, zur Begehung bei Antwortausfällen im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung sowie zur Schließung der örtlichen Erhebungsstellen in Berlin und Brandenburg. Speziell zum Zensus 2011 hat das AfS insgesamt 17 Pressemitteilungen herausgegeben.

### **Veranstaltungen**

Das AfS suchte stets auch den direkten Kontakt zur Bevölkerung. Auf Podiumsdiskussionen, Symposien/Kolloquien und Informationsveranstaltungen an Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen bot das AfS Interessierten Informationen und Gespräche über den Zensus 2011 an.

Ein Jahr nach dem Zensusstichtag fand eine Fachtagung zum 150-jährigen Jubiläum des AfS – in seiner Funktion als kommunales Statistisches Amt der Stadt Berlin – mit Gästen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft am Zensusstandort in Berlin Alt-Moabit statt. Im Rahmen dieser Veranstaltung hielten leitende Mitarbeiter des AfS sowie ausgewählte Gastredner Vorträge zur Geschichte der Berliner Statistik, zur Berliner Wirtschaft und Demographie sowie zur Bedeutung des Zensus 2011 für Berlin und die Hauptstadtregion.

Spezielle Zielgruppen wie Kommunen, Erhebungsstellen und politische Akteure (Interessenverbände, Verbraucherzentralen, Ministerien bzw. Senatsverwaltungen der Länder, Datenschützer) wurden vom AfS mit auf das jeweilige Informationsbedürfnis zugeschnittenen Veranstaltungen gezielt über den Zensus 2011 in Berlin und Brandenburg informiert.

### **Telefonische und elektronische Auskunftserteilung**

Die Beantwortung telefonischer Anfragen zum Zensus 2011 wurde für alle Erhebungsteile im Zeitraum vom 9. Mai 2011 bis Ende Februar 2012 durch das IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) übernommen. Die Dienstleistungen umfassten die Übernahme der eingehenden Anrufe von auskunftspflichtigen Bürgern und die telefonische Auskunftserteilung im Frontoffice sowie die Anrufweiterleitung an die Beschäftigten des AfS im Backoffice. Anrufspitzen gab es immer unmittelbar nach dem Versand von Erhebungsunterlagen, die teilweise zu einer starken Be- und kurzfristig auch Überlastung der Servicehotlines führten.

Da nach Februar 2012 ein Großteil der Erhebungen abgeschlossen war und die Beantwortung von Anfragen aufgrund der noch ausstehenden Versandaktionen beim Mahnverfahren der Gebäude- und Wohnungszählung eine hohe fachspezifische Kompetenz verlangte, wurde die Bearbeitung der Anfragen vollständig durch die Beschäftigten der entsprechenden Fachbereiche des AfS übernommen.

Viele Auskunftspflichtige suchten auch den schriftlichen Kontakt zum AfS. Für diese Anfragen nutzte das AfS das vom ITDZ bereitgestellte OTRS-Ticketssystem. Dieses ermöglichte es, die Anfragen von Auskunftspflichtigen innerhalb kurzer Zeit unter Verwendung von zuvor zwischen Bund und Ländern abgestimmten Textstandards zu beantworten.

### **Internetangebot**

Zusätzlich zum gemeinsamen Internetportal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder [www.zensus2011.de](http://www.zensus2011.de) stellt das AfS unter [www.zensus-berlin-brandenburg.de](http://www.zensus-berlin-brandenburg.de) kontinuierlich landesspezifische Informationen zu den einzelnen Befragungen in Berlin und Brandenburg zur Verfügung.

Ergänzend dazu stehen in der Infothek Informationen zu allen Erhebungsteilen in komprimierter Form als PDF zum Download bereit. Antworten auf häufig gestellte Fragen sind ebenfalls online (FAQs). Die Suche nach Begrifflichkeiten erleichtert ein Glossar in alphabetischer Reihenfolge.

Die gesamte Internetseite wurde fortlaufend redaktionell bearbeitet und weiterentwickelt sowie den aktuellen Befragungen und Gegebenheiten angepasst. Durch die Verlinkung beider Internetangebote war es möglich, dem Nutzer sowohl landesspezifische als auch allgemeine Informationen zum Zensus 2011 zur Verfügung zu stellen.

### **Pressespiegel**

Um die Berichterstattung zum Zensus 2011 zeitnah verfolgen zu können, führte das AfS sowohl vor, während als auch nach der Feldphase eine intensive Beobachtung der regionalen und überregionalen Print- und Onlinemedien durch. Alle Medienberichterstattungen wurden in einem monatlichen Pressespiegel zusammengestellt. Insgesamt gab es in den beobachteten regionalen Medien rund 70, in den überregionalen Medien etwa 60 Beiträge zum Zensus 2011. Der Grundtenor der Berichterstattung zum Zensus insgesamt war objektiv und sachlich. Kritische Berichte gab es vor allem im Zusammenhang mit der Hauptehebungsphase in der lokalen Presse zu den Themen Portopflicht, Mehrfachanschreiben, vereinzelter Fehlverhalten von Erhebungsbeauftragten und Überlastung der Servicehotlines. Grundsätzliche politische Kritik am Zensus wurde nur anfänglich vereinzelt geäußert.

### **Zukünftige Aufgaben (Ausblick)**

Im Frühjahr 2013 veröffentlicht das AfS zunächst die neuen amtlichen Einwohnerzahlen für Berlin und Brandenburg. Zusätzlich werden Ergebnisse aus der Gebäude- und Wohnungszählung bekanntgegeben. Anfang 2014 werden die endgültigen Gesamtergebnisse veröffentlicht.

Die Ergebnisse für die beiden Bundesländer, die Kreise und Gemeinden werden in Politik, Medien und Öffentlichkeit eine große Aufmerksamkeit finden. Deshalb bedarf es einer frühen Vorbereitung der Pressearbeit für den Zeitpunkt der jeweiligen Ergebnisveröffentlichungen.

Die Erstveröffentlichung der Zensusergebnisse wird im Rahmen von Pressekonferenzen stattfinden. Darüber hinaus werden Dialoge mit unterschiedlichen Zielgruppen (z. B. Interessenverbände, Kommunen, Journalisten) angeboten.

Das Internetangebot unter [www.zensus-berlin-brandenburg.de](http://www.zensus-berlin-brandenburg.de) wird in die Internetpräsenz des AfS integriert. Neben der zentralen Auswertungsdatenbank des Bundes und der Länder wird die Datenbank des AfS „StatIS-BBB“ die tragende Säule des Internetangebotes des AfS bilden. In StatIS-BBB können auf Grundlage der anonymisierten Einzeldaten durch den Nutzer individuelle Auswertungen der Zensus-Daten für Berlin und Brandenburg durchgeführt werden.

**Autoren:** *Zensusteam Berlin-Brandenburg*

*unter Mitarbeit von*

*Holger Fritsche, Dörte Stockmann, Dorett Jenkel,*

*Marco Schwarz, Karsten Wenzel, Olaf Burkhardt,*

*Nicole Dombrowski, Juliane Ahlfeld, Kirsten Tag*



## Die statistische Erfassung und Bilanzierung erneuerbarer Energieträger

„Ich würde mein Geld auf die Sonne und die Solartechnik setzen. Was für eine Energiequelle! Ich hoffe, wir müssen nicht erst die Erschöpfung von Erdöl und Kohle abwarten, bevor wir das angehen.“ (Thomas Alva Edison, amerikanischer Erfinder, 1931)

### Die Erhebung amtlicher Daten zu erneuerbaren Energien

Zu den erneuerbaren Energieträgern zählen alle natürlichen Energievorkommen, die entweder auf permanent vorhandene oder auf sich in überschaubaren Zeiträumen von wenigen Generationen rege-

nerierenden bzw. nachbildenden Energieströme zurückzuführen sind. Dazu gehören Solarenergie, Umgebungswärme, Windenergie, Wasserkraft, Energie aus Biomasse und geothermische Energie.

Die Erhebung von Daten zu erneuerbaren Energien beruht grundsätzlich auf dem Energie-Statistik-Gesetz, und zwar auf § 7 „Erhebung über erneuerbare Energien“. Im Bereich der Energiebereitstellung werden „Betreiber von Anlagen zur Übertragung und Verteilung von Elektrizität über die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien befragt“<sup>1</sup>. Bei den Befragten handelt es sich ausschließlich um Energieversorgungsunternehmen (EVU). Da EVU auf Grundlage des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes (EEG) ohnehin dazu verpflichtet sind, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Einspeisung von Strom auszuweisen, kann dieser direkt abgefragt werden. Des Weiteren werden Daten bei Betreibern von Kläranlagen, Anlagen zur Nutzung von Geothermie und Anlagen zur Erzeugung von Treibstoffen aus Biomasse erhoben.

Als weitere wichtige Komponente für die statistische Erfassung der erneuerbaren Energien ist die „Erhebung über die Energieverwendung“ (EnStatG § 8) zu nennen. Diese „erfasst bei höchstens 60 000 Betrieben des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Verarbeitenden Gewerbes“<sup>2</sup> den jährlichen Bezug, Bestand, Verbrauch und Abgabe von Energieträgern sowie die energetische und nichtenergetische Verwendung dieser.

Durch die immer stärker voranschreitende Dezentralisierung der Energieversorgung ergeben sich Probleme bei der Erfassung aller Berichtspflichtigen, da in Zukunft immer mehr Kleinstverbraucher (Haushalte usw.) ihre Wärmeenergie durch solarthermische- bzw. geothermische Anlagen eigenständig gewinnen und verbrauchen.

### Die Energiebilanzen der Länder

Die Erstellung der Energiebilanzen erfolgt sowohl auf Bundesebene als auch auf Länderebene. Der Länderarbeitskreis „Energiebilanzen“ koordiniert die Bilanzerstellung in den Bundesländern und ist für die Umsetzung und Weiterentwicklung der, seit dem Bilanzjahr 1995 gültigen und verbindlichen, Bilanzierungsmethodik verantwortlich.

Die Energiebilanz stellt als energiewirtschaftliche Gesamtrechnung – vereinfacht gesagt – das Verhältnis von Nutzen zu Aufwand dar. Das bedeutet, wie viel Energie wurde verwendet (Endenergie) und wie viel Energie musste dafür aufgewendet werden (Primärenergie). Sie umfasst das Aufkommen, die Umwandlung und die Verwendung von Energieträgern in der Volkswirtschaft (Abbildung 1).

Das Aufkommen beinhaltet Veränderungen im Bestand, also Lageraufstockungen oder Lagerentnahmen, Bezüge aus anderen Bundesländern und dem Ausland beziehungsweise Lieferungen in andere Länder und die Gewinnung im eigenen Land. In erster Linie werden hierfür Bestandsdaten abgefragt und mit dem Vorjahr verglichen. Die Differenz zwischen Berichts- und Vorjahr wird entsprechend als Entnahme oder Aufstockung für jeden Energieträger verbucht.

Die Gewinnung von Energieträgern beschränkt sich auf abbaubare Energieträger wie Kohle, Gas, Rohöl und Holz.

Die Umwandlung untergliedert sich weiter in den Umwandlungseinsatz und den Umwandlungsausstoß (Abbildung 2). Diese Daten basieren auf den

Eine zentrale Aufgabe von Politik und Gesellschaft ist es, für eine sichere, nachhaltige und wirtschaftliche Energieversorgung zu sorgen. Der Beschluss, die „Energiewende“ herbeizuführen, ist aufgrund der endlich verfügbaren fossilen Ressourcen ein unausweichlicher Schritt in der Energiepolitik. Die Energiewende wird heute häufig ausschließlich mit der Abschaltung einiger Atommeiler in Verbindung gebracht. Tatsächlich ist sie eines der umfassendsten Aufgaben der Bundesrepublik. Sie hat zum Ziel, den Großteil der gesamten Energieversorgung (Strom, Wärme, Treibstoffe usw.) etappenweise aus regenerativen Quellen zu decken. Der Erfassung und Bilanzierung der erneuerbaren Energieträger durch die amtliche Statistik kommt dabei eine zunehmende Bedeutung zu, um Aussagen über den Fortschritt der Energiewende treffen zu können.

Abb. 1 Gliederung Primärenergiebilanz

Primär- energiebilanz	Gewinnung
	Bezüge
	Bestandsentnahmen
	Energieaufkommen
	Lieferungen
	Bestandsaufstockungen
	Primärenergieverbrauch

<sup>1</sup> Bayer, Wolfgang, 2003, „Amtliche Energiestatistik neu geregelt“, in:

Wirtschaft und Statistik, Statistisches Bundesamt Wiesbaden.  
<sup>2</sup> § 8 Abs. 1 EnStatG

Erhebungen, welche bei den Energieversorgungsunternehmen erhoben wurden oder auf Zuarbeiten von Verbänden (u.a. Statistik der Kohlewirtschaft e.V., Mineralölwirtschaftsverband). Hier werden alle Energieträger, welche beispielsweise in Kraftwerken eingesetzt werden, um Strom oder Fernwärme zu erzeugen, ausgewiesen. Eingesetzt werden zumeist fossile Energieträger, wie Stein- und Braunkohle sowie Erdgas. Aber auch erneuerbare Energien tragen mittlerweile einen Teil zur Strom- und Fernwärmeerzeugung bei. Im Jahr 2009 betrug der Umwandlungseinsatz aus regenerativen Energieträgern im Land Berlin 6,8 % und im Land Brandenburg 7,1 %.

Als Umwandlungsausstoß werden im Land Berlin hauptsächlich Strom und Fernwärme ausgewiesen, welche dann weiter als Energieträger im Endenergiebereich verwendet werden. Im Land Brandenburg ist das Spektrum sowohl für den Umwandlungseinsatz als auch für den Umwandlungsausstoß größer. Durch die Gewinnung von Braunkohle in der Lausitz wird diese auch zu anderen Produkten weiterverarbeitet (Braunkohlenbriketts, Brennstaub), welche dann ebenfalls als Umwandlungsausstoß ausgewiesen werden.

Die Daten für die Energieverwendung beruhen unter anderem auf der bereits erwähnten „Erhebung

zur Energieverwendung“ in Betrieben des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Verarbeitenden Gewerbes. Betriebe teilen mit, wie viel Energie und welchen Energieträger sie im Berichtsjahr eingesetzt haben. Anhand des Wirtschaftszweiges werden die Angaben anschließend unterteilt. Der Endenergieverbrauch im Verkehrssektor errechnet sich aus Zahlen, welche größtenteils von Verbänden geliefert werden. Des Weiteren werden Daten von Energie- und Gasversorgungsunternehmen verwendet, welche den Absatz an Elektrizität bzw. Erdgas an sogenannte Letztverbraucher (Haushalte, Gewerbe, Handel u.a.) melden. Die Summe aus diesen drei Sektoren ergibt den Endenergieverbrauch, welcher für jeden Energieträger einzeln berechnet wird (Abbildung 3).

Abb. 2 Gliederung Umwandlungsbilanz

Umwandlungsbilanz	Umwandlungseinsatz	Wärmekraftwerke der allgemeinen Versorgung (ohne KWK) <sup>1</sup> Heizkraftwerke der allgemeinen Versorgung (nur KWK) <sup>2</sup> Windkraft-, Photovoltaik- und andere Anlagen Heizwerke <sup>1</sup> Sonstige Energieerzeuger <b>Umwandlungseinsatz insgesamt</b>
	Umwandlungsausstoß	Wärmekraftwerke der allgemeinen Versorgung (ohne KWK) <sup>1</sup> Heizkraftwerke der allgemeinen Versorgung (nur KWK) <sup>2</sup> Windkraft-, Photovoltaik- und andere Anlagen Heizwerke <sup>1</sup> Sonstige Energieerzeuger <b>Umwandlungsausstoß insgesamt</b>
	Verbrauch in der Energiegew. und in den Umwandlungsbereichen	Kraftwerke, Heizwerke Sonstige Energieträger  Energieverbrauch im Umwandlungsbereich insgesamt  Fackel- und Leitungsverluste

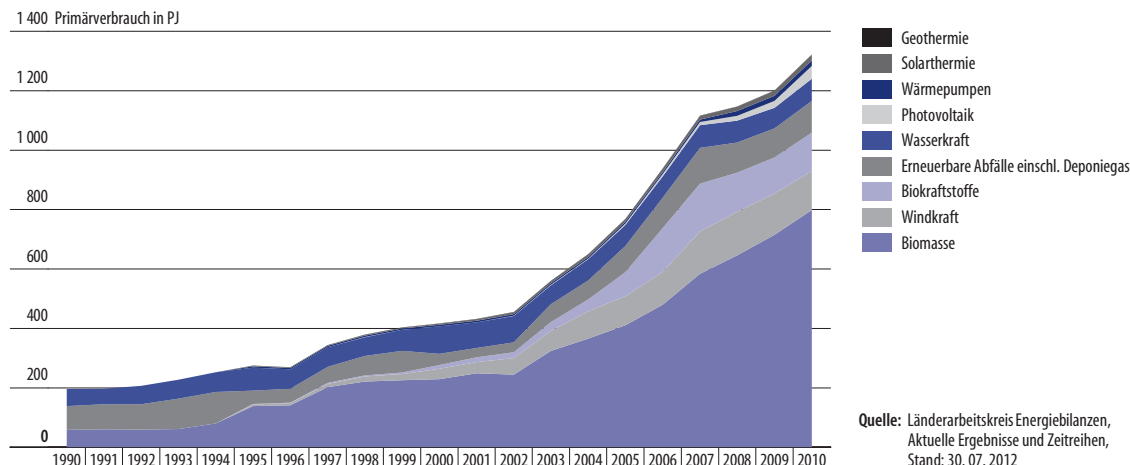
1 einschließlich ungekoppelte Erzeugung in Heizwerken bis 2002 einschließlich Kraft-Wärme-Kopplung

2 einschließlich Industriewärmekraftwerke

Abb. 3 Gliederung Endenergieverbrauch

Endenergieverbrauch	Endenergieverbrauch	
	nach Sektoren	Gewinnung von Steinen und Erden, sonst. Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt
		Schienenverkehr Straßenverkehr Luftverkehr Küsten- und Binnenschifffahrt Verkehr insgesamt Haushalte Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und übrige Verbaucher

Abb. 4 Entwicklung des Primärenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energieträgern in Deutschland von 1990 bis 2010





Die Bilanzierung erfolgt in allen Bundesländern nach dieser Methodik. Aufgrund von Geheimhaltungsbestimmungen gibt es jedoch eine zum Teil zusammengefasste Darstellung der Ergebnisse. Beispielsweise werden Energieträger zu Gruppen zusammengefasst, wodurch das Ergebnis vollständig, aber nicht mehr auf den einzelnen Energieträger zurückführbar ist.

### Ergebnisse aus den Energiebilanzen der Länder

Die jährliche Bilanzierung der Energieverwendung ermöglicht eine lückenlose Darstellung der Bundesländer und der Bundesrepublik. Es können somit Entwicklungen sowohl in den Verbrauchersektoren als auch von Energieträgern beobachtet werden. Insbesondere der Ausbau der erneuerbaren Energien lässt sich dadurch einfach und aussagekräftig nachvollziehen. In Abbildung 4 ist der Primärenergieverbrauch aus erneuerbaren Energien der Bundesrepublik abgebildet.

Der Primärenergieverbrauch aus erneuerbaren Energien konnte seit 1990 deutlich zulegen. Nach den Zahlen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen betrug der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtprimärenergieverbrauch in Deutschland 1990 noch 1,3 % und 2009 circa 8,9 %<sup>3</sup>. Während 1990 hauptsächlich Biomasse, biogene Abfallanteile und Wasserkraft als regenerative Energieträger verwendet wurden, hat sich zwei Dekaden später das Spektrum der erneuerbaren Energien deutlich erweitert.

Die Biomasse nimmt darin zur Zeit die zentrale Rolle ein. Sie wird hauptsächlich zur Strom- und Fernwärmeerzeugung eingesetzt. Zur Biomasse gehören Energieträger wie zum Beispiel Holz, Stroh, flüssige Biomasse, Klärgas u. a.

Die Stromerzeugung aus Windkraftanlagen nimmt inzwischen die zweite Position beim Primärenergieverbrauch aus Erneuerbaren ein, gefolgt von den Biokraftstoffen.

Jedes Bundesland verfügt über unterschiedliche Voraussetzungen für die Nutzung von regenerativen Quellen und verfolgt somit eine eigene Strategie beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Es ist dadurch nicht verwunderlich, dass jedes Bundesland verschiedene Energieträger unterschiedlich stark einsetzt.

In der Abbildung 5 wird der prozentuale Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch dargestellt.

Die Stadtstaaten liegen allesamt unter dem Bundesdurchschnitt von 8,9 %. Die vier Bundesländer mit dem höchsten Anteil sind durchweg neue Bundesländer. Bei den Ländern Niedersachsen, Bayern, Bremen und Saarland wurden Daten aus dem Jahr 2008 verwendet.

Deutlich wird die unterschiedliche Nutzung der erneuerbaren Energien beim Vergleich der Energieträger je Bundesland. In den Voralpenländern hat die Stromerzeugung aus Wasserkraft eine deutlich grö-

ßere Bedeutung als im Flachland. Über 80 % der Elektrizität aus Wasserkraft wird in Bayern und Baden-Württemberg generiert. Ähnlich verhält es sich mit der Stromerzeugung aus Photovoltaik. Auch da sind die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg die Vorreiter. Deren Anteil an der gesamtdeutschen Erzeugung aus Photovoltaik beträgt seit dem Jahr 2001 über 50 %, wie die Abbildung 6 verdeutlicht<sup>4</sup>.

Abb. 5 Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch je Bundesland 2009

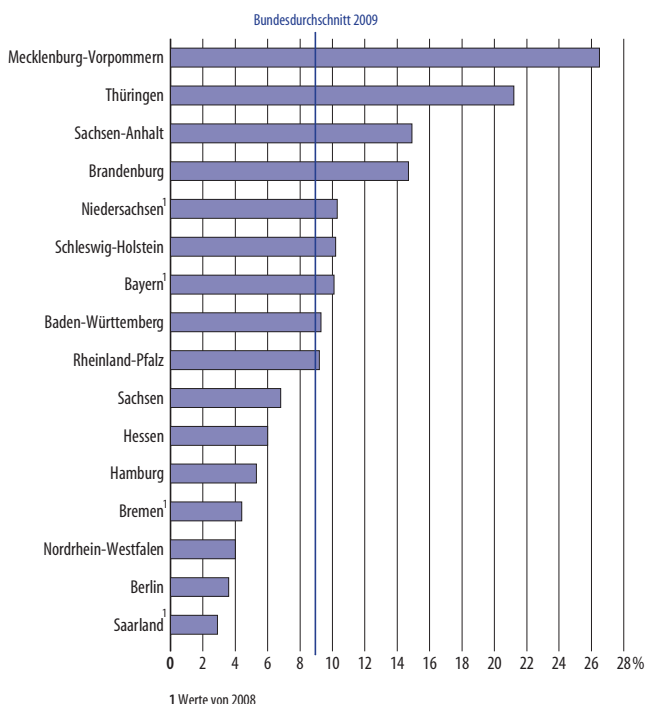
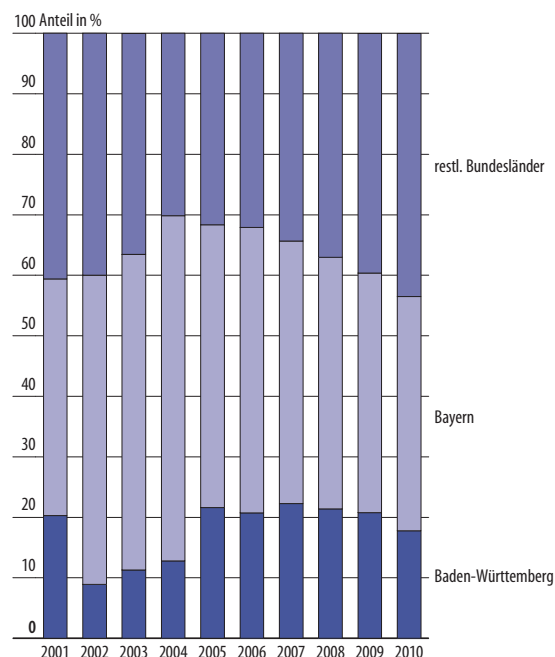


Abb. 6 Stromspeisung aus Photovoltaik ausgewählter Bundesländer von 2001 bis 2010



<sup>3</sup> Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanz Deutschland 2009, Stand: 31.03.2011

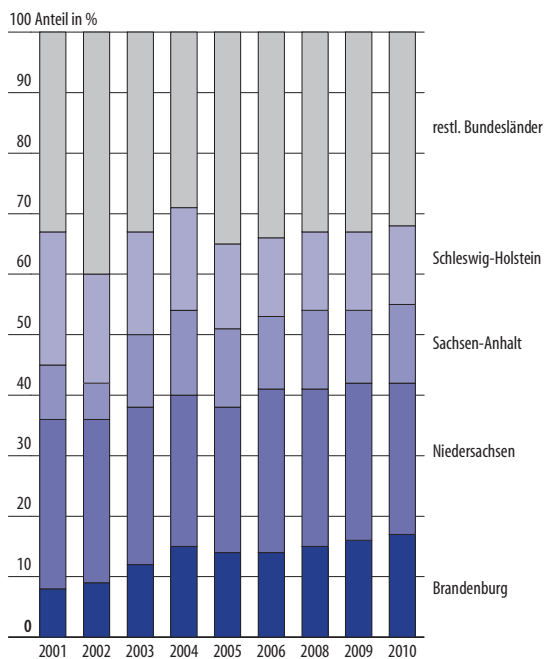
<sup>4</sup> Federal Erneuerbar, Daten zu erneuerbaren Energien in allen Bundesländern, Stand: 20.07.2012

Dies liegt vor allem an der stärkeren Globalstrahlung in Süddeutschland<sup>5</sup>. Da die Anlagen, bei gleicher Installationsfläche, mehr Strom erzeugen, amortisieren sie sich deutlich früher, dies fördert den Zubau der Anlagen besonders. Die solare Wärmeerzeugung ist vor allem in den beiden südlichsten Bundesländern am stärksten vertreten. Über 50 % der Energie aus solarthermischen Anlagen stammt aus Bayern und Baden-Württemberg.

Die Stromeinspeisung aus Windkraftanlagen hat hingegen in nördlichen Bundesländern mehr Bedeutung. Insbesondere in den Küstenregionen weht ein deutlich stärkerer Wind als im süddeutschen Raum. Folglich ist es auch rentabler, eine Windkraftanlage im Norden zu betreiben als in Süddeutschland. Somit gehören die Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein, aber auch Brandenburg und Sachsen-Anhalt, zu den wichtigsten Bundesländern, was Stromeinspeisung aus Windkraft angeht, wie die Abbildung 7 zeigt. Diese vier Bundesländer haben einen Anteil von nahezu 70 % an der Stromeinspeisung aus Windkraftanlagen. Mit dem Ausbau der Off-shore-Anlagen in der Nord- und Ostsee wird sich der Anteil weiter hin zu den Küstenländern verschieben.

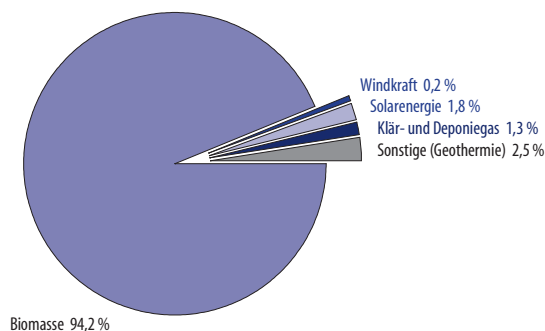
Die Nutzung erneuerbarer Energien in Berlin und Brandenburg könnte kaum unterschiedlicher sein. Auf der einen Seite Berlin als Stadt mit einer großen Bevölkerungsdichte und einem dementsprechend hohen Energieverbrauch pro m<sup>2</sup> Landesfläche. Auf der anderen Seite Brandenburg als Flächenland mit vielen Möglichkeiten, regenerative Energien zu nutzen. Die Voraussetzungen für Windkraft-, Solarkraft- oder Biomasseanlagen sind in Brandenburg deutlich größer. Die bereits erwähnte Dezentralisierung der

Abb. 7 **Stromeinspeisung aus Windkraftanlagen ausgewählter Bundesländer von 2001 bis 2010**



Quelle: Federal Erneuerbar, Daten zu erneuerbaren Energien in allen Bundesländern, Stand: 20. 07. 2012

Abb. 8 **Anteil der erneuerbaren Energien in Berlin 2009**



10,1 PJ  $\hat{=}$  3,6 % des Primärenergieverbrauchs

Energieversorgung wird dazu führen, dass sich Dörfer und Gemeinden eigenständig mit Strom und Wärme versorgen. Als Beispiel ist der Ortsteil Feldheim bei Treuenbrietzen zu nennen. Dieser verfügt über einen Solarpark, mehrere Windkraftanlagen, eine Biogasanlage und ein Mini-Blockheizkraftwerk, welches mit CO<sub>2</sub>-neutraler Biomasse befeuert wird. Ein Batteriespeicher für überschüssige Strommengen ist bereits in Planung<sup>6</sup>.

Ein Ballungsraum wie Berlin hingegen hat einen ungleich höheren Energieverbrauch pro m<sup>2</sup> Landesfläche. Dass dieser vollständig autark gedeckt werden kann, ist nur schwer vorstellbar. Es gibt jedoch Vorhaben, welche eine Energieversorgung zumindest für kleinere Kieze vorsehen. So zum Beispiel das Projekt EUREF-Campus in Berlin Schöneberg. Ziele dort sind eine „Nahezu CO<sub>2</sub>-neutrale Energieversorgung und geringe Unterhaltskosten durch regenerative Energien, ein lokales ‚Micro Smart Grid‘ und energetisch optimierte Gebäude“<sup>7</sup>. Dazu beitragen sollen sowohl Photovoltaik- und Windkraftanlagen, Wärmepumpen mit Kraft-Wärme-Kopplung, ein Biogasblockheizkraftwerk und die Nutzung von Tiefengeothermie ab dem Jahr 2014. Ebenso sollen ab 2014 eine Großbatterie und eine Wärmerückgewinnungsanlage an das Netzwerk angeschlossen werden.

Berlin wird aber weiterhin auf die Unterstützung Brandenburgs angewiesen sein. Das beinhaltet größtenteils den Import von Brennstoffen zur Strom- und Fernwärmeerzeugung.

Im Jahr 2009 wurden in Berlin 3,6 % des Primärenergieverbrauchs durch erneuerbare Energien gedeckt. Dieser beinhaltet aber nicht den Teil der erneuerbaren Energien, welcher beispielsweise durch importierten Strom hinzugekommen ist (Abbildung 8).

<sup>5</sup> Erneuerbare Energien 2020 Potenzialatlas Deutschland S. 20, 2010

<sup>6</sup> Neue Energie Forum Feldheim, <http://www.neue-energien-forum-feldheim.de/> [02.08.2012]

<sup>7</sup> EUREF, <http://www.eurefcampus.de/de/euref-campus/vision/> [02.08.2012]

Den größten Anteil an den erneuerbaren Energien hat in Berlin die Biomasse. Zur Biomasse zählen sowohl Biotreibstoffe als auch feste und flüssige Biomasse, welche zur Strom- und Fernwärmeerzeugung verbrannt wird. Diese machte circa 95 % der gesamten erneuerbaren Energieträger aus. Andere Energieträger, wie zum Beispiel Photovoltaik und Windkraft, spielten keine wichtige Rolle. Lediglich rund 0,1 % des Stromverbrauchs wurde im Jahr 2009 aus Berliner Photovoltaikanlagen gedeckt.

In Brandenburg hingegen hatte die Windkraft mit 23,9 % neben der Biomasse den größten Anteil am Primärenergieverbrauch aus den erneuerbaren Energien (Abbildung 9).

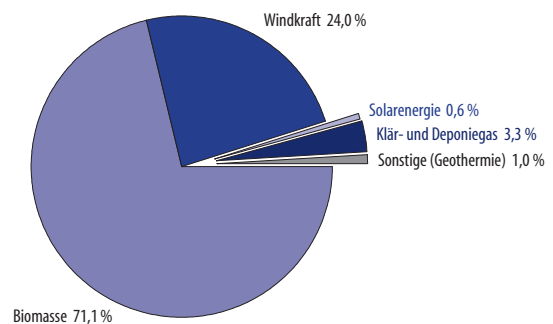
Im Jahr 2009 trugen die erneuerbaren Energien insgesamt 14,7 % zum Primärenergieverbrauch in Brandenburg bei.

### Fazit

Der statistischen Erfassung erneuerbarer Energieträger kommt bei der Planung und Kontrolle der aktuellen Energiewende eine besondere Bedeutung zu. Mit dem bestehenden System der amtlichen Energiestatistik und der Energiebilanzierung können zentrale Fragen zur Nutzung fossiler und erneuerbarer Energien und zur Struktur der Energiewirtschaft in Deutschland mit einer hohen Verlässlichkeit und Detailliertheit beantwortet werden. Durch den Länderarbeitskreis „Energiebilanzen“ können diese Ergebnisse auch für die einzelnen Bundesländer erzeugt und damit regionale Besonderheiten, die sich gerade bei der Erzeugung erneuerbarer Energieträger ergeben, dargestellt werden.

Doch die Qualität der Daten stößt gerade bei den erneuerbaren Energien auch an deutliche methodische Grenzen. So kann unter anderem die im Zuge der Energiewende weiter zunehmende Zergliederung der Energiewirtschaft schon heute nicht mehr ausreichend dargestellt werden.

Abb. 9 Anteil der erneuerbaren Energien in Brandenburg 2009



91,3 PJ  $\hat{=}$  14,7 % des Primärenergieverbrauchs

In der aktuellen Diskussion über den Aus- und Umbau der Energie-Infrastruktur in Deutschland spielt der gleichzeitig erforderliche Umbau der amtlichen Energiestatistik allerdings nur eine geringe bis gar keine Rolle. Um auch in Zukunft auf verlässliche Daten zur Energieerzeugung- und Versorgung zur Überprüfung der energiepolitischen Ziele zurückgreifen zu können, muss die Methodik insbesondere bei der Erfassung erneuerbarer Energieträger ständig den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden – und das geht häufig nur über Novellierung der entsprechenden Rechtsgrundlagen.

Autoren: Mathias Geburek  
Andreas Techen

## Erzieherische Hilfen der Kinder- und Jugendhilfe in Berlin und Brandenburg

„Ein Personensorgeberechtigter hat bei der Erziehung eines Kindes oder eines Jugendlichen Anspruch auf Hilfe zur Erziehung, wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist.“ § 27 Abs. 1 Sozialgesetzbuch (SGB) VIII.

Im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen das Wohl des jungen Menschen und die Schaffung von Lebensbedingungen, welche die Entwicklung junger Menschen und ihrer Familien positiv beeinflussen. In Abgrenzung zu den Eingriffs- und Kontrollprinzipien des Jugendwohlfahrtsgesetzes aus Zeiten der Weimarer Republik orientiert sich die Kinder- und Jugendhilfe heute an präventiver, offener Arbeit.

In diesem Sinne besteht das Kinder- und Jugendhilfegesetz seit 1991. Das Ziel der Kinder- und Jugendhilfe ist das Fördern der Entwicklung und die Erziehung von jungen Menschen zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten. Dabei sollen auch die Erziehungsberechtigten unterstützt werden, um positive Lebensbedingungen für den jungen Menschen, bestenfalls in der eigenen Familie, zu schaffen.

Ein „Junger Mensch“ im Sinne des VIII. Sozialgesetzbuches ist jeder, der jünger als 27 Jahre, ein „Jugendlicher“, jeder der 14 bis unter 18 Jahre und ein „Kind“, jeder der unter 14 Jahre alt ist.

In Krisensituationen (z.B. bei Erziehungsschwierigkeiten, Trennung oder Scheidung der Eltern, Gewalt unter Jugendlichen, Drogenkonsum) bietet die Kinder- und Jugendhilfe verschiedene Formen der Unterstützung. Nach der Systematik der Leistungen werden drei unterschiedliche, in der Voraussetzung

der Hilfegewährung grundsätzlich voneinander unabhängige, Leistungsarten unterschieden:

- Erzieherische Hilfe (§§ 27 bis 35 SGB VIII): Nach der Rechtslage haben die Eltern (Personensorge- bzw. Erziehungsberechtigte) Anspruch auf erzieherische Hilfe, auch wenn in der Regel das Kind oder der Jugendliche Bezugsperson der Leistung ist. Zielgruppe dieser Leistungen sind ausschließlich Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.
- Eingliederungshilfe bei (drohender) seelischer Behinderung (§ 35a SGB VIII): Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche wird bei (drohender) seelischer Behinderung häufig in ambulanter oder in stationärer Form vergleichbar den erzieherischen Hilfen erbracht (z.B. in einem Heim), trotzdem ist sie unabhängig von der erzieherischen Hilfe.
- Hilfe für junge Volljährige (§ 41 SGB VIII): Bei dieser Leistung ist der junge Volljährige selbst der Anspruchsberechtigte der Hilfe.

Die Statistik zu den erzieherischen Hilfen wird jährlich dezentral auf Länderebene erhoben und ist eine Vollerhebung. Erhoben werden die im jeweiligen Berichtsjahr beendeten sowie die am Jahresende bestehende Hilfen. Dieser Artikel bezieht sich, wenn nicht anders angegeben, auf die Gesamtzahl der Hilfen eines Jahres.

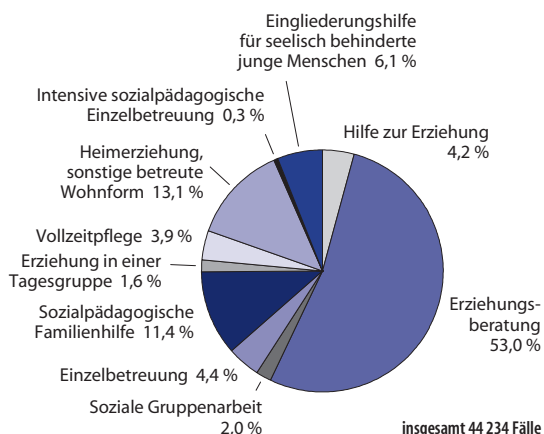
Bevölkerungszahlen der unter 27-Jährigen am 31.12.

	Berlin	Brandenburg
2007 .....	899 337	630 437
2008 .....	897 443	611 678
2009 .....	897 377	594 649
2010 .....	901 848	580 175
2011 .....	909 885	566 274
Änderung seit 2007 in %	1,2	-10,2

Tab. 1 Entwicklung der Hilfen von 2007 bis 2011 in Berlin nach Art der Hilfe

Hilfeart	Beendete Hilfen/Beratungen			Hilfen/Beratungen am 31.12.			Zusammen		
	2007	2011	Änderung in %	2007	2011	Änderung in %	2007	2011	Änderung in %
Hilfe zur Erziehung.....	409	850	107,8	730	1 021	39,9	1 139	1 871	64,3
Erziehungsberatung.....	15 179	15 858	4,5	6 144	7 570	23,2	21 323	23 428	9,9
Soziale Gruppenarbeit.....	436	428	-1,8	544	481	-11,6	980	909	-7,2
Einzelbetreuung.....	610	1 019	67,1	660	940	42,4	1 270	1 959	54,3
Sozialpädagogische Familienhilfe.....	1 322	2 354	78,1	2 434	2 678	10,0	3 756	5 032	34,0
Erziehung in einer Tagesgruppe.....	230	286	24,4	439	415	-5,5	669	701	4,8
Vollzeitpflege.....	260	356	36,9	1 413	1 378	-2,5	1 673	1 734	3,7
Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform.....	1 594	2 160	35,5	3 719	3 617	-2,7	5 313	5 777	8,7
Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung.....	192	89	-53,7	229	59	-74,2	421	148	-64,9
Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen.....	148	859	480,4	548	1 816	231,4	696	2 675	284,3
Insgesamt	20 380	24 259	19,0	16 860	19 975	18,5	37 240	44 234	18,8

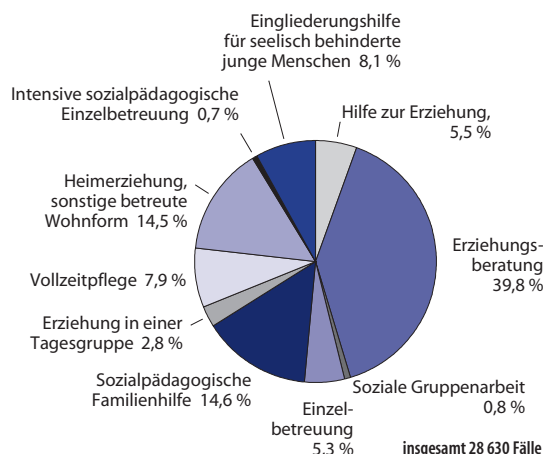
Abb. 1 Hilfen und Beratungen in Berlin 2011 nach Hilfeart



In Berlin gab es einen leichten Anstieg der Anzahl der jungen Menschen um 1,2 % (siehe kleine Tabelle auf der vorigen Seite), und auch einen Anstieg der Hilfen und Beratungen seit 2007 um 18,8 % auf 44 234, insgesamt 4,9 % der jungen Menschen unter 27 Jahren im Land Berlin nahmen 2011 Hilfen in Anspruch. Besonders stark war der Anstieg bei der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen nach § 35a SGB VIII (+284,3 %). Aber auch die Hilfe zur Erziehung nach § 27 SGB VIII (+64,3 %), die Einzelbetreuung nach § 30 SGB VIII (+54,3 %) und die sozialpädagogische Familienhilfe nach § 31 SGB VIII (+34,0 %) haben überdurchschnittlich stark zugenommen. Ein deutlicher Rückgang war auch hier bei der kostenaufwändigen intensiven sozialpädagogischen Einzelbetreuung nach § 35 SGB VIII (+64,9 %) zu verzeichnen, sowie ein leichter Rückgang bei der sozialen Gruppenarbeit nach § 29 SGB VIII (-7,2 %) (siehe auch Tabelle 1).

Den größten Anteil an den Hilfen im Jahr 2011 in Berlin hatte die Erziehungsberatung mit 53,0 % (23 428 Fälle), gefolgt von der Heimerziehung mit 13,1 % (5 777 Fälle) und der sozialpädagogischen Familienhilfe mit 11,4 % (5 032 Fälle). Auch hier wurde die intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung mit 0,3 % am wenigsten gewährt.

Abb. 2 Hilfen und Beratungen 2011 in Brandenburg nach Hilfeart



2011 wurden in Brandenburg insgesamt 28 630 Hilfen und Beratungen in Anspruch genommen. Seit 2007 hat sich damit trotz sinkender Zahl der jungen Menschen (-10,2 %; siehe kleine Tabelle auf der vorigen Seite) die Anzahl der Hilfen und Beratungen um 33,1 % erhöht, sodass ca. 5,1 % der jungen Menschen unter 27 Jahren im Land Brandenburg diese Hilfen in Anspruch nahmen. Überdurchschnittlich stark war die Erhöhung im Bereich der Hilfe zur Erziehung nach § 27 SGB VIII (+160,7 %), der sozialpädagogischen Familienhilfe nach § 31 SGB VIII (+70,5 %) sowie der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen nach § 35a SGB VIII (+68,3 %) und der sozialen Gruppenarbeit nach § 29 SGB VIII (+49,0 %). Dagegen konnte im Bereich der intensiven sozialpädagogischen Einzelbetreuung nach § 35 SGB VIII ein leichter Rückgang um 2,1 % verzeichnet werden (Abbildung 2).

Den größten Anteil an den Hilfen im Jahr 2011 in Brandenburg hatte die Erziehungsberatung mit 39,8 % (11 402 Fälle), gefolgt von der sozialpädagogischen Familienhilfe mit 14,6 % (4 187 Fälle) und der Heimerziehung mit 14,5 % (4 149 Fälle). Dagegen waren die soziale Gruppenarbeit (228 Fälle) und die intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung (185 Fälle) mit jeweils unter 1 % die am wenigsten gewährte Hilfe.

Tab. 2 Entwicklung der Hilfen in Brandenburg von 2007 bis 2011 nach Art der Hilfe

Hilfeart	Beendete Hilfen/Beratungen			Hilfen/Beratungen am 31.12.			Zusammen		
	2007	2011	Änderung in %	2007	2011	Änderung in %	2007	2011	Änderung in %
Hilfe zur Erziehung.....	280	815	191,1	326	765	134,7	606	1 580	160,7
Erziehungsberatung.....	6 830	8 019	17,4	2 497	3 383	35,5	9 327	11 402	22,3
Soziale Gruppenarbeit.....	84	98	16,7	69	130	88,4	153	228	49,0
Einzelbetreuung.....	628	758	20,7	703	767	9,1	1 331	1 525	14,6
Sozialpädagogische Familienhilfe.....	793	1 617	103,9	1 663	2 570	54,5	2 456	4 187	70,5
Erziehung in einer Tagesgruppe.....	224	288	28,6	422	510	20,9	646	798	23,5
Vollzeitpflege.....	284	384	35,2	1 643	1 875	14,1	1 927	2 259	17,2
Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform.....	1 139	1 361	19,5	2 365	2 788	17,9	3 504	4 149	18,4
Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung.....	105	107	1,9	84	78	-7,1	189	185	-2,1
Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen.....	344	731	112,5	1 033	1 586	53,5	1 377	2 317	68,3
<b>Insgesamt</b>	<b>10 711</b>	<b>14 178</b>	<b>32,4</b>	<b>10 805</b>	<b>14 452</b>	<b>33,8</b>	<b>21 516</b>	<b>28 630</b>	<b>33,1</b>

Tab.3 Hilfen und Beratungen in Berlin und Brandenburg nach Alter und Geschlecht 2011

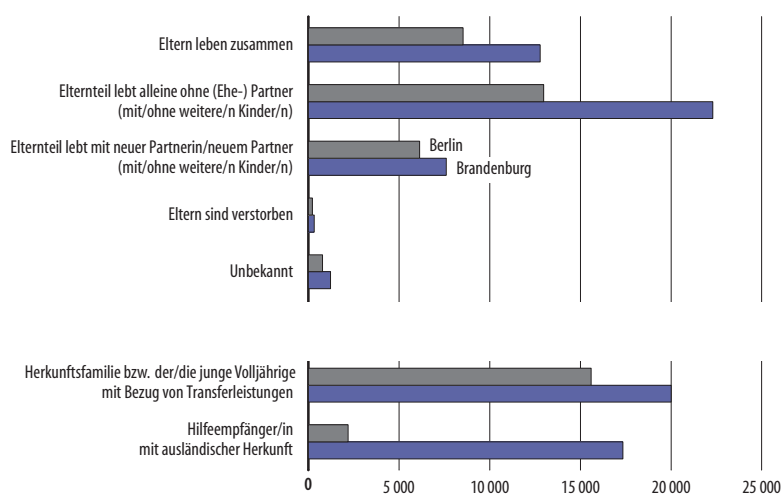
Altersgruppe in Jahren	Hilfe zur Erziehung	Erziehungs- beratung	Soziale Gruppen- arbeit	Einzel- betreuung	Sozialpäda- gogische Familien- hilfe	Erziehung in einer Tages- gruppe	Vollzeit- pflege	Heim- erziehung, sonstige betreute Wohnform	Intensive sozialpäda- gogische Einzel- betreuung	Eingliederungs- hilfe für seelisch behinderte junge Menschen
<b>Berlin</b>										
männlich										
unter 3	66	1 286	–	9	879	4	119	96	–	5
3 bis unter 6	75	2 186	–	26	1 045	6	138	217	–	13
6 bis unter 9	165	2 321	69	74	1 035	68	140	281	–	89
9 bis unter 12	334	2 455	232	139	1 009	217	127	382	2	588
12 bis unter 15	368	1 906	185	241	807	175	143	623	8	543
15 bis unter 18	193	1 421	79	288	599	80	138	987	31	268
18 bis unter 27	49	809	2	363	246	–	73	516	36	133
weiblich										
unter 3	71	1 149	–	10	731	7	116	95	–	9
3 bis unter 6	61	1 936	–	21	874	1	188	142	–	10
6 bis unter 9	101	1 843	65	36	866	17	114	213	–	47
9 bis unter 12	188	1 888	123	66	755	54	120	281	–	410
12 bis unter 15	236	1 783	128	124	657	37	131	527	4	297
15 bis unter 18	198	1 566	25	202	534	35	129	946	32	150
18 bis unter 27	51	879	1	360	232	–	58	471	35	113
<b>Brandenburg</b>										
männlich										
unter 3	124	474	–	3	744	–	113	66	–	11
3 bis unter 6	176	981	–	11	837	3	203	114	–	148
6 bis unter 9	202	1 255	18	37	763	102	229	184	–	288
9 bis unter 12	242	1 338	40	102	720	238	216	284	1	421
12 bis unter 15	224	962	61	225	595	153	189	453	6	388
15 bis unter 18	186	664	22	320	365	51	150	777	25	164
18 bis unter 27	64	286	3	248	162	–	94	370	55	76
weiblich										
unter 3	133	418	–	4	645	–	117	57	–	4
3 bis unter 6	148	826	–	4	764	–	183	81	–	113
6 bis unter 9	158	979	13	16	694	41	179	134	–	117
9 bis unter 12	154	1 054	31	28	581	131	167	201	1	265
12 bis unter 15	165	1 008	24	112	517	63	206	388	6	183
15 bis unter 18	170	805	16	211	359	16	162	726	32	87
18 bis unter 27	56	352	–	204	146	–	51	314	59	52

Männliche Kinder und Jugendliche haben andere problematische Schwerpunkte als weibliche. Das spiegelt sich auch bei der Inanspruchnahme der erzieherischen Hilfen wider. Allgemein ist auffällig, dass Jungen eher Hilfe in Anspruch nehmen als Mädchen. In Berlin und Brandenburg wurden ca. 10 % mehr Hilfen von männlichen Kindern und Jugendlichen als von weiblichen wahrgenommen. Besonders deutlich sind die Unterschiede bei der Erziehung in Tagesgruppen zu beobachten. Mehr als zweiviertel Mal so viele männliche Berliner Kinder und Jugendliche als weibliche nahmen diese Hilfe in Anspruch, in Brandenburg waren es doppelt so viele. Außerdem sind auch bei der Einzelbetreuung, der Eingliederungshilfe und der sozialen Gruppenarbeit die prozentualen Unterschiede deutlicher als bei der Gesamtheit der Hilfen. Lediglich bei der intensiven sozialpädagogischen Einzelbetreuung in Brandenburg ist es umgekehrt (6,0 % mehr Mädchen als Jungen). Betrachtet man zusätzlich noch die Altersverteilung, so stellt

man fest, dass in Brandenburg mehr weibliche als männliche Kinder und Jugendliche ab 12 Jahren (in Berlin ab 15 Jahren) Erziehungsberatung in Anspruch nahmen. Auch bei der Vollzeitpflege und der intensiven sozialpädagogischen Einzelbetreuung in Brandenburg und der Hilfe zur Erziehung in Berlin traten ähnliche Effekte auf. Ein weiterer wichtiger Indikator ist die Situation in der Herkunftsfamilie der Kinder und Jugendlichen. Demnach war etwa die Hälfte aller Hilfeempfänger Kinder von Alleinerziehenden. Hier konnte seit 2007 eine deutliche Steigerung beobachtet werden. Während die Hilfen in Brandenburg um 33,1 % (+18,8 % in Berlin) stiegen, erhöhte sich die Anzahl der Hilfen für Kinder von Alleinerziehenden um 45,7 % (Berlin: +23,0 %), wogegen der Anteil an Hilfen bei sogenannten Patchwork-Familien und „traditionellen“ Familien leicht abnahm. Jede zweite Hilfe ging an Kinder von Empfängern von Transferleistungen bzw. an junge Volljährige, welche selbst Transferleistungen erhielten (Abbildung 3).



Abb. 3 Hilfen und Beratungen in Berlin und Brandenburg nach Situation in der Herkunftsfamilie 2011



Kinder von Eltern mit Migrationshintergrund nahmen mehr Hilfe in Anspruch als Kinder von Eltern ohne Migrationshintergrund. Ein Migrationshintergrund liegt vor, sofern mindestens ein Elternteil aus dem Ausland stammt. Während Berlin eine Ausländerquote von 15,6 % (Brandenburg: 3,1 %) bei den unter 27-Jährigen aufwies, wurden 39,2 % (Brandenburg 7,7 %) der Hilfen an junge Menschen, deren Eltern einen Migrationshintergrund besitzen, geleistet. Somit nahmen in Brandenburg, wie auch in Berlin 12 % der Migrantenkinder Erzieherische Hilfen in Anspruch, bei den jungen Deutschen waren es lediglich 3,6 % in Berlin bzw. 4,8 % in Brandenburg. Wenn man sich hier die Verteilung auf die einzelnen Hilfen anschaut, stellt man Unterschiede zwischen Berlin und Brandenburg fest. Während in Brandenburg die Hilfen bei der Hilfe zur Erziehung nach § 27 SGB VIII und der intensiven sozialpädagogischen Einzelbetreuung nach § 35 SGB VIII 11,1 %, sowie bei der sozialpädagogischen Familienhilfe nach § 31 SGB VIII 14,4 % an o. g. Kinder gingen, lagen die „Ausreißer“ in Berlin bei der sozialen Gruppenarbeit nach § 29 SGB VIII mit 48,6 % und ebenfalls bei der sozialpädagogischen Familienhilfe mit 48,6 %.

Die Gründe für die Hilfestellung waren vielfältig. Insgesamt dürfen drei Gründe angegeben werden, dabei ist ein Grund als Hauptgrund zu kennzeichnen. Die drei meistgenannten Hauptgründe für die neu gewährten Hilfen und Beratungen in 2011 waren Belastung der jungen Menschen durch familiäre Konflikte (Berlin 31,3 %; Brandenburg 25,1 %), eingeschränkte Erziehungskompetenz der Eltern (14,4 %; 16,4 %) sowie Entwicklungsauffälligkeiten / seelische Probleme des jungen Menschen (11,5 %; 11,9 %). Die durchschnittliche Dauer der in 2011 beendeten Hilfen betrug 9 Monate in Berlin und 11 Monate in Brandenburg.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Familien mit einem besonderen sozialen Hintergrund – sei es durch Migrationserfahrung, finanzielle Problemlage oder durch die Konzentration der Erziehungsaufgaben auf ein Elternteil – häufiger auf eine professionelle pädagogische Unterstützung angewiesen sind als andere Familien.

Insgesamt zeichnet die Statistik über erzieherische Hilfe, Eingliederungshilfe bei drohender seelischer Behinderung und Hilfe für junge Volljährige in ihrer seit 2007 neu konzipierten Form ein differenziertes Bild von der Lebenssituation der Hilfeempfänger. Nicht nur Alter und Geschlecht der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen können in ihrer spezifischen Verteilung über die einzelnen Hilfearten dargestellt werden. Auch Migrationshintergrund, Transferleistungsbezug und Familienkonstellation können in ihrem jeweiligen Einfluss auf die Gewährung der unterschiedlichen Hilfen zur Erziehung einzeln oder in Kombination untereinander untersucht werden.

Autoren: Annett Kusche, Sören Merting

Herr Merting ist Student der Mathematik an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus; er absolvierte ein Praktikum im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

## Regionale Wirtschaftsstrukturen Brandenburgs

### Einleitung

Der folgende Beitrag entstand während eines sechswöchigen Praktikums im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. Zur Untersuchung der regionalen Wirtschaftsstrukturen in Brandenburg wurden zwei multivariate Verfahren getestet. Das Hauptaugenmerk lag auf dem mathematischen Teil der Untersuchungen. Auf diesen kann eine Interpretationsarbeit folgen, die dann einem anderen Fachbereich zuzuordnen wäre.

In diesem Artikel werden die Wirtschaftsstrukturen Brandenburgs näher untersucht. Es soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit sich die Regionen Brandenburgs in ihrer Wirtschaftskraft voneinander unterscheiden. Ein hierfür geeignetes Verfahren stellt die Clusteranalyse dar. Im Verlaufe dieser Methode können Bezirke mit ähnlichen Merkmalsausprägungen zu sogenannten Clustern zusammengefasst werden. Bezirke unterschiedlicher Cluster unterscheiden sich hingegen deutlich voneinander.

Ausgangspunkt für das Anwenden dieser Methode war es zunächst, Merkmale festzulegen, an denen die Wirtschaftsstärke einer

Region gemessen werden kann. Die Wahl fiel auf die nachfolgenden monatlichen Regionaldaten der Jahre 2004 bis 2011:

- 1) Arbeitslose insgesamt,
- 2) Bevölkerung am Monatsende,
- 3) Gewerbeanmeldungen,
- 4) Gewerbeabmeldungen,
- 5) Verarbeitendes Gewerbe (Arbeitsstunden),
- 6) Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz),
- 7) Vorbereitende Baustellenarbeit (Arbeitsstunden),
- 8) Vorbereitende Baustellenarbeiten (Gesamtumsatz),
- 9) Gebäude-Baumaßnahmen,
- 10) Tourismus-Übernachtungen insgesamt.

Im Hinblick auf die im weiteren Verlauf des Textes noch vorzustellende Faktorenanalyse sind die Punkte 1 bis 10 als Zufallsvariablen aufzufassen, wobei die einzelnen Ausprägungen die monatlichen Daten aus den Jahren 2004 bis 2011 wiedergeben.

Für jede Region – das sind die 4 kreisfreien Städte und die 14 Landkreise – Brandenburgs wurden die empirischen Erwartungswerte dieser oben genannten 10 Zufallsvariablen gebildet.

Die erhaltenen Werte stellen im weiteren Vorgehen die verschiedenen Merkmalsausprägungen der Gebiete dar.

Um Näheres über die Korrelationsstruktur der Zufallsgrößen zu erfahren, wird die Faktorenanalyse angewandt. Mit ihr ist es möglich, Faktoren zu entdecken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Zufallsvariablen ausüben und einen Großteil der Korrelationen zwischen ihnen erklären. Hierdurch wiederum ließe sich für zukünftige Untersuchungen eine Dimensionsreduzierung von den hier betrachteten stochastischen Größen auf einige wenige Faktoren erreichen.

In dem zweiten Abschnitt des Beitrags geht es zunächst darum, den theoretischen Hintergrund beider Methoden zu erläutern. Die Resultate, die sich aus den Untersuchungen ergaben, werden im letzten Abschnitt präsentiert.

### Vorstellung der Faktorenanalyse

Die Faktorenanalyse ist ein in der Praxis häufig verwendetes Verfahren, mit dem Zusammenhänge zwischen einer größeren Anzahl von Zufallsvariablen besser erkannt und aufgedeckt werden können. Ziel dieser Methode ist es, Hintergrundvariablen (Faktoren)  $f_l$  mit  $l = 1, \dots, k$  zu ermitteln, die für einen Großteil der Korrelationen zwischen den Variablen verantwortlich sind. Die beobachteten Zufallsvariablen lassen sich in dem hier betrachteten Modell durch eine Linearkombination dieser Faktoren darstellen.

Im Folgenden werden die Variablen in der standardisierten Form betrachtet und mit  $z_i$  ( $i = 1, \dots, n$ ) bezeichnet:

$$\begin{aligned} z_1 &= a_{11}f_1 + \dots + a_{1k}f_k + u_1 \\ z_2 &= a_{21}f_1 + \dots + a_{2k}f_k + u_2 \\ &\vdots \\ z_i &= a_{i1}f_1 + \dots + a_{ik}f_k + u_i \\ &\vdots \\ z_n &= a_{n1}f_1 + \dots + a_{nk}f_k + u_n \end{aligned}$$

Die Koeffizienten  $a_{il}$  stellen die sogenannten Ladungen dar. Sie geben die Stärke des Einflusses an, den der jeweilige Faktor  $f_l$  auf die Zufallsvariable  $z_i$  ausübt. Die Variable  $u_i$  bezeichnet den zufälligen Fehler des Modells.

In der Matrixnotation ausgedrückt hat das Gleichungssystem die Gestalt  $Z = AF + U$ , wobei die Matrix  $A$  die Ladungen enthält,  $F$  den Vektor mit den Faktoren darstellt,  $U$  der Fehlervektor ist und  $Z$  die beobachteten standardisierten Zufallsvariablen beinhaltet.

**Annahmen [1]**

Für gewöhnlich werden in dem Grundmodell der Faktorenanalyse die folgenden Annahmen getroffen:

- Die Faktoren  $f_l$  seien metrisch skalierte Zufallsvariablen mit

$$E[f_l] = 0 \text{ und } Var[f_l] = 1, \quad l = 1, \dots, k.$$

- Für den Fehler  $u_i$  gilt

$$E[u_i] = 0 \text{ und } Var[u_i] = \sigma_{ii}^2, \quad i = 1, \dots, n.$$

- Außerdem sind keine Kovarianzen zwischen den Faktoren, zwischen Faktoren und Fehlervariablen sowie zwischen den einzelnen Fehlervariablen vorgesehen:

$$\text{cov}(f_l, f_{l'}) = 0 \quad \forall l, l' \text{ mit } l \neq l';$$

$$\text{cov}(u_i, u_{i'}) = 0 \quad \forall i, i' \text{ mit } i \neq i';$$

$$\text{cov}(f_l, u_i) = 0 \quad \forall i, l.$$

Um die Ladungen für eine bestimmte Anzahl von Faktoren ermitteln zu können, stützt sich das Modell auf die Aussage des „Fundamentaltheorems der Faktorenanalyse“ von Thurstone. Unter den weiter oben getroffenen Annahmen besagt dieses Theorem, dass sich die Korrelationsmatrix der Ausgangsdaten in der Form  $R = AA^T + V$  darstellen lässt. Wobei die Diagonalmatrix  $V = \text{diag}(\sigma_{11}^2, \dots, \sigma_{nn}^2)$  die Varianzen  $Var[u_i] = \sigma_{ii}^2$  enthält. Die Diagonalelemente stellen den Teil der Varianz der  $i$ -ten Variable dar, der durch das Modell nicht erklärt werden kann.

Das Subtrahieren von  $V$  auf beiden Seiten der Gleichung ergibt  $R_h = AA^T$ .

Die Matrix  $R_h = R - V$  wird als reduzierte Korrelationsmatrix bezeichnet und lässt sich nach dem Theorem von Thurstone mithilfe der Faktorenladungsmatrix reproduzieren.

Die Diagonalelemente  $h_{ii}^2 = 1 - \sigma_{ii}^2$  der reduzierten Korrelationsmatrix

$$R_h = \begin{pmatrix} h_{11}^2 & r_{12} & r_{13} & \cdots & r_{1n} \\ r_{21} & h_{22}^2 & r_{23} & & \\ r_{31} & r_{13} & h_{33}^2 & & \\ \vdots & & & \ddots & \\ r_{n1} & & & & h_{nn}^2 \end{pmatrix}$$

werden als Kommunalitäten bezeichnet und geben im Gegensatz zu  $Var[u_i]$  den Teil der Varianz der  $i$ -ten Zufallsvariable an, der durch die Faktoren erklärt wird.

Die einzelnen Kommunalitäten der Matrix lassen sich anhand von Schätzverfahren ermitteln. Die Korrelationen errechnen sich aus den „empirischen Korrelationskoeffizienten“ nach Bravais/Pearson.

Mithilfe der Hauptachsenanalyse lassen sich ab hier durch ein iteratives Vorgehen die Faktorladungen bestimmen. Dabei wird von der Beziehung  $R_h = AA^T$  ausgegangen und eine Matrix  $AA^T$  gesucht, die  $R_h$  möglichst gut approximiert. Extrahiert werden bei dieser Methode nur die Faktoren, die den größten Anteil der Varianz beschreiben. Die Höhe der

Eigenwerte der Faktoren kann hierbei als Entscheidungskriterium herangezogen werden: Je höher der Eigenwert eines Faktors ist, desto größer wird seine Erklärungskraft eingeschätzt.

**Vorstellung der Clusteranalyse**

Die Clusteranalyse ist ein Verfahren zum Erfassen von Ähnlichkeiten zwischen den Objekten einer Menge. Die Gemeinsamkeiten werden mithilfe einer Clusterbildung hervorgehoben. Unterscheiden sich zwei Objekte in ihren Merkmalsausprägungen deutlich voneinander, weist man ihnen unterschiedliche Cluster zu. Ähneln sie sich hingegen, werden sie derselben Gruppe von Objekten zugeordnet. Um dieses Vorgehen zu ermöglichen, müssen in der ersten Phase der Untersuchungen die Abstände aller Objektpaare bestimmt werden. Die Spalten der Datenmatrix  $X \in R^{m \times n}$  werden im Folgenden als Vektoren  $x_1, x_2, \dots, x_m$  interpretiert. Sie sollen den jeweiligen Datensatz des ihnen zugewiesenen Objektes enthalten.

Zunächst wird auf die in den Untersuchungen verwendeten Metriken eingegangen. Die *Minkowski-Metrik* definiert den Abstand zwischen einem Vektorpaar  $x_s$  und  $x_t$  wie folgt:

$$d_{st} = \sqrt[p]{\sum_{j=1}^n |x_{sj} - x_{tj}|^p}.$$

Für die Untersuchungen der Konjunkturdaten Brandenburgs wurden folgende Spezialfälle dieser Metrik verwendet:

- Cityblock-Metrik:

$$d_{st} = \sum_{j=1}^n |x_{sj} - x_{tj}|$$

- Euklidische Distanz:

$$d_{st} = \sqrt{\sum_{j=1}^n [(x_{sj} - x_{tj})^2]}$$

Nachdem alle Distanzwerte zwischen den Objekten ermittelt wurden, werden in der 2. Phase der Clusteranalyse die Objekte mit geringen Distanzwerten zu Clustern zusammengefasst. Das allgemeine Vorgehen hierzu sieht folgendermaßen aus:

**Ablauf eines hierarchischen Verdichtungsverfahrens [2]**

- 1) Zunächst wird jedes Objekt als ein eigenständiges Cluster aufgefasst.
- 2) Die beiden Cluster mit der geringsten Distanz werden dann zu einem gemeinsamen Cluster zusammengefasst. Damit verringert sich die Zahl der Cluster um eins.
- 3) Für die nun vorhandenen Cluster werden erneut Distanzwerte für alle Paare berechnet, die sich aus den vorhandenen Clustern bilden lassen.
- 4) Die beiden Cluster mit der geringsten Distanz werden wieder zusammengefasst.
- 5) Dieses Vorgehen wird solange fortgesetzt, bis alle Objekte zu einem Cluster zusammengefasst wurden.

Abb. 1 Dendrogramm zur Clusteranalyse regionaler Wirtschaftsstrukturen Brandenburgs

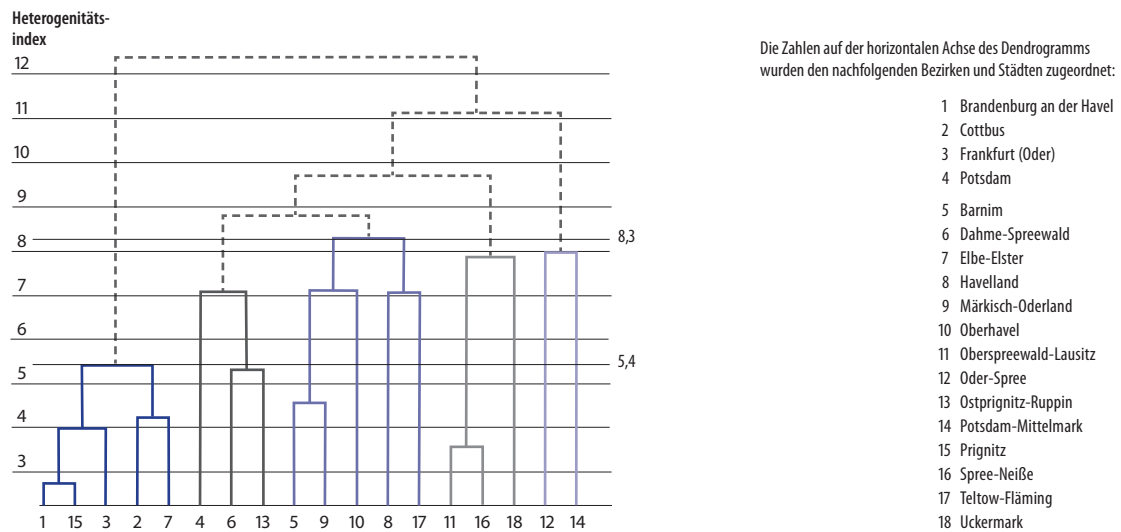


Abbildung 1 visualisiert den Prozess dieser stufenweisen Agglomeration anhand von standardisierten Zufallsvariablen.

Zur Bestimmung der Distanzen zwischen den einzelnen Clustern wurde in der vorliegenden Arbeit das *Average-Linkage*-Verfahren gewählt. Hierbei ergibt sich die Distanz aus dem arithmetischen Mittel aller Objektpaare der betrachteten Cluster:

$$d(r, z) = \frac{1}{n_r n_z} \sum_{i=1}^{n_r} \sum_{j=1}^{n_z} \text{dist}(x_{r_i}, x_{z_j}).$$

Wobei  $n_r$  die Anzahl der Objekte des Clusters  $r$  angibt und  $x_{r_i}$  das  $i$ -te Objekt aus  $r$  ist.

Die bereits erwähnte Abbildung stellt ein Dendrogramm dar. Es dient der Visualisierung des hierarchischen Verdichtungsverfahrens. Die Cluster der jeweiligen Verdichtungsstufe dieser Baumstruktur werden aus Clustern der vorherigen Ebene zusammengefügt. Dies ermöglicht dem Betrachter, sich für eine Agglomerationsebene zu entscheiden, in der eine für ihn bedeutsame Clusterbildung zu erkennen ist. Ein Kriterium für die Auswahl einer Ebene stellt der Heterogenitätsindex auf der vertikalen Achse dar (hier Cityblock-Abstände). Ein starker Anstieg des Index drückt eine Abnahme der Ähnlichkeit der Objekte aus. Die Zahlen auf der horizontalen Achse stellen die jeweiligen Objekte dar.

### Ergebnisse der Faktoren- und Clusteranalyse

In diesem Abschnitt werden die Resultate vorgestellt, die sich aus den Untersuchungen mit der Faktorenanalyse und der Clusteranalyse ergeben. Angewendet wurden diese Verfahren mithilfe von Matlab und SPSS. Die Datenaufbereitung erfolgte mit *Visual-Basic-for-Applications*.

Bei der Anwendung der Faktorenanalyse bewährte es sich, für die Untersuchung der Datensätze jeweils 3 Faktoren zu extrahieren. Mit ihnen konnten bis zu 78 % der Gesamtvarianz erklärt werden. Zur Bestimmung der Faktorenbelegungen wurde zunächst der Datensatz gesamt Brandenburgs verwendet, im

zweiten Schritt dann die Daten der einzelnen Cluster. Der Vergleich der Ergebnisse erleichterte die Zuordnung der Variablen zu den Faktoren.

Die Eignung des Datenmaterials für die Faktorenanalyse konnte anhand mehrerer Prüfkriterien bestätigt werden. Als wichtigstes Kriterium sei hier das *Kaiser-Meyer-Olkin*-Kriterium genannt.

Für die Studien der Wirtschaftsstrukturen Brandenburgs wählte man die nachfolgenden monatlichen Regionaldaten der Jahre 2004 bis 2011 aus:

- 1) Arbeitslose insgesamt,
- 2) Bevölkerung am Monatsende,
- 3) Gewerbeanmeldungen,
- 4) Gewerbeabmeldungen,
- 5) Verarbeitendes Gewerbe (Arbeitsstunden),
- 6) Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz),
- 7) Vorbereitende Baustellenarbeit (Arbeitsstunden),
- 8) Vorbereitende Baustellenarbeiten (Gesamtumsatz),
- 9) Gebäude-Baumaßnahmen,
- 10) Tourismus-Übernachtungen insgesamt.

Die Zahlen auf der horizontalen Achse des Dendrogramms wurden den nachfolgenden Städten und Bezirken zugeordnet:

- 1) Brandenburg an der Havel,
- 2) Cottbus,
- 3) Frankfurt (Oder),
- 4) Potsdam,
- 5) Barnim,
- 6) Dahme-Spreewald,
- 7) Elbe-Elster,
- 8) Havelland,
- 9) Märkisch-Oderland,
- 10) Oberhavel,
- 11) Oberspreewald-Lausitz,
- 12) Oder-Spree,
- 13) Ostprignitz-Ruppin,
- 14) Potsdam-Mittelmark,
- 15) Prignitz,
- 16) Spree-Neiße,
- 17) Teltow-Fläming,
- 18) Uckermark.

### Ergebnisse der Clusteranalyse

Bei der Betrachtung des Dendrogramms unter Berücksichtigung aller 10 genannten Merkmalsausprägungen fällt zunächst auf, dass die Regionen 1 und 15 sowie 11 und 16 bereits in einem sehr frühen Stadium der Agglomeration miteinander verbunden werden. Ab einem Heterogenitätsindex von 5,4 lassen sich die Städte Brandenburg an der Havel (1), Cottbus (2) und Frankfurt (Oder) (3) zusammen mit den Regionen Prignitz (15) und Elbe-Elster (7) als erste größere Gruppierung erkennen. Sie bilden im weiteren Verlauf der Agglomeration bis zum Ende ein eigenständiges Cluster (Abbildung 1).

Weitere umfangreichere Zusammengehörigkeiten der Gebiete lassen sich erst wieder ab einem Index von 8,3 erkennen.

Besonders auffallend ist die Höhe des Heterogenitätsindex zwischen den verschiedenen Verdichtungsebenen. Für die meisten neuen Clusterbildungen sind keine allzu großen Sprünge des Index zu erkennen. Das Cluster 1, 15, 3, 2, 7 hingegen bildet eine Ausnahme und lässt sich erst ab einer Indexerhöhung von 7 Einheiten zu den restlichen Gruppierungen hinzuziehen. Die Wirtschaftsstruktur dieses Clusters unterscheidet sich offenbar stärker vom Rest Brandenburgs.

Eine weitere interessante Beobachtung sind die jeweiligen Zuweisungen der Städte Brandenburg an der Havel, Cottbus und Frankfurt (Oder) wurden zwar demselben Cluster zugeordnet, Potsdam scheint sich hier jedoch abzuheben. Am ehesten ließen sich die Merkmalsausprägungen dieser Stadt mit den Gebieten Dahme-Spreewald und Ostprignitz-Ruppin vergleichen.

Auf der unteren Abbildung der 3. Umschlagseite wird die Clusterbildung bei einem Heterogenitätsindex von 8,3 mit Hilfe von Farben visualisiert.

### Ergebnisse Faktorenanalyse

Bei der Verwendung der Faktorenanalyse gibt es verschiedene Verfahrensvarianten. Die im Theorieteil bereits angesprochene Hauptachsenanalyse erwies sich im Laufe der Studien als ungeeignet. Aufgrund ungültiger Schätzungen für die Kommunalitäten konnten in den meisten Fällen keine Ergebnisse mit dieser Variante ermittelt werden. Als Alternative wurden die Hauptkomponenten- und die *Faktoren-Likelihood-Analyse* gewählt.

Bei der Hauptkomponentenanalyse werden die Kommunalitäten alle auf „1“ gesetzt, sodass man in jedem Fall eine Lösung erhält. Die *Likelihood-Methode* ermittelt die Parameter, die für die beobachteten Daten am wahrscheinlichsten sind. Allerdings besitzt sie recht starke Voraussetzungen. Ein guter Anhaltspunkt, der für die Anwendung der *Faktoren-Likelihood-Methode* spricht, ist eine Normalverteilung der zugrundeliegenden Daten. Diese Verteilung lag bei den Datensätzen vor.

Die durch die beiden Verfahren bestimmten Faktorladungen ähnelten sich stark. In der folgenden Tabelle werden die durch die *Likelihood-Methode* ermittelten Ladungen präsentiert (Tabelle 1).

Im Fall von standardisierten Zufallsvariablen geben sie die Korrelation zwischen einem Faktor und einer Zufallsvariablen wieder. Grundlage der hier

Tab. 1 Ergebnisse der Faktoren-Likelihood-Methode

Variablenbezeichnung	Faktor		
	1	2	3
Arbeitslose insgesamt.....	0,965	-0,149	0,048
Bevölkerung Monatsende.....	0,968	0,071	0,056
Gewerbeanmeldung.....	0,502	0,380	0,269
Gewerbeabmeldungen.....	-0,020	0,001	0,947
Verarbeitendes Gewerbe			
Arbeitsstunden.....	0,700	0,285	-0,061
Verarbeitendes Gewerbe			
Gesamtumsatz.....	-0,604	0,410	0,032
Vorbereitende Baustellenarbeiten.			
Arbeitsstunden.....	0,213	0,869	-0,356
Vorbereitende Baustellenarbeiten.			
Gesamtumsatz.....	-0,199	0,840	0,175
Gebäude Baumaßnahmen.....	0,566	-0,117	-0,274
Tourismus Übernachtungen			
insgesamt.....	-0,344	0,234	-0,623

dargestellten Ergebnisse waren die Daten gesamt Brandenburgs. Die Resultate aus den Untersuchungen der einzelnen Cluster wurden nur zum Vergleich herangezogen und werden hier nicht extra aufgelistet.

Als Nächstes soll näher auf die Faktorenbelegungen eingegangen werden:

Die Zufallsvariablen „Arbeitslose insgesamt“ und „Bevölkerung Monatsende“ luden besonders stark auf den ersten Faktor. „Verarbeitendes Gewerbe Arbeitsstunden“ und „Gebäude Baumaßnahmen“ ließen sich nicht in diesem Maße beeinflussen, konnten dieser ersten Hintergrundvariablen jedoch eindeutig zugeordnet werden.

Die beiden Variablen „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ und „Vorbereitende Baustellenarbeiten Gesamtumsatz“ korrelierten sehr stark mit dem zweiten Faktor.

Bei der Betrachtung der jeweiligen Clusterdatensätze fiel auf, dass „Tourismus Übernachtungen insgesamt“ und „Gewerbeabmeldungen“ auf Faktoren luden, von denen sich die restlichen Variablen nicht beeinflussen ließen.

Die Variablen „Gewerbeanmeldungen“ und „Verarbeitendes Gewerbe Gesamtumsatz“ ließen sich nur sehr schwer zuordnen. Bei der Auswertung der verschiedenen Clusterdatensätze ließ sich beobachten, dass die Zuweisungen dieser beiden Variablen unterschiedlich ausfielen und die Ladungen zumeist nur sehr schwach waren.

Sören Tschierse ist Student der Wirtschafts-mathematik an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus.

Autor: Sören Tschierse

### Literaturverzeichnis

- [1] R. Fried, K. Kries, C. Köllmann, Multivariate Statistik, Universität Dortmund, Wintersemester 09/10.
- [2] PD Dr. Jörg-Peter Schräpler, Faktorenanalyse und Clusteranalyse, Skript zur GMO Fortbildungsveranstaltung, September 2008.

## Entwicklung der Bevölkerungszahl im Land Brandenburg im Jahr 2011

### Bevölkerungsentwicklung im Überblick

Seit nunmehr 11 Jahren geht die Bevölkerungszahl des Landes Brandenburg stetig zurück und sank im Jahr 2011 unter die 2,5-Millionen-Marke (Tabelle 1, Abbildung 1). Der höchste Bevölkerungsstand seit der

Das in diesem Beitrag verwendete Datenmaterial zum Bevölkerungsbestand ist das Ergebnis der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des zentralen Einwohnerdatenspeichers der ehemaligen DDR mit Stand 3. Oktober 1990 (für Brandenburg). Die Ergebnisse aus dem Zensus 2011 zum Stichtag 9. Mai 2011 werden erst zu einem späteren Zeitpunkt vorliegen.

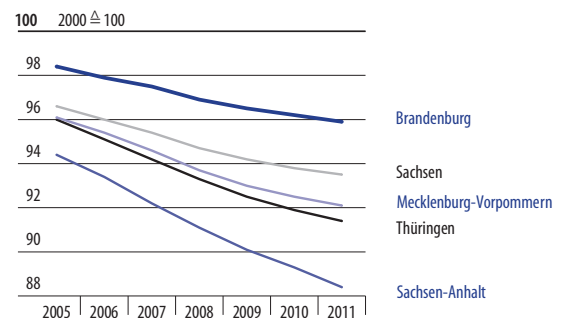
Vereinigung Deutschlands war nach einem andauernden Bevölkerungswachstum im Jahr 2000 mit knapp 2 602 000 Personen erreicht worden. Für Ende des Jahres 2011 wurden 2 495 600 Personen ermittelt und damit 106 400 Personen bzw. 4,1% weniger. Gegenüber dem Jahresende 2010 betrug der Bevölkerungsrückgang 7 700 Personen bzw. 0,3%.

Allerdings hat das Land Brandenburg unter den neuen Bundesländern noch den geringsten Einwohnerverlust zu verzeichnen (Abbildung 2). Den höchsten Ver-

lust musste Sachsen-Anhalt hinnehmen. Seit dem Jahr 2000 verlor dieses Bundesland 11,6% seiner Bevölkerung.

Seit dem Jahr 2001 wurden in Brandenburg insgesamt rund 200 500 Kinder geboren. Demgegenüber sind im gleichen Zeitraum 294 000 Menschen verstorben. Daraus ergibt sich als Differenz ein Sterbeüberschuss von 93 500 Personen. Gleichzeitig gab es zudem Abwanderungsverluste: Insgesamt sind rund 723 300 Menschen aus Brandenburg fortgezogen. Da es andererseits Zuzüge von 710 100 Personen gab, stand unter dem Strich ein Minus von 13 200 Personen. Vereinzelt konnten auch jährliche Zuzugsgewinne registriert werden, zuletzt im Jahr 2011.

Abb. 2 Bevölkerungsentwicklung in den Neuen Bundesländern 2005 bis 2011



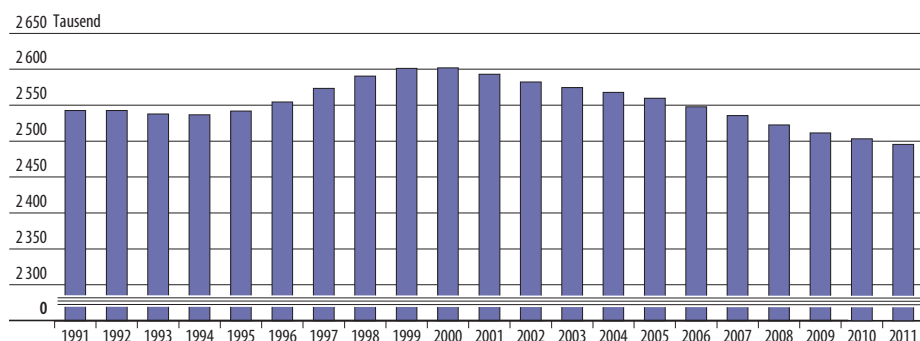
In erster Linie ist der Bevölkerungsrückgang in der Zeitspanne 2001 bis 2011 also auf Sterbeüberschüsse zurückzuführen. Deren obengenannte Summe übrigens weitaus größer ist, als der gesamte Brandenburger Landkreis Prignitz heute Einwohner hat (rund 80 900 Personen), und er war um das Siebenfache größer als der Verlust durch Abwanderung.

Dass die Richtung der Entwicklung der Bevölkerungszahl aber im Großen und Ganzen durch den Wanderungssaldo bestimmt wird, macht Abbildung 3 deutlich. Der Sterbeüberschuss wirkt sich mindernd auf dessen Niveau ein.

### Wanderungen

In den 90er-Jahren erzielte das Land Brandenburg – insbesondere durch Zuzüge von Berlinerinnen und Berlinern – beträchtliche Zuzugsgewinne. Seit dem Jahr 2001 gehen sowohl die Zu- als auch die Fortzugs-

Abb. 1 Bevölkerung im Land Brandenburg 1991 bis 2011





zahlen tendenziell zurück. Sie halten sich ihrer Größe nach aber in etwa die Waage mit einem leichten Übergewicht auf Seiten der Fortzüge (Abbildung 4). Die Zuzüge sanken von 74 400 Personen im Jahr 2000 auf 63 400 Personen im Jahr 2011. Die Fortzüge nahmen von 71 800 Personen im Jahr 2001 auf 61 500 Personen ab. In den letzten Jahren war der Saldo aus Zu- und Fortzügen zumeist negativ, 2010 und 2011 war er wiederum positiv, d. h., es wurden leichte Wanderungsgewinne registriert, und zwar von 700 Personen bzw. gut 1 800 Personen.

Durchgängig Zuzugsgewinne erzielte das Land Brandenburg gegenüber Berlin (Abbildung 5). Während aber im Jahr 2000 das Ergebnis noch bei einem Plus von mehr als 17 000 Personen gelegen hatte, ist es in den letzten Jahren im Trend kontinuierlich zurückgegangen. Das Plus betrug 2011 noch 2 400 Personen. Ein höheres und zugleich das beste Ergebnis im aktuellen Jahr 2011 wurde beim Bevölkerungsaustausch mit dem Ausland erzielt (3 400 Personen), was auch schon im Vorjahr der Fall gewesen war. Den höchsten Zuzugsüberschuss gab es dabei mit rund

1 100 Personen bei den Wanderungsbewegungen zwischen dem Land Brandenburg und Polen. Es folgten Rumänien und Afghanistan (jeweils 220 Personen). Die folgende Tabelle zeigt die 20 Länder, gegenüber denen im Berichtsjahr die größten Wanderungsgewinne erzielt worden sind:

Rang	Land	Zuzüge	Fortzüge	Zuzugsüberschuss
1	Polen .....	2 907	1 779	1 128
2	Rumänien .....	627	403	224
3	Afghanistan .....	261	38	223
4	Bulgarien .....	426	226	200
5	Ungarn .....	521	326	195
6	Russische Föderation .....	533	342	191
7	Griechenland .....	215	77	138
8	Iran, Islam. Republik .....	141	19	122
9	Türkei .....	291	189	102
10	Kenia .....	130	34	96
11	Syrien, Arab. Republik .....	128	42	86
12	Ukraine .....	209	125	84
13	Kamerun .....	111	30	81
14	Irak .....	108	27	81
15	Lettland .....	128	48	80
16	Tschechische Republik .....	142	74	68
17	China .....	233	166	67
18	Litauen .....	127	75	52
19	Indien .....	121	71	50
20	Spanien .....	283	234	49

Abb. 3 Veränderung der Bevölkerungszahl insgesamt und deren Einflussgrößen im Land Brandenburg 1991 bis 2011

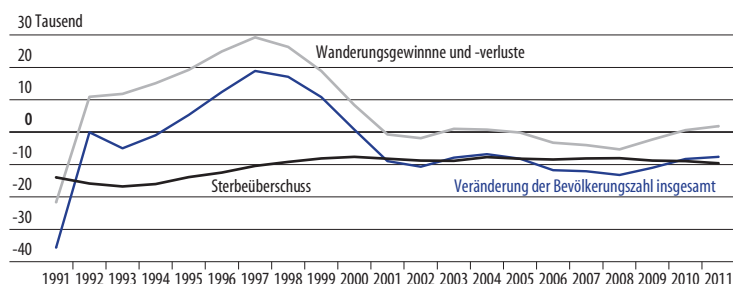
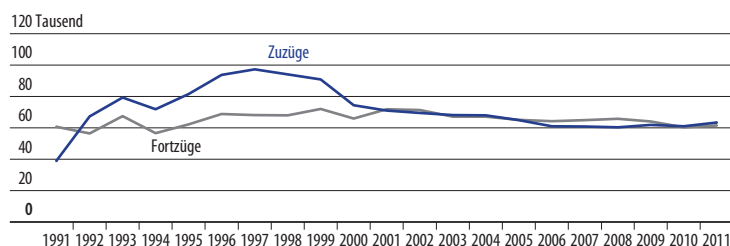


Abb. 4 Zu- und Fortzüge im Land Brandenburg 1991 bis 2011

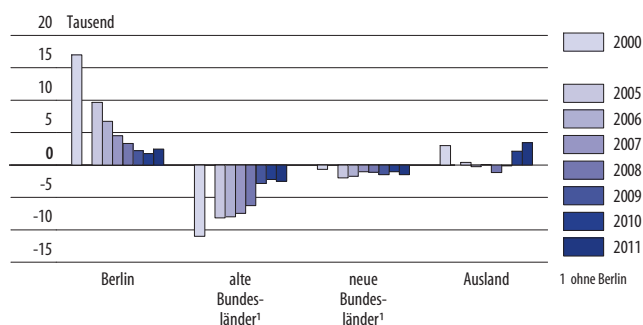


Tab. 1 Entwicklung der Bevölkerung im Land Brandenburg seit 1991

Jahr	Bevölkerungsstand am Jahresanfang	Lebendgeborene	Gestorbene	Geburten- oder Sterbeüberschuss (-)	Zu-gezogene	Fort-gezogene	Wanderungsgewinn oder -verlust (-)	Bevölkerungszu- oder -abnahme (-) <sup>1</sup>	Bevölkerungsstand am Jahresende
1991 ...	2 578 312	17 215	31 167	- 13 952	39 074	60 712	- 21 638	- 35 589	2 542 723
1992 ...	2 542 723	13 469	29 352	- 15 883	67 281	56 407	10 874	- 72	2 542 651
1993 ...	2 542 651	12 238	29 024	- 16 786	79 273	67 477	11 796	- 4 990	2 537 661
1994 ...	2 537 661	12 443	28 490	- 16 047	71 847	56 714	15 133	- 914	2 536 747
1995 ...	2 536 747	13 494	27 401	- 13 907	81 535	62 333	19 202	5 295	2 542 042
1996 ...	2 542 042	15 140	27 622	- 12 482	93 717	68 836	24 881	12 399	2 554 441
1997 ...	2 554 441	16 370	26 756	- 10 386	97 332	68 096	29 236	18 850	2 573 291
1998 ...	2 573 291	17 146	26 327	- 9 181	94 134	67 869	26 265	17 084	2 590 375
1999 ...	2 590 375	17 928	26 016	- 8 088	90 880	71 960	18 920	10 832	2 601 207
2000 ...	2 601 207	18 444	26 068	- 7 624	74 389	66 014	8 375	755	2 601 962
2001 ...	2 601 962	17 692	25 889	- 8 197	71 128	71 801	- 673	- 8 922	2 593 040
2002 ...	2 593 040	17 704	26 494	- 8 790	69 514	71 385	- 1 871	- 10 661	2 582 379
2003 ...	2 582 379	17 970	26 862	- 8 892	68 098	67 064	1 034	- 7 858	2 574 521
2004 ...	2 574 521	18 148	25 859	- 7 711	67 878	67 070	808	- 6 817	2 567 704
2005 ...	2 567 704	17 910	26 069	- 8 159	64 975	65 111	- 136	- 8 221	2 559 483
2006 ...	2 559 483	17 883	26 348	- 8 465	61 051	64 344	- 3 293	- 11 711	2 547 772
2007 ...	2 547 772	18 589	26 666	- 8 077	60 903	64 871	- 3 968	- 12 035	2 535 737
2008 ...	2 535 737	18 808	26 807	- 7 999	60 381	65 661	- 5 280	- 13 244	2 522 493
2009 ...	2 522 493	18 537	27 309	- 8 772	61 814	64 119	- 2 305	- 10 968	2 511 525
2010 ...	2 511 525	18 954	27 894	- 8 940	60 957	60 333	624	- 8 252	2 503 273
2011 ...	2 503 273	18 279	27 851	- 9 572	63 387	61 540	1 847	- 7 638	2 495 635

<sup>1</sup> einschließlich sonstiger Veränderungen

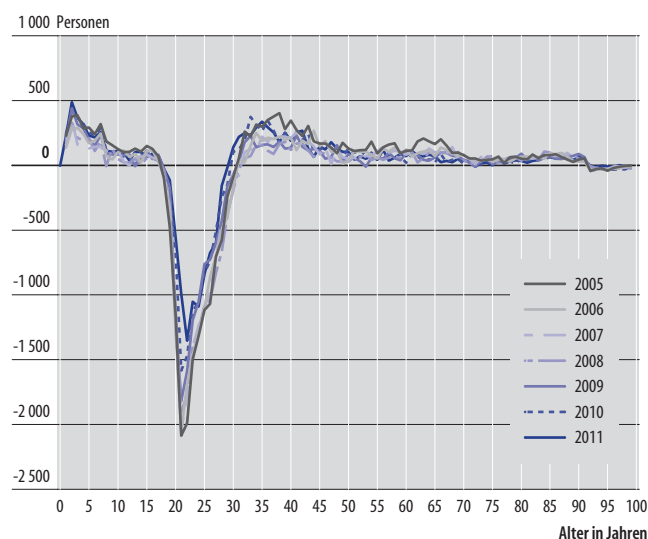
Abb. 5 Wanderungsgewinne und -verluste im Land Brandenburg 2000 bis 2011 nach Herkunfts- und Zielgebieten



Die in den weiter zurückliegenden Jahren registrierten hohen Abwanderungsverluste gegenüber den alten Bundesländern sind kontinuierlich zurückgegangen. Im Jahr 2000 betrug der Verlust noch 11000 Personen, 2011 lag das Minus bei rund 2500 Personen (2010: 2200 Personen). An die übrigen neuen Bundesländer insgesamt hat das Land Brandenburg ebenfalls stets Einwohner verloren: Die Verluste schwankten zwischen 1000 und 2000 Personen pro Jahr, 2011 betrug das Minus 1500 Personen (2010: 1000 Personen). In der folgenden Übersicht sind die Gewinne und Verluste gegenüber den einzelnen Bundesländern für das Jahr 2011 ausgewiesen.

Herkunfts- bzw. Zielbundesland	Zuzüge	Fortzüge	Zuzugs- bzw. Fortzugsüberschuss (-)
Berlin .....	26 289	23 844	2 445
Sachsen-Anhalt .....	2 423	2 276	147
Saarland .....	118	110	8
Rheinland-Pfalz .....	656	698	-42
Bremen .....	189	271	-82
Thüringen .....	998	1 104	-106
Hessen .....	1 244	1 389	-145
Nordrhein-Westfalen .....	2 929	3 134	-205
Schleswig-Holstein .....	1 136	1 409	-273
Hamburg .....	712	1 117	-405
Niedersachsen .....	2 527	2 940	-413
Bayern .....	2 434	2 884	-450
Baden-Württemberg .....	2 087	2 606	-519
Mecklenburg-Vorpommern .....	2 934	3 481	-547
Sachsen .....	4 027	5 036	-1 009
Bundesgebiet	50 703	52 299	-1 596

Abb. 6 Wanderungsgewinne und -verluste im Land Brandenburg 2005 bis 2011 nach Altersjahren



Die Wanderungsverluste waren 2011 wie auch in den Jahren zuvor fast ausschließlich bei jüngeren Menschen zu verzeichnen, und zwar im Alter zwischen 17 bis etwa 30 Jahren (Abbildung 6). Im Schnitt sind dem Land Brandenburg seit 2005 jährlich gut 12000 Einwohnerinnen und Einwohner dieser Alterskategorie verloren gegangen. In allen übrigen Altersklassen gab es hingegen Bevölkerungsgewinne.

### Geburten und Sterbefälle

Im Jahr 2011 sind im Land Brandenburg rund 18300 Kinder zur Welt gekommen. Bei 52 % der Geburten war es das erste Kind ihrer Mutter. Seit dem Jahr 2001 ist das Niveau der Geburtenzahl recht stabil und schwankt um den Wert von 18000 Geburten pro Jahr (Abbildung 7). Zwar ist die Zahl der Neugeborenen 2011 geringer als 2010 (18950 Kinder), bei genauerer Betrachtung des gesamten Zeitraumes ist aber ein leicht steigender Trend zu erkennen (Abbildung 8).

Dies ist insofern bemerkenswert, da durch die im vorigen Abschnitt geschilderte Abwanderung junger Menschen die Zahl der potenziellen Mütter im Verlauf der letzten Jahre deutlich zurückgegangen ist. Den Hauptanteil bei den Geburten des Jahres 2011 hatten Frauen im Alter zwischen 21 und 37 Jahren (88 %). Im Jahr 2000 zählten zu dieser Altersgruppe 276300 Frauen, im Jahr 2011 nur noch 222400 Frauen. Ihre Zahl ist damit um 19,5 % gesunken.

Dass, wie erwähnt, die Geburtenzahl dennoch stabil blieb, ja sogar einen leicht steigenden Trend hat, ist auf eine steigende Geburtenrate zurückzuführen (Abbildung 9). Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau ist von 1,2 im Jahr 2000 auf 1,3 im Jahr 2005 und schließlich auf 1,4 im Jahr 2011 gestiegen. Vereinfacht ausgedrückt hat im Land Brandenburg die Neigung, ein Kind zu bekommen, in den letzten Jahren etwas zugenommen. Diese Aussage trifft übrigens auf die Gesamtheit aller neuen Bundesländer zu.

Das Alter, in dem Mütter ihre Kinder bekommen, hat sich zu den älteren Jahrgängen hin verschoben. Im Jahr 2000 betrug das Durchschnittsalter der Brandenburger Mütter 28,4 Jahre, 2005 waren es 28,9 Jahre und im Jahr 2011 schließlich 29,8 Jahre.

Die Zahl der Gestorbenen lag im Jahr 2011 bei rund 27900 Personen. Nachdem in den Jahren 1991 bis 2001 die jährlichen Sterbefallzahlen von 31200 Personen auf 25900 Personen zurückgegangen waren, sterben seit 2002 wieder jährlich mehr Menschen. Ein Grund hierfür ist die gestiegene Zahl von hochbetagten Menschen im Alter von 85 und mehr Jahren, deren Sterbewahrscheinlichkeit auch am höchsten ist. Die Zahl der Menschen in dieser Alterskategorie ist von 43000 Personen im Jahr 2000 auf 53200 Personen im Jahr 2011 und damit um nahezu ein Viertel gestiegen. Die Zahl der alten Menschen im Alter von 75 bis unter 85 Jahren wuchs in der gleichen Zeit sogar um mehr als 77 %, sie stieg von 110000 Personen auf 194800 Personen.

Da die Zahl der Sterbefälle durchweg deutlich höher war als die der Geburten, ergab sich jedes Jahr ein beträchtlicher Sterbeüberschuss, der im Jahr 2011 einen Wert von 9600 Personen erreichte. Dies war auch der höchste Wert seit dem Jahr 2000. In den davor liegenden Jahren lag der Sterbeüberschuss im Schnitt bei ungefähr 8500 Personen.

Abb. 7 Lebendgeburten und Sterbefälle im Land Brandenburg 1991 bis 2011

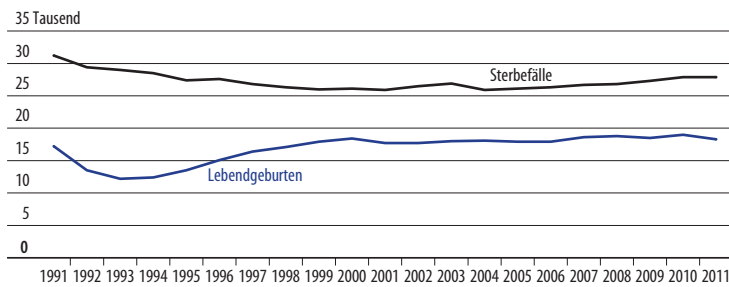


Abb. 8 Lebendgeburten und Frauen im Alter zwischen 21 und 37 Jahren im Land Brandenburg 2000 bis 2011

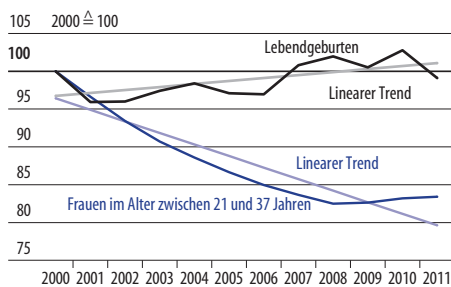


Abb. 9 Durchschnittliche Kinderzahl je Frau (Geburtenrate) im Land Brandenburg 2000 bis 2011

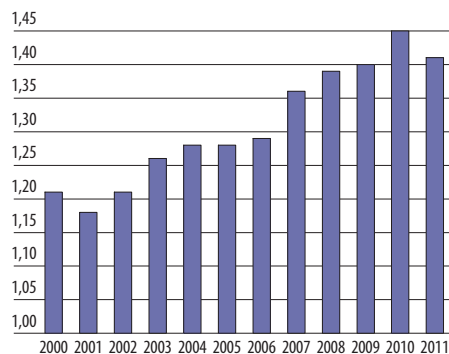
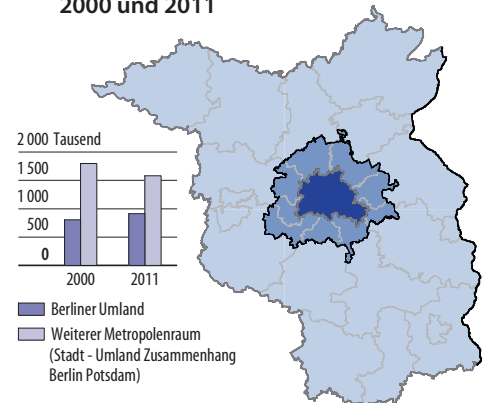


Abb. 11 Bevölkerungsstand im Berliner Umland sowie im weiteren Metropolitanraum 2000 und 2011



### Altersstruktur

Die im Abschnitt über die Wanderungen dargestellte Abwanderung von jüngeren Menschen führte dazu, dass es im Berichtsjahr deutlich weniger Einwohner der Geburtsjahrgänge 1993 bis 1976 (die 20- bis 35-Jährigen im Jahr 2011) gab als im Jahr 2000 (Abbildung 10). In jenem Jahr zählten zu dieser Geburtsjahresgruppe rund 582 400 Personen, 2011 waren es mit 472 700 Personen insgesamt 110 000 Personen bzw. 18,8 % weniger. Dass in den älteren Jahrgängen, insbesondere bei den vor 1941 Geborenen, die Bevölkerungszahl 2011 niedriger ist als im Jahr 2000, liegt natürlich hauptsächlich an der höheren Sterblichkeit dieser Jahrgänge. In allen übrigen Altersjahrgängen haben sich keine so wesentlichen Veränderungen ergeben.

Das Durchschnittsalter der Bevölkerung des Landes Brandenburg hat sich im Verlauf der Jahre stark erhöht. Im Jahr 1991 hatte es noch bei 37,6 Jahren gelegen, 2000 betrug es 41,3 Jahre und ist bis Ende 2011 auf 46,0 Jahre angestiegen.

### Regionale Unterschiede

Schon seit langem verläuft die Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg regional unterschiedlich. Allgemein wird dabei zwischen zwei größeren Gebietseinheiten unterschieden (Abbildung 11). Das ist zum einen das Berliner Umland, ein Struktur- und Analysebereich, der das mit der Metropole Berlin hochgradig verflochtene Umland im Land Brandenburg umfasst und im Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-B) vom 31. März 2009 als Brandenburger Teil des Stadt-Umland-Zusammenhangs von Berlin und Potsdam ausgewiesen ist. Das Berliner Umland schließt in seiner gemeindeschaffen Abgrenzung 50 Gemeinden (einschließlich der Lan-

Abb. 10 Bevölkerung im Land Brandenburg 2000 und 2011 nach Geburtsjahren

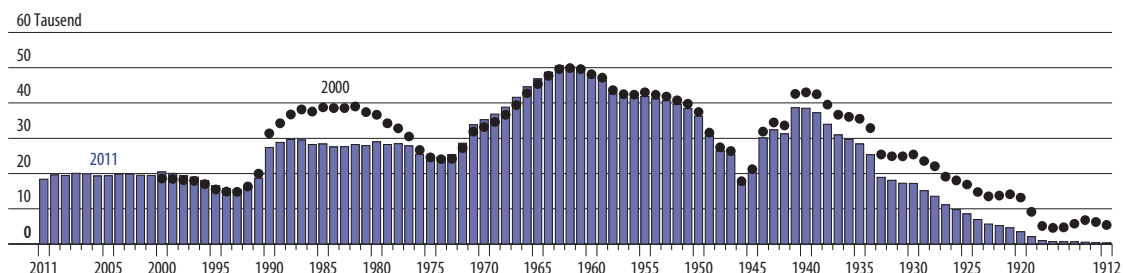


Abb. 12 **Wanderungsgewinne und -verluste im Berliner Umland und im weiteren Metropolitanraum 2000 bis 2011**

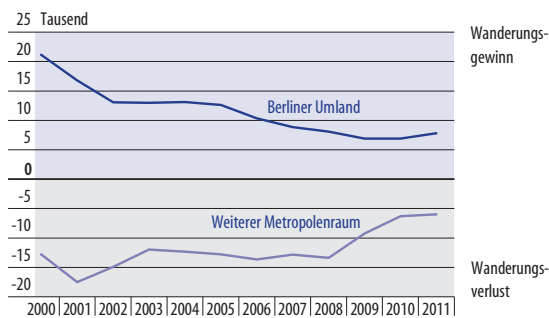
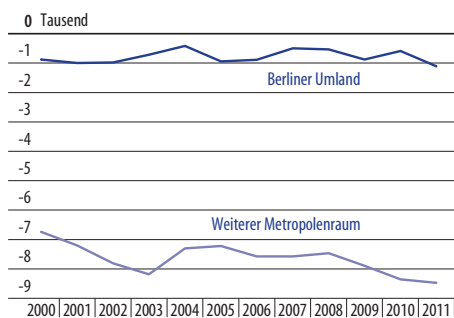


Abb. 13 **Sterbeüberschuss im Berliner Umland und im weiteren Metropolitanraum 2000 bis 2011**

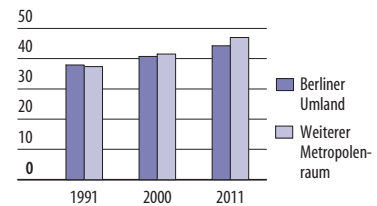


des Hauptstadt Potsdam) mit zusammen 2851,4 km<sup>2</sup> Fläche ein. Die andere Region bildet der weitere Metropolitanraum. Das ist der Teil des Landes Brandenburg, der nicht zum Berliner Umland gehört. Dieser Struktur- und Analysebereich umfasst in der Abgrenzung 369 Gemeinden (einschließlich der Kreisfreien Städte, Brandenburg an der Havel, Cottbus und Frankfurt (Oder)) mit einer Fläche von zusammen 26 632,5 km<sup>2</sup>.

Das Berliner Umland hatte am Ende des Jahres 2011 rund 914 300 Einwohner. Damit lebte auf knapp 10 % der Fläche des Landes Brandenburg über 36 % seiner Bevölkerung. Seit Beginn der 90er Jahre ist die Bevölkerungszahl hier stetig gestiegen. Im Jahr 1991 betrug sie 659 100 Personen, im Jahr 2000 rund 805 100 Personen. Seit 1991 ist die Bevölkerung des Umlandes um knapp 39 % angewachsen. Die jährlichen Bevölkerungsgewinne sind aber deutlich schwächer geworden. In den Jahren 1995 bis 2000 war das Bevölkerungswachstum mit jährlichen Zunahmen zwischen 2 % und 3 % besonders ausgeprägt. 2011 wurde gegenüber dem Vorjahr nur noch eine Steigerung von 0,7 % ermittelt.

Ursache für das Bevölkerungswachstum im Berliner Umland waren ausschließlich Wanderungsgewinne (mehr Zu- als Fortzüge). Während im Jahr 2000 der Gewinn noch bei 21 100 Personen gelegen hatte, betrug er 2011 nur noch 7 800 Personen (Abbildung 12). In diesen Werten sind auch die Bewegungen zwischen dem Umland und dem weiteren Metropolitanraum enthalten. Hauptanteil an den Gewinnen hatten die Zuwanderungen aus Berlin. Im Jahr 2000 betrug der Gewinn gegenüber der Bundeshauptstadt 18 000 Personen (85 % des Gewinns insgesamt),

Abb. 14 **Durchschnittsalter in Jahren im Berliner Umland und im weiteren Metropolitanraum 1991, 2000 und 2011**



im Jahr 2011 lag er bei nur noch gut 4 800 Personen (62 % des Gewinns insgesamt).

Stets wurden die Wanderungsgewinne aber durch Sterbeüberschüsse (mehr Gestorbene als Geborene) geschmälert. Im Jahr 2000 betrug der Sterbeüberschuss 880 Personen, im Jahr 2011 lag er bei 1 100 Personen (Abbildung 13).

Der weitere Metropolitanraum hatte im Jahr 2011 rund 1 581 400 Einwohner. Damit lebten auf knapp 90 % der Fläche des Landes Brandenburg etwa 63 % seiner Bevölkerung. Seit Beginn der 90er Jahre ist die Bevölkerungszahl hier stetig gesunken. Im Jahr 1991 betrug sie 1 883 600 Personen, im Jahr 2000 lag sie bereits unter 1 800 000 Personen. Gegenüber 1991 ist die Bevölkerungszahl hier 2011 um knapp 312 300 Personen bzw. 16 % niedriger.

Eine der Ursachen für den Bevölkerungsrückgang im weiteren Metropolitanraum waren ständige Wanderungsverluste (weniger Zu- als Fortzüge). Während im Jahr 2000 der Verlust bei 12 800 Personen gelegen hatte, war er 2011 mit knapp 6 000 Personen aber nur noch etwa halb so groß. Auch in diesen Werten sind die Bewegungen zwischen dem Berliner Umland und dem weiteren Metropolitanraum enthalten. Bis vor wenigen Jahren kamen die höchsten Verluste durch Wegzüge in die alten Bundesländer zustande. Im Jahr 2000 betrug der Verlust dabei fast 11 000 Personen. Im Jahr 2011 ist der Wert auf 2 700 Personen zurückgegangen und hatte damit die gleiche Größenordnung wie die Bevölkerungsverluste gegenüber Berlin (-2 400 Personen) und den neuen Bundesländern (-2 100 Personen). Die Abwanderung betraf ausschließlich jüngere Menschen.

Die andere Ursache für den Bevölkerungsrückgang im weiteren Metropolitanraum war der auch für diese Region ermittelte jährliche Sterbeüberschuss. Dadurch wurde der Wanderungsverlust jeweils noch verstärkt. Im Jahr 2000 betrug der Sterbeüberschuss 6 700 Personen, 2011 waren es 8 500 Personen.

Im Berliner Umland haben die Zuzugsgewinne dazu beigetragen, dass die Alterung der Bevölkerung hier etwas gedämpft wurde. Das Durchschnittsalter stieg in dieser Region von 40,7 Jahre im Jahr 2000 auf 44,3 Jahre im Jahr 2011 (Abbildung 14). Im weiteren Metropolitanraum erhöhte sich das Durchschnittsalter durch die Fortzüge jüngerer Menschen im gleichen Zeitraum von 41,5 Jahre auf 47,0 Jahre. Im Jahr 1991 waren übrigens beide Regionen noch etwa „gleich alt“, und zwar 37,8 Jahre (Berliner Umland) bzw. 37,4 Jahre (weiterer Metropolitanraum).

Autor: Jürgen Paffhausen

## Historisches 1874

## Volkspychologische Spiegelbilder aus Berliner Annoncen

Bereits relativ früh – schon 8 bzw. 12 Jahre nach der Gründung des Statistischen Amtes der Stadt Berlin – beschäftigten sich die Statistiker mit den Fragen der „Volksbeschreibung“ oder der „Volkskunde“. In „Betrachtungen über die Volksseele von Berlin“ vertiefte der Direktor Dr. H. Schwabe 1870 die Ergebnisse der Volkszählung und verglich dabei die Stadt Berlin mit den Ländern Thüringen und Württemberg. Diese Untersuchungen sind eine recht tiefgründige Beschreibung der damaligen Lebensverhältnisse und der Arbeitsmethoden der Statistiker – Entwicklungen und Veränderungen lassen sich somit vortrefflich nachvollziehen.

1874 veröffentlichte Dr. F. Bartholomäi, ein Mitarbeiter des statistischen Bureaus der Stadt, „Volkspychologische Spiegelbilder aus Berliner Annoncen.“ Der Beitrag war untergliedert in „I. Heiratsgesuche“, worauf im Folgenden näher eingegangen wird, und „II. Bettel-, Borg- und Buhl-Gesuche“, denen später nachgegangen werden soll.

## I. Heiratsgesuche

„Es bedarf wohl keines Beweises, daß in der Masse der Annoncen, wenn wir nur diejenigen der gelesenen Berliner Zeitung, der Vossischen ins Auge fassen, ein so reichliches Material vorhanden ist, welches einen tieferen Einblick in das ethische Leben, in Sitten, Gewohnheiten und Charaktereigenthümlichkeiten der Berliner Bevölkerung gestattet.“ Dazu wurden im Statistischen Büro 1200 Annoncen gesammelt und gruppiert.

Einleitend bemerkte Dr. Bartholomäi: „Es kommen in einer Großstadt eine Reihe von Factoren zur Erscheinung, welche das Heiraten erschweren (...).“ Zu den Faktoren verwies er auf die Ausarbeitung seines Chefs in dem genannten Beitrag zur Berliner Volksseele.

## 1. Alter und Geschlecht der Ehesuchenden

Von den 411 Heiratsgesuchen waren 306 von Männern und 105 von Frauen ausgegangen. „Dieser Weg ist, wir möchten sagen, ein geschäftsmäßiger und scheint der guten Sitte wenig zu entsprechen; (...).“ Sehr erkennbar tritt die große Scheu des weiblichen Geschlechtes hervor das Alter genau zu bezeichnen, (...) wobei der Begriff „jung“ vielleicht von den Frauen bisweilen auch etwas ausgedehnt worden sein mag.“

Altersangaben bei Heiratsgesuchen:

	Männer	Frauen
durch nichts	14,7 %	30,5 %
„jung“	22,9 „	22,9 „
„ Zahlen	62,4 „	46,6 „

Altersansprüche an die Gesuchten:

	Männer	Frauen
durch nichts	56,2 %	80,9 %
„ „jung“	32,4 „	6,7 „
„ Zahlen	11,4 „	12,4 „

„Die meisten Männer und Frauen werden im Alter bis zu 30 Jahren begehrt.“

## 2. Alter und Familienstand

Zum „Alter und Familienstand“ konnten keine Untersuchungen erfolgen, da nur 30 Witwer und 11 Witwen sich unter den in Betracht kommenden befanden, offenkundig blieb nur eine Bemerkung übrig: „Doch sind die Zahlen selbst zu klein, als daß weitere Schlüsse darauf zu basieren wären.“ Eine Aussage erscheint jedoch vertretbar: Es drängt sich der Eindruck auf, als ob die Witwen noch weniger Ansprüche an das Alter ihrer zukünftigen Bräutigame erhoben.

## 3. Persönliche Eigenschaften

Unter den persönlichen Eigenschaften ging der Autor zuerst den „körperlich persönlichen Eigenschaften“ nach:

1.	Von den nebenbezeichneten Eigenschaften legen sich bei		Die nebenstehenden Eigenschaften werden beansprucht	
Körperliche Eigenschaften	Männer	Frauen	bei gesuchten Männern	bei gesuchten Frauen
Keine . . . . .	237	76	102	263
Gesund und kräftig . . . .	2	1	—	3
Angenehmes Aeußeres und kräftige Figur . . . . .	54	21	2	26
Mitteltatur, blond u. . . .	3	1	—	2
Güßlich, schön . . . . .	10	6	1	12
	306	105	105	306

„Die Männer verlangen noch angenehmes Aeußeres, Hübschsein und Schönheit; aber die Frauen so gut wie gar nicht.“

Nachdem dieses Kapitel nach 11 Zeilen und 2 Tabellen abgeschlossen war, kamen die „geistigen Eigenschaften“ an die Reihe. Sie wurden in intellektuelle, moralische und religiöse oder konfessionelle Eigenschaften unterteilt:

2.	Von den nebenstehenden intellektuellen Eigenschaften legen sich bei		werden beansprucht	
	die Frauen suchenden Männer	die Männer suchenden Frauen	bei gesuchten Männern	bei gesuchten Frauen
Verwandtheit . . . . .	2	—	—	1
Intelligenz . . . . .	5	1	1	—
Gefellschaftliche und Schulbildung . . . . .	7	—	—	6
Musikalische Bildung . . . .	2	4	—	7
Allgemeine u. Sprachbildung	54	35	18	60
Keine . . . . .	236	65	88	248
	306	105	105	306

„Man sieht daraus, daß bei Weitem die meisten keine Eigenschaften der Intelligenz an sich rühmen. (...) Wahrscheinlich setzten die Männer voraus, daß man ohne Weiteres Intelligenz bei ihnen voraussetze und daß das Verkündigen derselben doch nichts nütze (...).“

Zum Beginn der Untersuchung der moralischen Eigenschaften werden diese für Männer und Frauen getrennt über 18 bzw. 12 Zeilen aufgelistet. Wir finden bei den Herren solche Kombinationen wie „liberale Bequemlichkeit“, „Ritterliches Herz“, „Nobler Sinn“, „Solidität und Biederkeit“. Bei den Damen sind es hingegen „Anspruchslosigkeit“, „gute Erziehung“, „Fülle an Liebe und Gemüth“, „Heiterkeit“. Beiden Geschlechtern lag gleichviel an der „Häuslichkeit“ in vielen möglichen Kombinationen.



3.	Männer suchen Frauen			Frauen suchen Männer		
	mit	ohne	überhaupt	mit	ohne	überhaupt
	moral. Eigenschaften			moral. Eigenschaften		
Ohne moralische Eigenschaften . . . .	73	197	270	18	57	75
Mit moralischen Eigenschaften . . . .	23	13	36	10	20	30
Summa	96	210	306	28	77	105

Schlussfolgernd: „Die Frauen sind demnach bescheidener und anspruchsloser, als die Männer.“

Bei den Ausführungen zu den „Confessionellen Eigenschaften“ verblüfft uns heute, dass 97,4 % der Männer und 94,4 % der Frauen, die einen Partner suchen, ihre Religion nicht benennen, ihr also keine allzugroße Bedeutung zuzumessen:

4 b. Confessionelle Eigenschaften.											
Confession der Frauen suchenden Männer	Confession der gesuchten Frauen				Confession der Männer suchenden Frauen	Confession der gesuchten Männer					
	keine	christl.	evang.	jüdisch		So.	keine	christl.	evang.	jüdisch	So.
keine	261	—	2	2	265	keine	84	—	—	4	88
Christliche	6	1	—	—	7	Christliche	—	—	—	—	—
Evangelische	16	—	—	—	16	Evangelische	3	—	—	—	3
Jüdische	15	—	—	3	18	Jüdische	13	—	—	1	14
	298	1	2	5	306		100	—	—	5	105

In der Zusammenfassung dieser vier Kapitel, die damals „Vergleichung“ genannt wurde, gelangt der Autor dann doch zu aus heutiger Sicht verblüffenden Schlussfolgerungen. Es wurde beim „Heiratsgesuche“ oder in dem „Heiratsantrage“ am meisten auf die Intelligenz, am wenigsten auf die Konfession geachtet. „Das ist kein übel Zeichen, denn ohne Intelligenz sind auch die sittlichen Eigenschaften weniger werth und es läßt sich besser mit einer intelligenten, wenn auch minder gutartigen Person auskommen, als mit einer gutmüthigen, aber dummen.“

4. Eigenschaften.	Personen			
	die sie nicht nennen		welche sie fordern	
	Männer %	Frauen %	Männer %	Frauen %
Intellectuelle . . . .	77,1	66,9	17,4	7,7
Moralische . . . .	81,7	72,4	27,0	24,0
Confessionelle . . . .	97,4	94,4	2,7	5,0

„(...) so geht aus den Tafeln hervor, daß sowohl Männer als Frauen in den meisten Fällen gar keine geistigen Eigenschaften an bei ihren eventuellen Geliebten voraussetzen, (...) so darf man etwa sagen: Die Frau ist anspruchsloser als der Mann, wenn sie aber Ansprüche erhebt, so legt sie mehr Gewicht auf das Sittliche, der Mann mehr auf das Intellectuelle.“

5. Relative Zahl der		welche sich die geistigen Eigenschaften beilegen:
Männer %	Frauen %	
58,7	36,2	keine.
17,2	19,0	intellectuelle.
6,9	15,2	moralische.
8,9	6,7	confessionelle.
2,6	11,4	intellectuelle und moralische.
3,3	7,6	intellectuelle und confessionelle.
1,7	1,9	moralische und confessionelle.
0,7	1,9	intellectuelle, moralische und confessionelle.

#### 4. Soziale Eigenschaften

Die nun folgenden „Socialen Eigenschaften“ werden nach Familie, Besitz und Beruf untersezt. Den Merkmalen die Familie betreffend gilt folgende zusammengefasste Meinung des Autors: „Dagegen beweist der Umstand, daß 12,8 % der Männer und 33,1 % der Frauen die Familie in die Waagschale werfen, daß das Bedürfnis einer unbescholtenen geachteten Familie hinsichtlich der Verheirathung einer weiblichen Person wichtiger ist, als der einer männlichen.“

„Der Unterschied zwischen dem männlichen und weiblichen Geschlechte

6 Männer	11 Frauen	einer	achtbaren	Familie
1	4	„	respectablen	
6	5	„	anständigen	
2	—	„	reichen	
16	14	„	guten	
8	1	„	abeligen	

ist frappant.“ Gemeint ist diese Aussage auf den Besitz bezogen. In der Tabelle wurden „Besitzklassen, die der Natur der Sache nach den Männern eigenthümlich sind, weggelassen (...) Es waren 10 Fabrik- und Geschäftsführer, 18 Grund- und Hausbesitzer und 14 Guts- oder Rittergutsbesitzer“.

6. Besitzstand.	Zahl der Heirathslustigen			
	Männer	Frauen	Männer %	Frauen %
Ohne Vermögensangabe	151	30	57,2	28,6
Arm . . . . .	12	6	4,5	5,7
Wohlhabend . . . . .	47	11	17,8	10,5
Reich . . . . .	5	10	1,9	9,5
Gutes Einkommen . . . . .	5	1	1,9	1,0
Befürstet Einkommen . . . . .	25	4	9,5	3,8
Befürstetes Vermögen . . . . .	19	43	7,2	40,9
Summa	264	105	100,0	100,0

„Die Frauen halten es für nothwendiger als die Männer, Aussagen über ihren Besitzstand zu machen und zwar genau doppelt so nothwendig. (...) Endlich ist die Angabe eines bestimmten Vermögens bei den Frauen so überwiegend, daß man kaum zweifeln kann, es sei ihnen klar, daß auch in Eheschließungssachen wenigstens für sie das Geld der nervus rerum sei.“

Ebenso interessant sind die Aussagen zu dem Besitz, den Männer und Frauen bei dem zukünftigen Partner zu finden hoffen. „Aus der folgenden Zusammenstellung ergibt sich, daß die Frauen weniger Wohlhabenheit und noch weniger Reichtum als die Männer und fast gar keine bestimmte Vermögenssumme verlangen.“

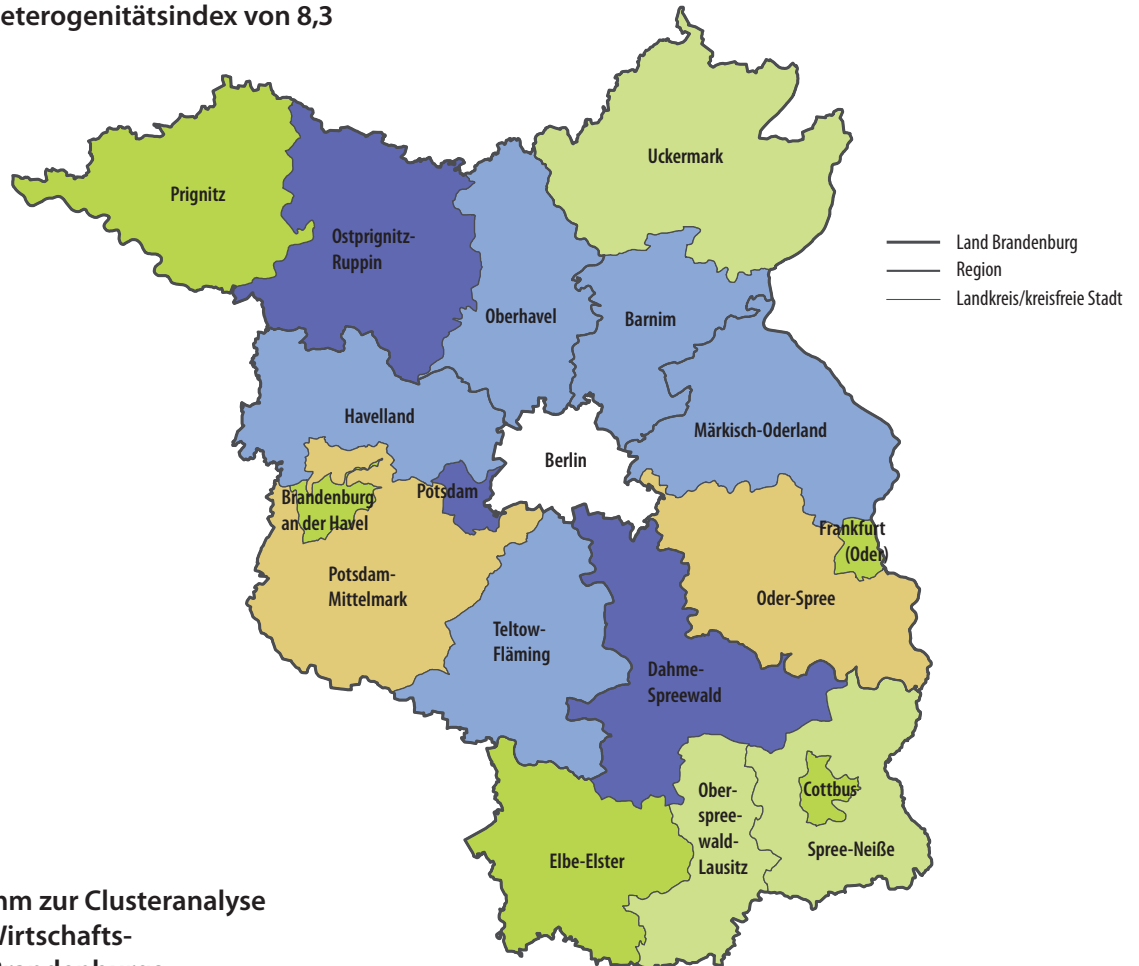
7. Besitzstand der zur Heirath gesuchten	Anzahl der		In Procenten	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Ohne Bezeichnung des Vermögens . . . . .	73	64	23,9	61,0
Arm . . . . .	—	—	0,0	0,0
Wohlhabend . . . . .	122	36	39,9	34,3
Reich . . . . .	20	4	6,5	3,8
Gutes Einkommen . . . . .	1	—	0,3	0,0
Befürstet Einkommen . . . . .	—	—	0,0	0,0
Befürstetes Vermögen . . . . .	90	1	29,4	0,9

„Der Mann bietet im Durchschnitt 34 959 Thlr. und fordert 15 963 Thlr.; die Frau bietet durchschnittlich 16 383 Thlr. und fordert fast gar nicht.“ Aus heutiger Sicht sind die Beträge recht hoch angesetzt – so entsprechen 35 000 Taler heute in sehr grober Schätzung etwa 1 Mill. EUR.

Mit konkreten Zahlen zum Beruf hielt sich der Autor sehr stark zurück: „Auffällig ist die große Zahl der Kaufleute, welche mit 35,3 % participieren.“ Wenn dann noch weitere gut Verdienende, wie Bankiers, Disponenten, Geschäftsinhaber, Geschäftsbesitzer und Fabrikbesitzer hinzugerechnet werden, ergaben sie 53,3 % der Heiratskandidaten. „Beide Zahlen sprechen nicht zu Gunsten der Gesellschaftskreise, auf welche sie sich beziehen.“



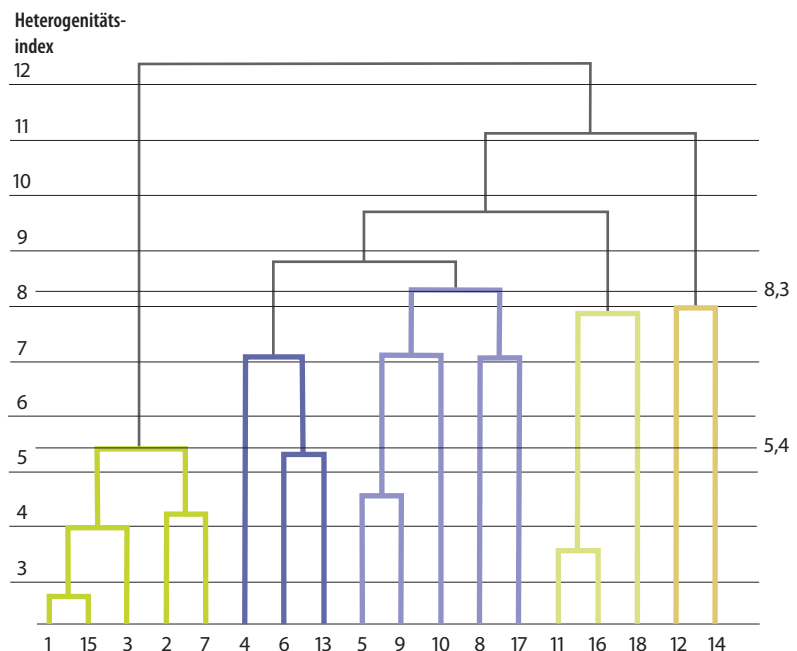
Ergebnisse der Clusteranalyse  
bei einem Heterogenitätsindex von 8,3



Dendrogramm zur Clusteranalyse  
regionaler Wirtschafts-  
strukturen Brandenburgs

Die Zahlen auf der horizontalen Achse des Dendrogramms wurden den nachfolgenden Bezirken und Städten zugeordnet:

- 1 Brandenburg an der Havel
- 2 Cottbus
- 3 Frankfurt (Oder)
- 4 Potsdam
- 5 Barnim
- 6 Dahme-Spreewald
- 7 Elbe-Elster
- 8 Havelland
- 9 Märkisch-Oderland
- 10 Oberhavel
- 11 Oberspreewald-Lausitz
- 12 Oder-Spree
- 13 Ostprignitz-Ruppin
- 14 Potsdam-Mittelmark
- 15 Prignitz
- 16 Spree-Neiße
- 17 Teltow-Fläming
- 18 Uckermark



▮ **Anzahl verschiedener Anfragen von Auskunftspflichtigen  
in Berlin und Brandenburg von Mai 2011 bis März 2012**

